

Fichtner, Ferdinand et al.

**Article**

## Wintergrundlinien 2013

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Fichtner, Ferdinand et al. (2013) : Wintergrundlinien 2013, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 1/2, pp. 3-48

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/69312>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Wintergrundlinien 2013



von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Guido Baldi, Jacek Bednarz, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, Katharina Pijnenburg, Kristina van Deuverden und Aleksandar Zaklan

Krise im Euroraum dämpft nur vorübergehend 3

Weltwirtschaft: Erholung zunächst vor allem in den Schwellenländern 4

Deutsche Wirtschaft überwindet Flaute rasch 19

Wirtschaftspolitik im Zeichen der Krise 39

**INTERVIEW** mit Ferdinand Fichtner

»2014 brummt der Laden in Deutschland wieder« 49

Hauptaggregate der Sektoren 2012–2014 50

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland 53

**AM AKTUELLEN RAND** Kommentar von Karl Brenke

Wer im Glashaus sitzt ... 56



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e. V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
80. Jahrgang  
9. Januar 2013



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Jahresabo zum Vorzugspreis:** Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

**Studenten-Abo:** Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

**Probe-Abo:** Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

**Bestellungen** richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74, 77649 Offenburg  
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent/min.  
leserservice@diw.de

**Weitere Fragen?**

DIW Kundenservice:  
Telefon (030) 89789-245  
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements  
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Karl Brenke

#### Textdokumentation

Lana Stille

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent/min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

## RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

### Die Verkehrsentwicklung im Jahre 1962

Die Entwicklung verlief im Berichtsjahr bei den einzelnen Verkehrsmitteln wieder sehr unterschiedlich. Während der Pipelineverkehr m etwa ein Sechstel gewachsen ist, lag en die Wachstumsraten bei Eisenbahn und Binnenschiffahrt um 3 vH. Der Personenverkehr der Bundesbahn stagnierte, der der Straßenbahn war in fast gleichem Maße rückläufig wie der Omnibusverkehr zunahm. Der Fremdenverkehr, besonders nach dem Ausland, ist stark gestiegen, so daß die Devisenausgaben hierfür um etwa ein Drittel höher waren als im Vorjahr.

Vor allem das Zurückbleiben des Erzverkehrs, die unbedeutende Steigerung der Kohletransporte, die unbefriedigende Entwicklung des Baustoffverkehrs, der sich erst spät im Jahre erholte sowie die Folgen der Stagnation in der Eisen- und Stahlerzeugung haben dazu geführt, daß das Güteraufkommen bei der Bundesbahn 1962 nur noch um 2 bis 3 vH zugenommen hat. Erst in den beiden letzten Monaten des Jahres ist der Güterzugverkehr infolge der Behinderung der Binnenschiffahrt überdurchschnittlich verstärkt worden. Die Verkehrsleistung hat insgesamt etwa 60 Mrd. Tariftonnenkilometer erreicht. Bei verminderter Wagenstellung der Bundesbahn wurde das Verhältnis von Betriebs- zur Verkehrsleistung etwas verbessert. Die leichte Erhöhung des Güterverkehrs kann dazu geführt haben, daß die Einnahmen der Bundesbahn aus dem Schienenverkehr von 4,8 Mrd. 1961 auf 5 Mrd. im Jahre 1962 gestiegen sind. Bei den nichtbundeseigenen Eisenbahnen ist die Entwicklung (+ 4 vH) etwas günstiger verlaufen als bei der Bundesbahn.

aus dem Wochenbericht Nr. 1/2 vom 11. Januar 1963

# Krise im Euroraum dämpft nur vorübergehend

Von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Guido Baldi, Jacek Bednarz, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, Katharina Pijnenburg, Kristina van Deuverden, Aleksandar Zaklan

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat zuletzt an Schwung verloren, wird sich aber in den kommenden Quartalen deutlich beschleunigen. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,9 Prozent steigen; im vergangenen Jahr dürfte es mit 0,8 Prozent zugenommen haben. Im Jahresverlauf 2013 zieht das Expansionstempo aber kräftig an. Im kommenden Jahr dürfte die deutsche Wirtschaft um etwas über zwei Prozent wachsen. Die vorübergehende wirtschaftliche Schwäche wird den Arbeitsmarkt nur leicht belasten; die Arbeitslosenquote, die vergangenes Jahr auf knapp sieben Prozent gesunken ist, wird im Durchschnitt des laufenden Jahres auf sieben Prozent steigen. Im kommenden Jahr geht sie aber merklich zurück. Die verfügbaren Einkommen werden auch in diesem Jahr deutlich expandieren, und der private Konsum wird eine wichtige Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung sein.

Die Krise im Euroraum bleibt weiterhin der Hauptbelastungsfaktor für die deutsche Konjunktur. In den Krisenländern schwächen die hohe Arbeitslosigkeit und die Entschuldung im privaten sowie vor allem im öffentlichen Bereich die Nachfrage. Zwar ist die Anspannung an den Finanzmärkten nach dem Beschluss der Europäischen Zentralbank, gegebenenfalls unbegrenzt Staatsanleihen an den Sekundärmärkten aufzukaufen, leicht zurückgegangen. Die Finanzierungsbedingungen in den Krisenländern bleiben für die Unternehmen aber ungünstig. Dies belastet die Investitionstätigkeit und hemmt die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich. Während die konjunkturelle Dynamik im Euroraum im Prognosezeitraum schwach bleiben dürfte, beschleunigt sich die wirtschaftliche Entwicklung im Rest der Welt und insbesondere in großen Schwellenländern wie China gestützt auf eine expansive Geld- und Finanz-

politik seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres bereits wieder.

Die kräftigere weltwirtschaftliche Entwicklung kommt auch den deutschen Exporten zugute. Diese dürften im Verlauf dieses Jahres merklich zulegen. Angesichts der verbesserten Absatzmöglichkeiten werden die Unternehmen dann auch wieder verstärkt investieren, zumal die deutsche Wirtschaft von äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren kann. Auch die Löhne dürften in diesem und im nächsten Jahr merklich zulegen. Da die Inflationsrate in Deutschland nahe der Zwei-Prozent-Marke bleiben dürfte, ergeben sich trotz der zwischenzeitlich sinkenden Beschäftigung spürbare Kaufkraftgewinne bei den Haushalten, die den privaten Konsum deutlich zunehmen lassen. Die Binnennachfrage dürfte so in diesem und im kommenden Jahr die wesentliche Stütze des Wachstums sein, vom Außenhandel ist ein positiver, wenn auch geringer Wachstumsbeitrag zu erwarten. Auch in der mittleren Frist dürfte die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von günstigen Finanzierungsbedingungen, Lohnzuwächsen und einer dynamischen Binnennachfrage geprägt sein. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss dürfte in den fünf Jahren des mittelfristigen Prognosezeitraums relativ zum Bruttoinlandsprodukt zurückgehen. Die öffentlichen Finanzen werden sich weiter günstig entwickeln; der öffentliche Gesamthaushalt wird in diesem und im kommenden Jahr mit einem Überschuss abschließen. Dies liegt jedoch vor allem an der guten konjunkturellen Entwicklung. Auf der Ausgabenseite sind hingegen bereits Maßnahmen beschlossen worden, die mit Mehrausgaben einhergehen. Dafür besteht zurzeit kein Spielraum, zumal der Bundeshaushalt noch deutlich unterfinanziert ist und vor allem in der mittleren Frist erhebliche Risiken für den Bundeshaushalt bestehen.

# Weltwirtschaft: Erholung zunächst vor allem in den Schwellenländern

Die Weltkonjunktur hat sich im Verlauf des vergangenen Jahres zunehmend abgekühlt. Nach der kräftigen Expansion in den Jahren 2010 und 2011 hat sich in den Schwellenländern die wirtschaftliche Entwicklung deutlich verlangsamt. Gleichzeitig ist die konjunkturelle Dynamik in den entwickelten Volkswirtschaften schwach geblieben oder hat an Schwung verloren (Abbildung 1). Bis zur Jahreswende konnte sich die Weltwirtschaft nicht aus dieser Schwächephase befreien.

In vielen Ländern ist die konjunkturelle Entwicklung weiterhin durch die Nachwirkungen der Rezession 2008/09 geprägt, etwa in Form hoher Arbeitslosigkeit oder hoher Schuldenbelastung der privaten und öffentlichen Haushalte. Eine große Rolle für die schwache globale Dynamik spielt die Krise im Euroraum. Der Strukturwandel in den europäischen Krisenländern, der durch Kapitalabflüsse nunmehr erzwungen wird, verstärkt die rezessive wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum. Gleichzeitig führt die schwierige

realwirtschaftliche Situation zu Belastungen für die öffentlichen Haushalte und die nationalen Bankensysteme. Hierdurch kommt es zu Anpassungsreaktionen, die sich gegenseitig verstärken und in die Realwirtschaft zurückwirken.

Die Krise im Euroraum beeinträchtigt aber nicht nur unmittelbar die Konjunktur in den Krisenländern, sondern überträgt sich über Stimmungs- und Handelskanäle auch auf den übrigen europäischen Wirtschaftsraum und den Rest der Welt. So schlägt sich die Krise in einer erheblichen Anspannung auf den globalen Finanzmärkten nieder; dies führt zu hohen Risikoauflagen, die nicht nur die öffentlichen Kreditnehmer, sondern auch die Unternehmen in vielen Ländern belasten. Auch die Konsumentenstimmung und damit die Konsumnachfrage der privaten Haushalte wird – zumindest im Euroraum – durch die Krise beeinträchtigt. Außerdem dämpfen der schwache private Verbrauch und die geringe Investitionstätigkeit in den Krisenlän-

Tabelle 1

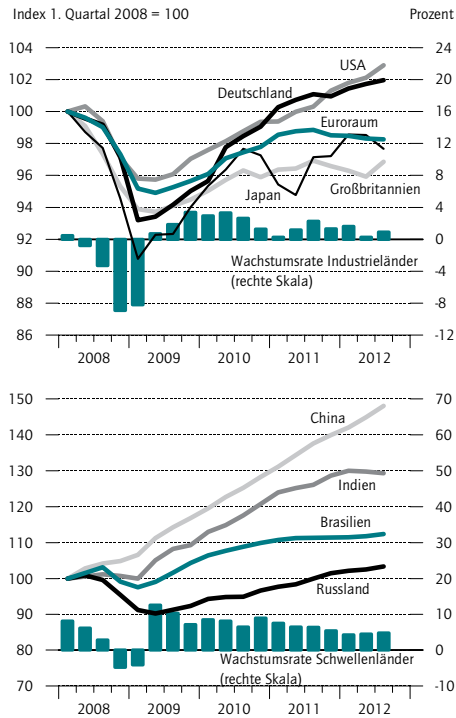
## Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft In Prozent

|                        | Bruttoinlandsprodukt              |      |      |      | Verbraucherpreise |      |      |      | Arbeitslosenquote |      |      |      |
|------------------------|-----------------------------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|
|                        | Veränderung gegenüber dem Vorjahr |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
|                        | 2011                              | 2012 | 2013 | 2014 | 2011              | 2012 | 2013 | 2014 | 2011              | 2012 | 2013 | 2014 |
| Euroraum               | 1,5                               | -0,4 | 0,0  | 1,3  | 2,7               | 2,5  | 2,1  | 1,7  | 10,4              | 11,5 | 11,8 | 11,6 |
| Frankreich             | 1,7                               | 0,2  | 0,3  | 0,7  | 2,1               | 2,0  | 1,8  | 2,5  | 9,6               | 10,4 | 11,1 | 11,0 |
| Italien                | 0,6                               | -2,0 | -0,4 | 1,1  | 2,9               | 3,3  | 2,2  | 2,1  | 8,4               | 10,3 | 11,0 | 10,6 |
| Spanien                | 0,4                               | -1,4 | -1,7 | 0,7  | 3,2               | 2,5  | 3,2  | -0,4 | 21,7              | 25,1 | 26,3 | 26,1 |
| Niederlande            | 1,1                               | -1,0 | -0,3 | 0,9  | 2,5               | 2,6  | 2,1  | 1,9  | 4,5               | 5,5  | 6,4  | 6,3  |
| Vereinigtes Königreich | 0,9                               | -0,3 | 0,4  | 1,3  | 4,5               | 2,6  | 2,2  | 2,0  | 8,1               | 8,1  | 8,0  | 7,6  |
| USA                    | 1,8                               | 2,3  | 1,7  | 2,1  | 3,1               | 2,0  | 1,8  | 2,0  | 9,0               | 8,1  | 7,7  | 7,4  |
| Japan                  | -0,5                              | 2,1  | 0,8  | 1,0  | -0,3              | 0,0  | 0,2  | 0,4  | 4,6               | 4,3  | 4,3  | 4,4  |
| Südkorea               | 3,6                               | 2,4  | 4,3  | 5,0  | 4,0               | 2,2  | 2,4  | 2,4  | 3,4               | 3,2  | 3,0  | 3,0  |
| Mittel- und Osteuropa  | 5,0                               | 1,7  | 3,8  | 3,9  | 5,0               | 6,0  | 4,2  | 4,1  | 9,4               | 9,3  | 9,3  | 9,1  |
| Russland               | 4,6                               | 4,1  | 4,1  | 4,5  | 8,4               | 4,8  | 6,4  | 5,4  | 6,6               | 5,7  | 5,9  | 5,8  |
| China                  | 9,2                               | 7,9  | 8,6  | 8,0  | 5,4               | 2,6  | 2,8  | 3,7  | 4,1               | 4,0  | 3,8  | 3,7  |
| Indien                 | 8,1                               | 3,2  | 3,8  | 5,2  | 8,8               | 9,2  | 7,4  | 7,4  | -                 | -    | -    | -    |
| Brasilien              | 2,7                               | 1,1  | 4,9  | 3,8  | 6,6               | 5,3  | 5,8  | 5,5  | 6,0               | 5,6  | 5,2  | 5,1  |
| Mexiko                 | 3,9                               | 4,0  | 3,4  | 3,8  | 3,4               | 4,0  | 3,8  | 4,0  | 5,2               | 4,9  | 4,9  | 4,9  |
| Industrieländer        | 1,4                               | 1,2  | 1,1  | 1,8  | 2,7               | 2,0  | 1,8  | 1,7  | 8,5               | 8,5  | 8,4  | 8,2  |
| Schwellenländer        | 7,2                               | 5,2  | 6,2  | 6,1  | 6,3               | 4,8  | 4,5  | 4,8  | 5,4               | 5,2  | 5,1  | 5,0  |
| Welt                   | 4,2                               | 3,2  | 3,6  | 4,0  | 4,4               | 3,3  | 3,1  | 3,3  | 7,1               | 6,9  | 6,8  | 6,6  |

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Abbildung 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt**

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrie- und Schwellenländern hat sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verlangsamt.

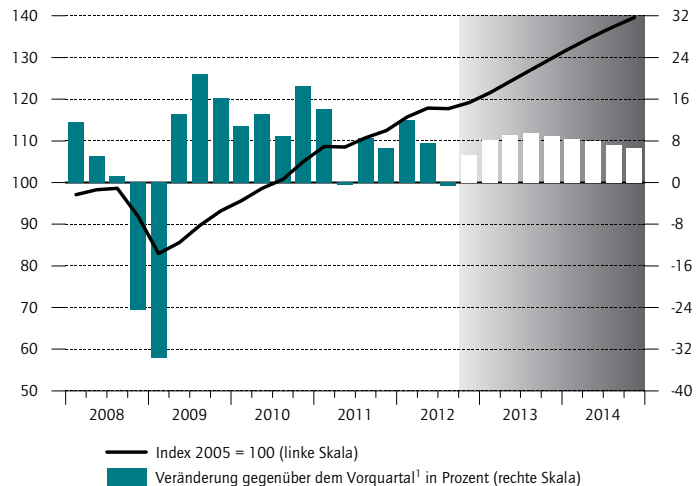
deren Importnachfrage; dies begrenzt die Exportmöglichkeiten der Handelspartner. Dies gilt auch für die Schwellenländer, deren Exporte im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich an Schwung verloren haben. Entsprechend sind im Zuge der global nachlassenden Konjunktur auch die Zuwachsraten beim Welthandel zwischenzeitlich deutlich zurückgegangen (Abbildung 2).

Allerdings zeichnet sich in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens und Lateinamerikas eine konjunkturelle Beschleunigung ab. Ursächlich hierfür ist vielfach eine deutlich expansiv ausgerichtete Geld- und Finanzpolitik. So hat sich in einigen Schwellenländern, darunter insbesondere in China und Brasilien, die wirtschaftliche Entwicklung zum Jahresende bereits sichtlich erholt; davon dürften im Verlauf dieses Jahres zunehmend auch die entwickelten Volkswirtschaften profitieren. Insbesondere in Ländern, in denen die Konsolidierung der Staatsfinanzen eine restriktive Finanzpolitik erfordert, wird die Produktion aber auch im kommenden Jahr nur wenig zulegen können. Hierzu gehören insbesondere die Krisenländer im Euroraum.

Abbildung 2

**Welthandel**

Güter- und Dienstleistungen



Quelle: Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

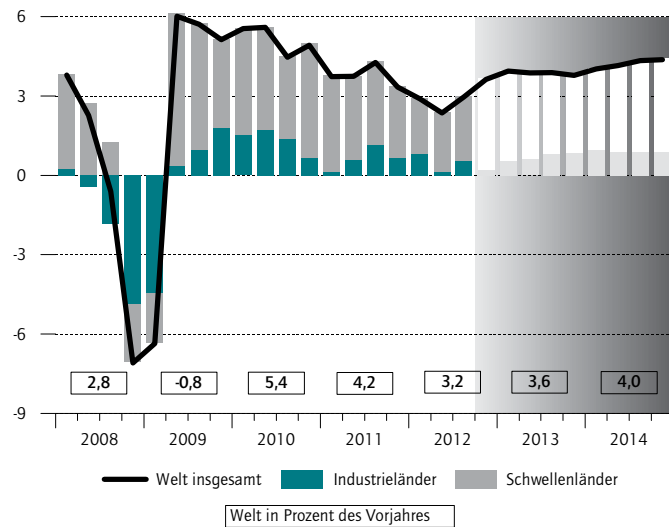
Der Welthandel hat im zweiten Halbjahr 2012 deutlich an Schwung verloren, legt jetzt aber wieder mit steigenden Raten zu.

Aber auch in den USA und im Vereinigten Königreich wird die konjunkturelle Dynamik wegen der restriktiven Finanzpolitik bis auf weiteres gering sein. Die Weltwirtschaft wird so in diesem Jahr erneut um weniger als vier Prozent wachsen. Erst im kommenden Jahr dürfte das Expansionstempo dann wieder etwas höher liegen (Tabelle 1, Abbildung 3).

Die Risiken für diese Prognose sind nach wie vor hoch, haben sich im Verlauf des vergangenen halben Jahres aber etwas vermindert. Unterstellt wird, dass es zu keiner weiteren Eskalation der Krise im Euroraum kommt, insbesondere nicht zu nennenswerten Ansteckungseffekten im europäischen Bankensystem und auch nicht zwischen den derzeitigen Krisenländern und weiteren Mitgliedsländern der Währungsunion. Durch die Schaffung von Instrumenten zur Stabilisierung der Finanzmärkte ist es der europäischen Politik seit den Sommermonaten gelungen, diese Gefahr abzumildern und insbesondere Unsicherheit aus dem europäischen Bankensystem zu nehmen; damit ist eine Bankenkrise unwahrscheinlicher geworden. Auszuschließen ist es aber noch immer nicht, dass sich die bestehenden Instabilitäten im Bankensystem einzelner Länder in einer systemischen Krise der europäischen und globalen Finanzmärkte entladen und so die realwirtschaftliche Entwicklung weltweit beschädigen.

Abbildung 3

### Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die weltwirtschaftliche Dynamik wird zunächst vor allem von den Schwellenländern getrieben. Aber auch in den Industrieländern zieht die Wirtschaft etwas an.

Unsicher ist zudem, ob die Konjunkturprogramme, die in manchen Schwellenländern derzeit zur Stützung der Konjunktur aufgelegt werden, nachhaltig wirksam sind. Eine geringere Wirksamkeit oder gar ein Verpuffen der Konjunkturprogramme würde die globale wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum erheblich beeinträchtigen. Auch ein in Abweichung zu den hier getroffenen Annahmen (Kasten 2 im Deutschlandteil) deutlicher Anstieg der Energiepreise dürfte die Konjunktur insbesondere in den Schwellenländern beeinträchtigen und so die globale Konjunktur dämpfen.

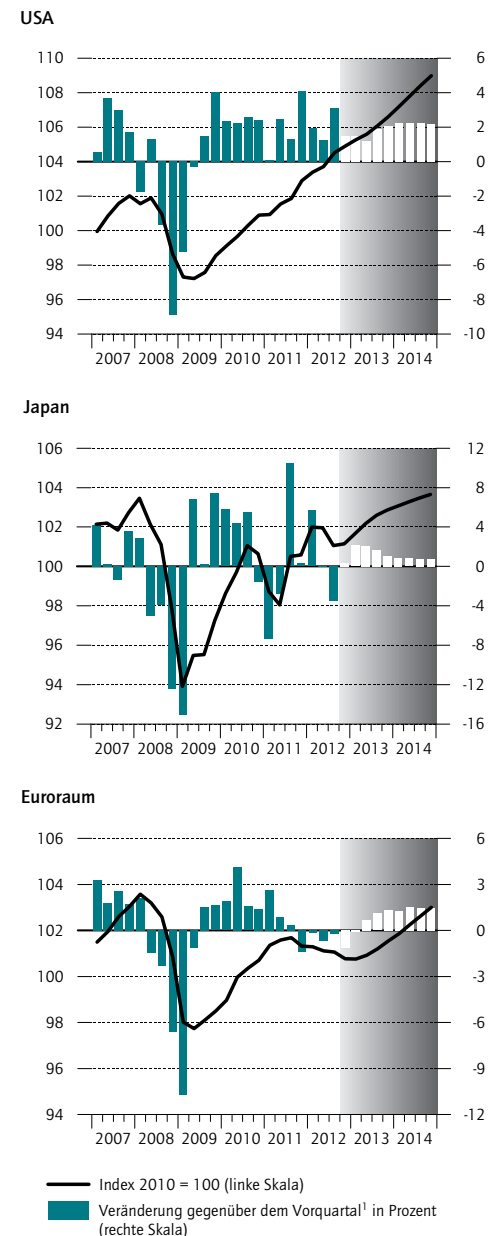
### Vereinigte Staaten

Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA war bis weit in die zweite Hälfte des vergangenen Jahres kräftig, dürfte aber bereits im Schlussquartal 2012 deutlich an Dynamik verloren haben. Im dritten Quartal legte das reale Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorquartal noch um aufs Jahr hochgerechnete 3,1 Prozent zu. Diese kräftige Expansion war aber vor allem von temporären Faktoren getrieben und dürfte sich nicht fortgesetzt haben (Abbildung 4).

Erstmals seit Anfang 2010 trugen die preisbereinigten Staatsausgaben mit annualisiert 0,8 Prozentpunkten

Abbildung 4

### Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Das Wachstum in den Industrieländern gewinnt im Prognosezeitraum etwas an Schwung.

im dritten Quartal wieder positiv zum Wachstum bei. Während die öffentlichen Ausgaben seit Anfang 2010 wegen des Auslaufens der in der Rezession aufgelegten Konjunkturpakete preisbereinigt zurückgegangen wa-

ren, ist im Quartal vor den Präsidentschaftswahlen im November 2012 ein deutlicher Zuwachs der gesamtstaatlichen Ausgaben zu verzeichnen gewesen. Dabei waren die staatlichen Investitionsausgaben leicht rückläufig; der Anstieg der Gesamtausgaben war also ausschließlich konsumtiver Natur, wobei die Verteidigungsausgaben allein etwa drei Viertel der Zuwächse bei den gesamtstaatlichen Ausgaben von insgesamt knapp zehn Milliarden US-Dollar ausmachen.<sup>1</sup>

In den kommenden Quartalen dürften die Staatsausgaben im Zuge der Haushaltskonsolidierung dagegen wieder deutlich zurückgehen und vor allem die Belastung der Haushalte durch höhere staatliche Einnahmen steigen. Zwar wurden in der Silvesternacht die unter dem Schlagwort Fiskalklippe diskutierten für dieses Jahr ursprünglich geplanten massiven Einnahmenerhöhungen und Ausgabenreduzierungen kurzfristig gekippt; für Teile der Bevölkerung bringt aber auch die Kompromisslösung höhere Belastungen mit sich. So steigen etwa der Spitzensteuersatz für die Einkommensteuer sowie die Steuern auf Erbschaften und Kapitalerträge; eine mit den Konjunkturpaketen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise befristet eingeführte Senkung der Sozialabgaben läuft zum Ende des Jahres 2012 aus. Teilweise wurden die ursprünglich geplanten Belastungen auch lediglich verschoben; insbesondere automatische Ausgabenkürzungen stehen bereits in zwei Monaten wieder an, die im Zuge der Verhandlungen um die Erhöhung der Schuldenobergrenze im Sommer 2011 festgelegt worden waren. Nach Schätzungen des unabhängigen Congressional Budget Office dürften mit dem vereinbarten Kompromiss immer noch staatliche Mehreinnahmen und Minderausgaben von etwa 150 Milliarden US-Dollar im Vergleich zum vergangenen Jahr auf die US-Wirtschaft zukommen.<sup>2</sup> Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte in Folge der Haushaltskonsolidierung um etwas mehr als ein Prozent gedämpft werden. Hinzu kommt, dass die Schuldenobergrenze in den USA erneut fast ausgereizt ist und der Schuldenstand zurzeit nur dank finanzpolitischer Tricks noch unter seiner gesetzlich festgelegten Obergrenze liegt. Die Unsicherheit, die in den vergangenen Monaten die Investitionstätigkeit der Unternehmen bereits merklich belastet hat, dürfte also bis auf weiteres fortbestehen und so die realwirtschaftliche Entwicklung zusätzlich schwächen.

Ein großer Teil der Produktionssteigerungen im dritten Quartal (annualisiert etwa 0,7 Prozentpunkte) hat sich zudem in kräftig erhöhten Lagerbeständen niedergeschlagen und stand keiner gestiegenen Endnachfrage gegenüber. Positiv zum Wachstum trug außerdem der Außenhandel bei. Allerdings haben die Exporte im dritten Quartal deutlich an Schwung verloren; der Rückgang des Handelsbilanzdefizits resultierte vor allem aus der nur wenig zulegenden Importnachfrage, die wiederum durch die anhaltend schwache Binnennachfrage begründet war. So sind erstmals seit Ende 2009 die Unternehmensinvestitionen im dritten Quartal wieder deutlich zurückgegangen. Dafür dürfte neben der Unsicherheit über den zukünftigen Konsolidierungskurs der öffentlichen Haushalte auch die fortgesetzt schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich sein, die mit einer schwachen Einkommensentwicklung einhergeht und zu der gedämpften Konsumnachfrage beigetragen hat.

Die Zahl der neugeschaffenen Stellen lag in den drei Monaten bis November mit knapp 150 000 Jobs pro Monat kaum über dem Niveau, bei dem der Zuwachs beim Erwerbspersonenpotential ausgeglichen wird (Abbildung 5). Entsprechend sinkt die Arbeitslosenquote nur langsam; im November war sie um 0,2 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent zurückgegangen und hat im Dezember stagniert. Die Konsumnachfrage ist daher schwach ins Schlussquartal gestartet, nachdem sie zuvor, gestützt durch eine zeitweise niedrigere Sparquote, noch kräftig gestiegen war. Im Oktober haben die Einkommen nicht weiter zugenommen, und die Haushalte haben ihre Sparquote leicht erhöht; die Konsumausgaben sowie die Einzelhandelsumsätze sind dementsprechend etwas zurückgegangen. Die Nachfrage zusätzlich gedämpft haben dürfte Hurricane Sandy, der an der US-Ostküste zu erheblichen Umsatzausfällen geführt hat. Entsprechend war im November eine leichte Gegenbewegung zu erkennen.

Für den Prognosezeitraum ist beim Konsum aber keine kräftige Dynamik zu erwarten. Die privaten Haushalte in den USA sind weiterhin hoch verschuldet. Bei nur leicht verbesserter Arbeitsmarktlage und daher relativ geringen Lohnsteigerungen werden die Realeinkommen im Prognosezeitraum bei einer unveränderten Inflationsrate von etwa zwei Prozent nur wenig steigen. So dürften die Haushalte sich mit Ausgaben weiterhin zurückhalten und versuchen, ihre Verschuldung abzubauen. Auch die Importe dürften daher weiterhin zunächst nur schwach zulegen. Im Verlauf des kommenden Jahres ist dann aber eine Beschleunigung bei den Einfuhren zu erwarten, wenn sich auch die Investitionen in Ausrüstungen wieder etwas schwungvoller entwickeln.

Die Bauinvestitionen dürften sich nach den starken Rückgängen infolge des Platzens der Immobilienbla-

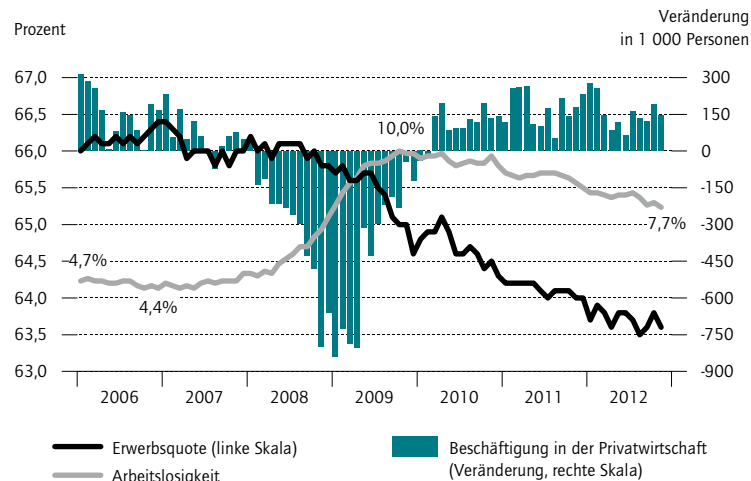
<sup>1</sup> Eine Ursache für die kräftigen Zuwächse bei den Verteidigungsausgaben sehen Beobachter in anstehenden Kürzungen im Verteidigungsbudget, die Vorzieheffekte ausgelöst haben. Auch wird argumentiert, dass das US-Militär die Ausgaben erhöht hat, um den Einschnitten die Schärfe zu nehmen. Vgl. etwa <http://blogs.wsj.com/economics/2012/10/26/military-spending-increase-could-be-defensive-move/>.

<sup>2</sup> Vgl. [www.cbo.gov/publication/43835](http://www.cbo.gov/publication/43835).

Abbildung 5

**Arbeitsmarktsituation in den USA**

Monatsdaten, saisonbereinigt



Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2013

Die Zuwächse bei der Beschäftigung sind nur schwach. Entsprechend ist die Arbeitslosigkeit in den USA weiter hoch und geht nur langsam zurück.

se und der langen Schwächephase seit Anfang 2009 in den kommenden Quartalen wohl leicht erholen. Die Leerstandsquote ist zwar sowohl bei den Wohn- als auch bei den Gewerbeimmobilien immer noch hoch; sie ist in den vergangenen Monaten aber etwas zurückgegangen. Auch bei den Immobilienpreisen zeichnet sich ein Aufwärtstrend ab. Dies dürfte die Bautätigkeit anregen, wie sich an der seit einigen Monaten steigenden Zahl der Baugenehmigungen und auch bereits einer erhöhten Zahl von Baubeginnen andeutet (Abbildung 6).

Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft im laufenden Jahr mit einer Rate von 1,7 Prozent expandieren. Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum mit 2,1 Prozent nur leicht darüber liegen.

**Süd- und Mittelamerika**

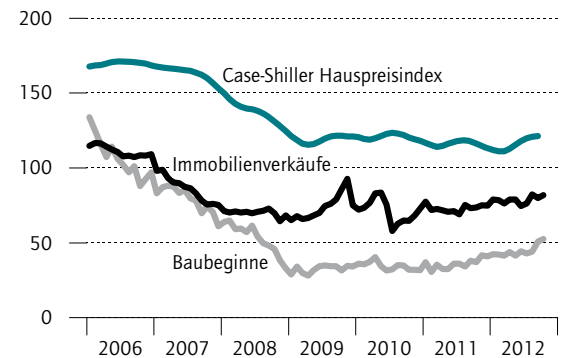
In den lateinamerikanischen Ländern hat sich die wirtschaftliche Dynamik in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres vielerorts wieder etwas beschleunigt. Hierzu dürfte auch der in den vergangenen zwei Jahren anhaltend expansive wirtschaftspolitische Kurs in den meisten Ländern beigetragen haben.

In Brasilien haben deutlich rückläufige Leitzinsen und eine expansive Finanzpolitik dazu beigetragen, dass die Wirtschaftsleistung nach dem schwachen ersten

Abbildung 6

**Immobilienmarkt in den USA**

Index Januar 2002 = 100



Quellen: Bureau of the Census, NAR, S&amp;P.

© DIW Berlin 2013

Der Immobilienmarkt scheint sich etwas zu erholen, ist aber noch weit von der Situation vor der Krise entfernt.

Halbjahr 2012 im weiteren Jahresverlauf deutlich zulegen. Insbesondere der private Konsum ist gestiegen. Gestützt wurde diese Entwicklung durch sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Reallöhne; durch die zunehmende Inflation wird der Anstieg bei den Realeinkommen allerdings gebremst. Mit der inländischen Nachfrage haben auch die Importe zugenommen, während die schwache Weltkonjunktur mit rückläufigen Exporten einherging, so dass der schon seit längerem rückläufige Handelsbilanzsaldo im November ins Defizit geriet. Im Prognosezeitraum dürfte sich der politikinduzierte Aufschwung beschleunigen; die wirtschaftliche Entwicklung wird dieses und vor allem nächstes Jahr zusätzlich durch den Ausbau der Infrastruktur im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2014 beschleunigt. Allerdings dürfte die Geldpolitik zum Ende des laufenden Jahres aufgrund des zunehmenden Inflationsdrucks einen weniger expansiven Kurs einschlagen.

In Mexiko hat sich die wirtschaftliche Entwicklung zuletzt etwas verlangsamt, obwohl die Geldpolitik auch hier weiterhin expansiv ausgerichtet ist. Die schwache weltwirtschaftliche Nachfrage hat vor allem die Exportwirtschaft getroffen. Während die Rohstoffexporte in den letzten Monaten des Jahres wieder etwas steigen konnten, war insbesondere der Fahrzeugexport deutlich rückläufig. Eher restriktiv wirkt seit der Präsidentenwahl im Juli außerdem die Finanzpolitik, da wahlbedingte staatliche Ausgaben entfallen sind und die öffentliche Ausgabenplanung durch die Neuorganisation der Verwaltung unterbrochen wurde. Dies und eine geldpolitische Straffung angesichts einer steigenden Inflation dürften auch im weiteren Verlauf für eine schwä-

chere Expansion der mexikanischen Wirtschaft sorgen. Hinzu kommt eine zunächst gedämpfte Exportnachfrage aus den USA, die erst im Verlauf des kommenden Jahres wieder an Dynamik gewinnen dürfte.

In Peru und Chile bleibt die wirtschaftliche Entwicklung dank einer kräftigen Binnennachfrage dynamisch. Auch hier stützt in erster Linie die Geldpolitik die Konjunktur. Im Verlauf dieses Jahres werden die Zentralbanken wohl einen etwas restriktiveren Kurs in den beiden Ländern einschlagen, um den steigenden Inflationsrisiken zu begegnen. In Argentinien sind Inflation und Abwertung der Währung bereits zur Wachstumsbremse geworden: Offizielle Preissteigerungsraten von über zehn Prozent<sup>3</sup> und eine zunehmende Kapitalflucht dürften die Expansion der argentinischen Wirtschaft auch im Prognosezeitraum dämpfen.

## Japan

Die japanische Wirtschaft hat sich fast zwei Jahre nach dem Tsunami und der Reaktorkatastrophe noch immer nicht erholt. Das Bruttoinlandsprodukt ist im dritten Quartal um 0,9 Prozent eingebrochen, nachdem bereits in der ersten Jahreshälfte nur eine schwache Expansion der Produktion erreicht worden war (Abbildung 4).

Hinter den anhaltenden Problemen steht eine auf mehrere Ursachen zurückgehende Nachfrageschwäche. Die Exporte sanken im dritten Quartal um fünf Prozent; dies war der kräftigste Rückgang seit fünf Quartalen. Die schlechte Entwicklung der Ausfuhren ist zum einen auf die schwache Nachfrageentwicklung im Euroraum zurückzuführen. Allerdings spielt auch der Inselstreit mit Japans größtem Exportmarkt China eine wesentliche Rolle.<sup>4</sup> So sind aufgrund der Boykottaufrufe gegen japanische Waren die Verkäufe in die Volksrepublik eingebrochen; beispielsweise sanken die Autoexporte im Oktober um 82 Prozent. Nicht zuletzt macht der Exportwirtschaft der starke Yen zu schaffen, der vor allem gegenüber südkoreanischen Unternehmen zu einem Wettbewerbsnachteil führt.

Angesichts anhaltend unterausgelasteter Kapazitäten gingen die Investitionen der Unternehmen in Aus-

rüstungen und Anlagen im dritten Quartal um über drei Prozent zurück. Die Konsumausgaben fielen um 0,5 Prozent. Hierzu dürfte auch beigetragen haben, dass die staatliche Förderung zum Kauf umweltfreundlicher Autos ausgelaufen ist, die bisher die Konsumnachfrage angekurbelt hat. Zudem laufen die durch den Wiederaufbau in den Tsunami-Gebieten bedingten Mehrausgaben der privaten und öffentlichen Haushalte allmählich aus. Schließlich ist die seit langem andauernde Deflation noch nicht überwunden, die zur Schwächung der heimischen Nachfrage beiträgt.

Die dämpfenden Faktoren werden auch im weiteren Verlauf eine kräftige wirtschaftliche Entwicklung in Japan nicht zulassen, wenngleich weitere Rückgänge der Produktion nach dem Einbruch im dritten Quartal 2012 nicht zu erwarten sind. Bei einem Schuldenberg von mehr als 230 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist der Handlungsspielraum des Staates zudem eng begrenzt. Eine Konsolidierung des Staatshaushalts ist weiterhin erforderlich. Ab April war eine schrittweise Verdoppelung der Umsatzsteuer geplant; mit einer Umsetzung dieser konsolidierenden Maßnahme ist aber wohl nicht zu rechnen. Vielmehr hat die neue Regierung noch im Wahlkampf eine Ausweitung von Ausgaben im Infrastrukturbereich angekündigt.

Zusätzlich wächst der Druck auf die Notenbank, die geldpolitischen Zügel weiter zu lockern. Da der Leitzins schon nahe Null liegt, hat die Zentralbank Ende Oktober das Volumen ihres Anleihekaufprogramms ausgedehnt und weitere Schritte in diese Richtung angekündigt. Die neue Regierung beabsichtigt, der Zentralbank ein Inflationsziel von zwei Prozent vorzuschreiben, um sie zu einer noch aggressiveren Lockerung ihrer Geldpolitik zu zwingen. Das geldpolitische Umfeld dürfte im Prognosezeitraum daher äußerst expansiv ausgerichtet bleiben.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im laufenden Jahr um knapp ein Prozent steigen, nach gut zwei Prozent im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr ist der Zuwachs nur wenig höher.

## China

Nachdem der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal des vergangenen Jahres mit 7,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr so schwach ausgefallen war wie seit der Finanzkrise nicht mehr, zieht die Konjunktur in China offenbar wieder an. Im November nahm die Industrieproduktion um über zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr zu; dies ist der stärkste Anstieg seit März. Der Einzelhandel konnte seine Umsätze zuletzt um 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat ausweiten, ein Zuwachs wie seit über einem halben Jahr nicht mehr.

<sup>3</sup> Die tatsächliche Inflation dürfte noch wesentlich über der offiziell gemeldeten Rate liegen. Zur schlechten Qualität der von Argentinien veröffentlichten Daten vgl. auch Statement by the IMF Executive Board on Argentina, Press Release No. 12/319, [www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12319.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12319.htm).

<sup>4</sup> Die beiden größten Volkswirtschaften Asiens streiten sich um eine unbewohnte Inselgruppe nordöstlich von Taiwan. Die umliegenden Gewässer sind reich an Fischen, in der Region werden aber auch umfangreiche Erdgasvorkommen vermutet. Der Konflikt hatte sich zugespitzt, nachdem die japanische Regierung trotz scharfer Warnungen aus Peking einen Teil der Inselgruppe von einem privaten, japanischen Besitzer kaufte.

Allerdings liegt das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung noch unter der Dynamik, die in der Aufschwungphase nach der globalen Rezession im Verlauf des Jahres 2010 zu beobachten war. Dies liegt auch daran, dass die Exportwirtschaft in den letzten Monaten des vergangenen Jahres deutlich an Schwung verloren hat. Zwar konnten die Ausfuhren in die ASEAN-Staaten bis zuletzt stark zulegen; die Exporte in die entwickelten Volkswirtschaften und insbesondere nach Europa sind aber schon seit längerem rückläufig. Im November stiegen die Warenexporte insgesamt nur noch um zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Infolgedessen haben auch die Importe mehr und mehr an Kraft verloren und lagen im November gleichauf mit dem November des Vorjahres.

So beruht die zunehmend dynamische Entwicklung vor allem auf der kräftigen Binnenwirtschaft, die auch durch ein expansives wirtschaftspolitisches Umfeld angetrieben wird. Die Konjunkturerholung dürfte vor allem auf die sehr expansive Geldpolitik der chinesischen Zentralbank und auf zügiger realisierte Infrastrukturprojekte des Staates zurückzuführen sein.

Aber auch die privatwirtschaftliche Nachfrage gewinnt zunehmend an Kraft. Eine sinkende Inflation stützt die Realeinkommen und regt damit die private Konsumnachfrage an, während die Investitionstätigkeit der Unternehmen durch anhaltende Kapazitätsengpässe bei insgesamt günstigen binnenwirtschaftlichen Absatzperspektiven angetrieben wird. Der von der Großbank HSBC bei kleinen und mittleren Unternehmen ermittelte Einkaufsmanagerindex lag im Dezember bei 50,6 Punkten und damit den zweiten Monat in Folge über der Schwelle von 50 Punkten, ab der Analysten von einem Wachstum im verarbeitenden Gewerbe ausgehen. Die Umfragen des staatlichen Logistikverbandes bestätigen die Verbesserung der Stimmung. Für die günstige Entwicklung der Indikatoren sind dabei vor allem die Auftragseingänge entscheidend, die eine kraftvolle Entwicklung der chinesischen Wirtschaft auch im Verlauf dieses Jahres signalisieren.

Insgesamt dürfte im vergangenen Jahr das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts bei knapp acht Prozent gelegen haben. Im laufenden Jahr dürfte der Zuwachs dann mit 8,5 Prozent etwas höher liegen, im kommenden Jahr aber erneut auf acht Prozent zurückgehen.

## Indien

Die wirtschaftliche Dynamik in Indien war bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahres hinein schwach. Im dritten Quartal ist die indische Wirtschaft um 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gewachsen und hat damit zwar das Expansionstempo der Vorquartale

gehalten; die Raten liegen aber deutlich unter den Zuwächsen der Jahre 2010 und 2011.

Auch Indien kann sich nicht von der weltweiten Konjunkturschwäche abkoppeln, ist jedoch weit weniger exportabhängig als China, Südkorea oder Japan. Belastend ist daher vor allem die hartnäckig hohe Inflation, die bei knapp acht Prozent verharrt und die binnenwirtschaftliche Entwicklung schwächt. Die hohe Teuerung schwächt wegen steigender Finanzierungskosten sowohl die Investitionsnachfrage der Unternehmen als auch die Kaufkraft und damit die Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Ein Rückgang der Inflationsraten ist in den nächsten Monaten nicht zu erwarten. So sind im Zuge von Restrukturierungen bei den staatlichen Energieversorgern Preiserhöhungen zu erwarten.

Angesichts der hohen Inflation hat die Zentralbank keine Spielräume, der wirtschaftlichen Schwäche mit einer expansiveren Geldpolitik zu begegnen. Auch der Finanzpolitik sind angesichts des hohen Haushaltsdefizits weitgehend die Hände gebunden. Die Ausgaben für die wirtschaftsnahe Infrastruktur dürften sich sogar recht schwach entwickeln. Dabei wäre der verstärkte Ausbau von Straßen, Bahnstrecken, Häfen oder Flughäfen dringend nötig, um die Voraussetzungen für ein hohes und nachhaltiges Wachstum zu sichern.

Prinzipiell hat Indien ein enormes Wachstumspotenzial: Im Zug des wirtschaftlichen Aufholprozesses wachsen die Einkommen kräftig und damit der private Konsum; zudem ist der Infrastrukturbedarf groß. Doch Strukturreformen zum Bürokratieabbau und Privatisierungsmaßnahmen werden nur langsam umgesetzt. Dies dämpft die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, auch wegen der hierdurch eingeschränkten ausländischen Direktinvestitionen. Immerhin plant die indische Regierung punktuelle Erleichterungen. So soll der Anteil, den Ausländer an indischen Unternehmen halten dürfen, von derzeit 26 auf 49 Prozent steigen. Auch das zurzeit verhandelte Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union dürfte stimulierende Wirkungen entfalten.

Mit einem kräftigen Aufschwung der indischen Wirtschaft ist aber erst im kommenden Jahr zu rechnen. 2012 dürfte der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts bei lediglich gut drei Prozent gelegen haben, für das laufende Jahr sind nur wenig höhere Zuwächse zu erwarten. Im kommenden Jahr dürfte die indische Wirtschaft dann wieder mit rund fünf Prozent expandieren.

## Euroraum

Die Rezession im Euroraum setzt sich fort. Im dritten Quartal des vergangenen Jahres ging das Bruttoin-

landsprodukt um 0,1 Prozent zurück, wobei lediglich der Außenhandel einen stärkeren Einbruch verhinderte. Mit einer spürbaren Erholung ist auch im weiteren Verlauf zunächst nicht zu rechnen (Abbildung 4).

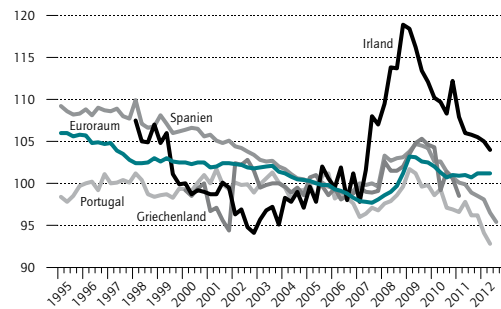
So dürfte bei hoher Arbeitslosigkeit und nominal stagnierenden verfügbaren Einkommen die Konsumnachfrage auch weiterhin rückläufig sein, wenngleich im Zeitverlauf weniger stark. Darauf weist auch die schwache Nachfrage nach Konsumentenkrediten hin. Sinkende Auftragseingänge sowie die geringe Nachfrage nach Unternehmenskrediten signalisieren weiterhin zurückgehende Investitionen. Wie bereits in den vergangenen Quartalen dürften positive Impulse damit vor allem vom Außenhandel zu erwarten sein. Bei stagnierenden Importen aufgrund der schwachen Binnennachfrage wird der Außenhandel im Prognosezeitraum in den meisten großen Volkswirtschaften des Euroraums einen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Dies stützt sich vor allem auf die erstarkende Nachfrage aus den Schwellenländern. In Spanien, Irland, Portugal und Griechenland kommt die an den Lohnstückkosten gemessene Verbesserung der Wettbewerbssituation der Exportentwicklung zusätzlich zugute. (Abbildung 7).

In Frankreich ist das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2012 um 0,2 Prozent gewachsen. Nachdem der private Konsum in den vorangegangenen drei Quartalen stagnierte, trug er 0,2 Prozentpunkte zum Wachstum bei. Trotz steigender Arbeitslosigkeit und erhöhter Abgaben auf Kapitaleinkünfte sind die real verfügbaren Einkommen deutlich gestiegen – im dritten Quartal nochmals stärker als in den vorangegangenen zwei Quartalen. Dieser Anstieg ist zum Teil durch die Erhöhung des Mindestlohns (Smic) um real 0,6 Prozent im Juli 2012 zu erklären. Davon profitierten vor allem diejenigen Teile der Bevölkerung, deren Sparquote typischerweise unterdurchschnittlich ist.<sup>5</sup> So dürfte die Sparquote im dritten Quartal etwas zurückgegangen sein und die Konsumententwicklung zusätzlich gestützt haben. Allerdings werden die privaten Haushalte in diesem Jahr durch höhere Abgaben belastet werden. Daher wird der Konsum im weiteren Verlauf schwach bleiben. Zum Jahresende dürfte sich die Expansion des privaten Verbrauchs aufgrund von Vorzieheffekten infolge der zum Januar 2014 geplanten Mehrwertsteueranhebung zwar etwas beschleunigen; zum Jahresauftakt 2014 ist dafür aber mit einem deutlichen Rückgang des Konsums zu rechnen.

<sup>5</sup> Vgl. zu einer ausführlichen Diskussion des Zusammenhangs zwischen Einkommensverteilung und Entwicklung der Sparquote auch Fichtner, Junker und Schwäbe 2012, Die Einkommensverteilung: Eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose, DIW Wochenbericht Nr. 22/2012.

Abbildung 7

### Reale Lohnstückkosten im Euroraum Index, 2005 = 100



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2013

Die realen Lohnstückkosten in den Krisenländern sind deutlich zurückgegangen, auch im Vergleich zum übrigen Euroraum.

Anhaltend schwach entwickelt sich die Investitionstätigkeit in Frankreich; sie ging im dritten Quartal des vergangenen Jahres um 0,2 Prozent zurück. Obwohl die Auftragseingänge bis weit in die zweite Jahreshälfte gestiegen sind, ist die Stimmung in der Industrie getrübt. Bei der vierteljährlichen Befragung von Industrieunternehmen gaben zu Beginn des Schlussquartals 65 Prozent der Unternehmen an, dass die Nachfrage „unzureichend“ sei. Erst die Aufhellung der Absatzaussichten ab der zweiten Jahreshälfte 2013 dürfte zusammen mit der im Wachstumspakt der französischen Regierung beschlossenen Steuererstattung, die die Unternehmen um sechs Prozent der Bruttolohnsumme entlasten soll und in einer verbesserten Rentabilität der Unternehmen resultiert, zu einem Anstieg der Investitionen und möglicherweise der Beschäftigung führen.<sup>6</sup>

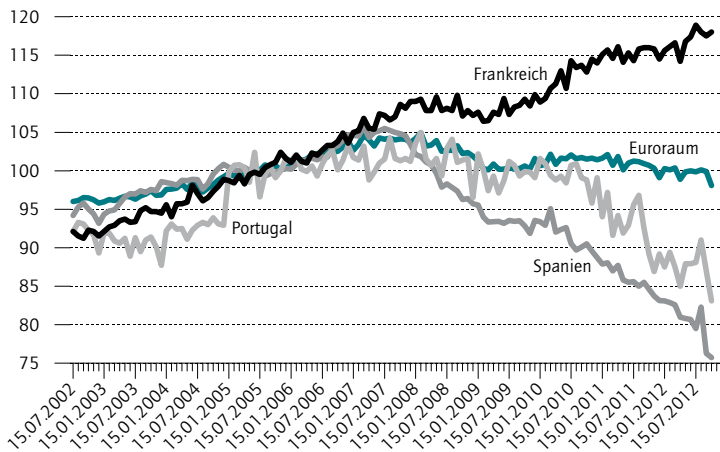
Die Exporterwartungen der Industrieunternehmen haben sich seit den Sommermonaten deutlich eingetrübt und die Exporte dürften im Winterhalbjahr 2012/2013 spürbar zurückgehen. Allerdings schätzen französische Industrieunternehmen ihre Wettbewerbssituation auf dem Markt außerhalb der Europäischen Union deutlich besser ein als innerhalb; darauf weisen vierteljährliche Umfrageergebnisse des französischen Statistikamtes INSEE hin. Die schwache Nachfrage aus dem europäischen Raum kann daher wohl durch die zunehmende

<sup>6</sup> Die Unternehmen erhalten eine Steuererstattung auf bezahlte Körperschaftsteuern beziehungsweise Einkommensteuern. Die Unternehmen sollen um sechs Prozent der Bruttolohnsumme der Löhne, die unter der 2,5-fachen Höhe des Mindestlohns liegen, entlastet werden.

Abbildung 8

**Einzelhandelsumsätze im Euroraum**

Index, 2005 = 100



Quelle: Eurostat.

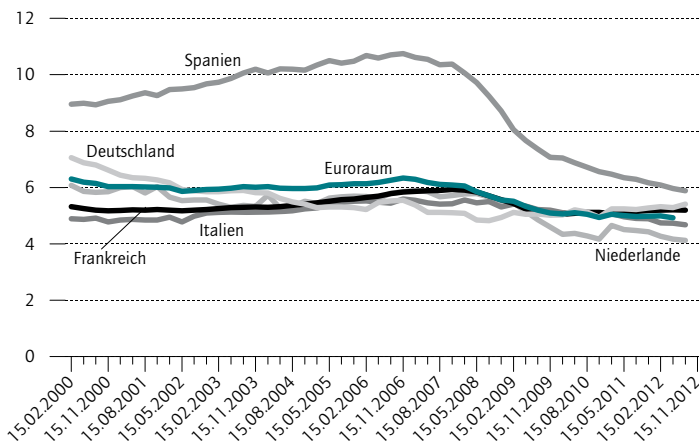
© DIW Berlin 2013

Die Einzelhandelsumsätze im Euroraum sind im Trend rückläufig. Zuletzt sind sie deutlich eingebrochen.

Abbildung 9

**Anteil der Bauinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt**

In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2013

Die Bedeutung der Bauinvestitionen in Spanien hat deutlich abgenommen und ist nur wenig höher als in anderen Ländern des Euroraums.

Nachfrage aus den Schwellenländern kompensiert werden, so dass es im Verlauf des Jahres zu leichten Zuwächsen bei den Exporten kommen sollte.

Im vergangenen Jahr dürfte die französische Wirtschaft um 0,2 Prozent gewachsen sein. In diesem Jahr wird die Rate alles in allem wohl kaum darüber liegen. Im

Jahr 2014 dürfte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit 0,7 Prozent erneut schwach sein.

Italien steckt weiterhin in der Rezession. Im dritten Quartal des vergangenen Jahres ging das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozent zurück. Während die Exporte noch um ein halbes Prozent steigen konnten und zusammen mit weiter rückläufigen Importen für einen positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels sorgten, sanken Konsum, Investitionen und staatliche Ausgaben weiter. Die seit nunmehr fünf Quartalen rückläufige Produktion in Italien hängt auch mit den bereits geleisteten Konsolidierungsanstrengungen zusammen. Wegen der für Februar angekündigten Neuwahlen hat sich die Unsicherheit über die Umsetzung der Reformagenda erhöht, was die Aussichten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unklarer macht.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf inzwischen über elf Prozent und eine sich weiter eintrübende Konsumtenzuversicht dürften auch im vierten Quartal nochmal zu deutlichen Rückgängen im Konsum geführt haben. Dies wird durch den Einkaufsmanagerindex des Einzelhandels bestätigt, der im Dezember zwar leicht anstieg, jedoch nach wie vor auf eine Eintrübung der Kauflaune hinweist. Allerdings dürfte ein Rückgang der Teuerungsrate, die zuletzt durch administrierte Preise bei über drei Prozent lag, die Kaufkraftverluste der privaten Haushalte kurzfristig bremsen; das Tempo des Konsumrückgangs dürfte sich daher reduzieren. Erst im späteren Verlauf dieses Jahres wird sich die Konsumnachfrage wieder langsam beleben.

Die Investitionstätigkeit belastet die wirtschaftliche Entwicklung bis in die erste Hälfte dieses Jahres hinein. Die infolge der staatlichen Konsolidierungsmaßnahmen schlechteren Absatzaussichten der Unternehmen lassen auf eine anhaltende Zurückhaltung bei den Ausstattungsinvestitionen schließen. Die Einkaufsmanagerindizes des Dienstleistungs- und des verarbeitenden Gewerbes verharren weiter unterhalb ihrer Expansionschwelle und signalisieren so auch für die kommenden Monate zunächst keine Erholung der italienischen Wirtschaft. Dies dürfte sich erst ab der Jahresmitte mit einer verbesserten Arbeitsmarktsituation und einer Aufhellung der Exportaussichten ändern.

Die Exporte dürften über den Prognosezeitraum wieder leicht zulegen; vor allem nach Deutschland, aber auch in die Schwellenländer Osteuropas und Asiens. Mit dem Abklingen der Rezession zur Mitte des Jahres werden allerdings auch die Importe wieder leicht anziehen.

Im Jahr 2012 dürfte die italienische Wirtschaftsleistung um zwei Prozent geschrumpft sein, im laufenden Jahr wird sie nochmals um ein halbes Prozent sinken. 2014

dürfte die italienische Wirtschaft wieder moderat um ein Prozent wachsen; im Verlauf des Jahres dürften die derzeit eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen nicht mehr restriktiv wirken, so dass sich die wirtschaftliche Entwicklung etwas beleben dürfte.

Auch in Spanien ist die Wirtschaftsleistung weiterhin rückläufig. Im dritten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent gesunken. Ein stärkerer Rückgang wurde durch die kräftige Entwicklung der Exporte verhindert, die um fast fünf Prozent gestiegen sind. Der private Konsum ist trotz erwarteter Vorzieheffekte im Zuge der Mehrwertsteueranhebung im September um 0,5 Prozent gesunken. Im vierten Quartal dürfte der Konsum nochmals stärker geschrumpft sein. Darauf weist auch der Einbruch der Einzelhandelsumsätze im September und Oktober hin (Abbildung 8). Da die Sparquote bereits deutlich zurückgeführt wurde und die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, dürfte der private Konsum bis zum Ende des Prognosezeitraums stagnieren.<sup>7</sup>

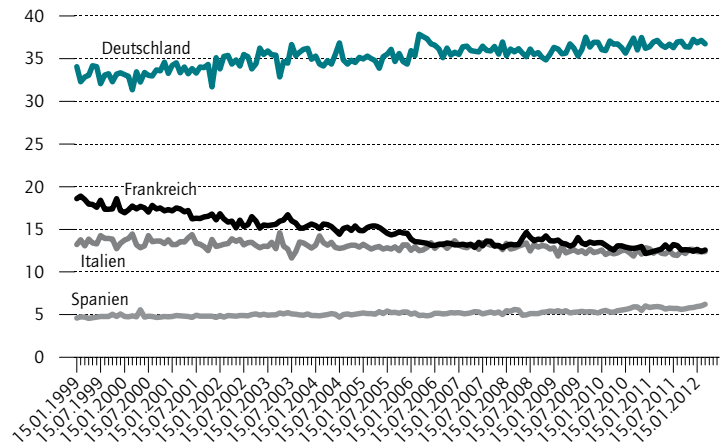
Die Investitionen gehen seit nunmehr fünf Jahren zurück. Die noch bestehenden Überkapazitäten im Bausektor wurden zwar bereits zu einem großen Teil abgebaut, im Jahr 2013 wird sich der Rückgang der Investitionen aber noch fortsetzen. Zwar hat sich der Anteil der Bauinvestitionen am realen Bruttoinlandsprodukt von über elf Prozent im Jahr 2007 auf nunmehr knapp sechs Prozent zurückgebildet und liegt damit auf einem Niveau, das zuletzt 1998/1999 zu beobachten war. Er ist aber immer noch höher als etwa in Deutschland oder Frankreich (Abbildung 9). Erst im Jahr 2014 dürfte der Schrumpfungsprozess abgeschlossen sein. Die Ausrustungsinvestitionen werden angesichts stagnierender Auftragseingänge ihre seit zwei Jahren währende Seitwärtsbewegung wohl in diesem Jahr fortsetzen. Erst im nächsten Jahr dürfte die Investitionstätigkeit wieder zunehmen, nicht zuletzt aufgrund der höheren Kapazitätsauslastung infolge der stärkeren Exporttätigkeit. So ist es Spanien in den vergangenen Jahren gelungen, den Anteil der Exporte in wachstumsstarke Regionen wie Asien, Amerika und Afrika zu erhöhen, und zwar deutlicher als vielen anderen Euroraum-Ländern. Im Ergebnis stieg der Beitrag Spaniens zum Handel des gesamten Euroraums mit Staaten außerhalb der Währungsunion kontinuierlich an (Abbildung 10) und das Land konnte sich etwas von der schwachen Nachfrage aus dem europäischen Raum abkoppeln. Alles in allem entwickeln sich die Exporterwartungen recht günstig (Abbildung 11).

<sup>7</sup> Im September lag die Arbeitslosenquote bei fast 26 Prozent; etwa 65 Prozent davon zählen bereits zu den Langzeitarbeitslosen mit mehr als zwölf Monaten Arbeitslosigkeit.

Abbildung 10

### Beitrag zum Außenhandel des Euroraums

In Prozent der Gesamtexporte



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2013

Der Beitrag Spaniens zu den Gesamtexporten des Euroraums hat stetig zugenommen.

Das spanische Bruttoinlandsprodukt dürfte im vergangenen Jahr um 1,4 Prozent gesunken sein, dieses Jahr dürfte die Wirtschaft sogar um 1,7 Prozent schrumpfen; im Jahr 2014 wird sie wieder leicht zunehmen.

In den Niederlanden haben sich die Probleme auf dem Immobilienmarkt im Verlauf des vergangenen Jahres verschärft und schlagen sich nun auch deutlich im privaten Verbrauch nieder (Abbildung 12). In der zweiten Jahreshälfte hat wegen der schwächeren globalen Nachfrage außerdem der Außenhandel die Expansion nicht mehr in dem Maß gestützt wie zuvor. Alles in allem ist die Wirtschaft im dritten Quartal des Vorjahres um 1,1 Prozent eingebrochen. Das Land war damit Schlusslicht in der Eurozone.

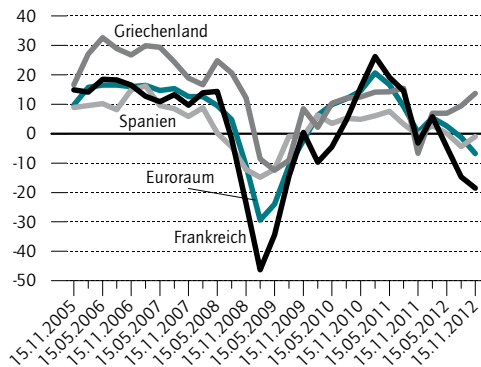
Die Arbeitslosenquote stieg im November um 0,2 Prozentpunkte auf sieben Prozent. Zusammen mit dem Vermögenseffekt auf dem Immobilienmarkt und einer Mehrwertsteuererhöhung im Oktober von 19 auf 21 Prozent hat dies zu einer rückläufigen Konsumnachfrage zum Ende des vergangenen Jahres beigetragen. Der Effekt dürfte auch noch zu Beginn dieses Jahres spürbar sein. Darauf weisen auch Umfragen zur Konsumenten-zuversicht hin; die Ergebnisse haben sich im November zum zweiten Mal in Folge verschlechtert.

Auch die Investitionen entwickelten sich zuletzt schwach. Bei den Bauinvestitionen schlägt sich der Preisverfall auf dem Immobilienmarkt weiterhin in schwacher Investitionstätigkeit nieder. Darauf weisen auch die Baubeginne hin, die schon seit längerem

Abbildung 11

### Exportserwartungen des verarbeitenden Gewerbes

Saldo der Befragungsergebnisse



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2013

Die Exportserwartungen im Euroraum haben sich weiter verschlechtert. Für einzelne Länder ist aber eine Aufhellung erkennbar.

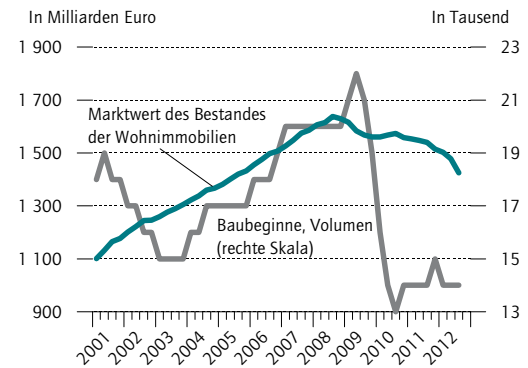
auf niedrigem Niveau sind (Abbildung 12). Angesichts unterausgelasteter Kapazitäten und nach wie vor eingetrübter Absatzmöglichkeiten der niederländischen Unternehmen – die private wie auch die öffentliche Nachfrage ist gedämpft – dürften auch die Ausrüstungsinvestitionen sowie der Gewerbebau rückläufig sein. Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe lag während des gesamten Schlussquartals 2012 unterhalb der Expansionsschwelle. Erst wenn die Exporte ab Mitte 2013 wieder anziehen, dürfte sich auch die Investitionsnachfrage beleben.

Vor dem Hintergrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung ist davon auszugehen, dass zur Erreichung der Konsolidierungsziele für die öffentlichen Haushalte verstärkte Anstrengungen notwendig werden. Laut Koalitionsvereinbarung der im September neugewählten Regierung sollen die steuerliche Absetzbarkeit von Hypothekendarlehen abgeschafft und Sparmaßnahmen im Umfang von etwa 16 Milliarden Euro in den kommenden fünf Jahren umgesetzt werden. Dadurch werden die verfügbaren Einkommen im Umfang von rund einem Prozent pro Jahr belastet. Die Rücknahme der Steuervergünstigungen für Immobilienkredite dürfte auch den Verfall der Häuserpreise beschleunigen, so dass sich die Vermögenssituation der Haushalte weiter verschlechtern und die Konsumnachfrage zusätzlich unter Druck geraten dürfte.

2012 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent zurückgegangen sein. Die belastenden Faktoren hinter dem Einbruch der niederländischen Wirtschaftsleistung im dritten Quartal wirken fort. Auch in diesem Jahr wird die niederländische Wirtschaft leicht schrumpfen. Bis

Abbildung 12

### Immobilienmarkt in den Niederlanden



Quelle: Oxford Economics.

© DIW Berlin 2013

Die Probleme auf dem Immobilienmarkt der Niederlande haben sich verschärft. Der Preisverfall kommt nicht zum Ende.

zum Jahr 2014 dürfte die Schwäche am Häusermarkt langsam überwunden werden; damit dürfte dann ein Wachstum von etwa einem Prozent zu erreichen sein.

Die wirtschaftliche Erholung in Irland schreitet weiter voran. So sank die Arbeitslosenquote im Oktober leicht auf 14,7 Prozent, die Konsumentenstimmung verbessert sich stetig und die Industrieproduktion lag bis August auf hohem Niveau. Allerdings schrumpfte sie im September um etwa 13 Prozent. Der größte Rückgang war mit rund 32 Prozent bei den Chemikalien und Arzneimitteln zu beobachten. Dies dürfte auf vorgezogene Produktionsumstellungen in Reaktion auf in diesem Jahr auslaufende Patente zurückzuführen sein. Diese Anpassung dürfte die Exporte auch im Prognosezeitraum etwas belasten.

Griechenland und Portugal stecken noch in der tiefen Rezession. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage war auch im November sehr pessimistisch, die Arbeitslosenquoten stiegen weiter an, und auch die verfügbaren Einkommen sind noch immer rückläufig. Allerdings setzt sich der Abbau des Außenhandelsdefizits weiter fort, und zwar nicht nur wegen stagnierender Importe, sondern auch wegen teilweise deutlich zulegender Exporte.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im vergangenen Jahr um 0,4 Prozent gesunken sein. In diesem Jahr dürfte die Wirtschaft stagnieren, im nächsten Jahr um 1,3 Prozent expandieren. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr bei etwa zwölf Prozent liegen, im kommenden Jahr leicht darunter. Im Euroraum ohne Deutschland geht das Bruttoinlands-

produkt aber auch in diesem Jahr um 0,4 Prozent zurück und wird im nächsten Jahr wohl um weniger als ein Prozent wachsen.

## Vereinigtes Königreich

Die wirtschaftliche Lage im Vereinigten Königreich bleibt weiterhin äußerst eingetrübt. Zwar konnte im dritten Quartal die Produktion erstmals im abgelaufenen Jahr wachsen. Der im Quartalsvergleich deutliche Anstieg von einem Prozent dürfte jedoch nicht von Dauer gewesen sein. So profitierte der private Verbrauch stark von Einmaleffekten wie den Ticketverkäufen für die olympischen Spiele und Nachholeffekten nach dem zusätzlichen Feiertag anlässlich des diamantenen Thronjubiläums von Königin Elisabeth II. im zweiten Quartal. Das Leistungsbilanzdefizit konnte durch anziehende Exporte in Nicht-EU-Länder reduziert werden. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen belastete durch den Rückgang der staatlichen Ausgaben das Quartalsergebnis im dritten Quartal spürbar.

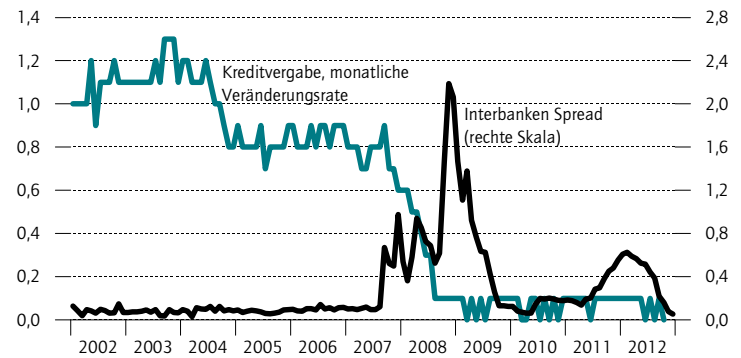
Der private Verbrauch dürfte in den kommenden Quartalen stagnieren und erst im kommenden Jahr leicht an Dynamik gewinnen. Ursächlich hierfür ist zum einen die Seitwärtsbewegung bei den Vermögens- und insbesondere Immobilienpreisen seit nunmehr zwei Jahren. Außerdem geht der Abbau der Arbeitslosigkeit nur zögerlich voran; die Arbeitslosenquote ist im Oktober nur leicht auf 7,8 Prozent zurückgegangen. Die Unternehmen dürften auf die anhaltend niedrige Produktivität wohl schon in der ersten Hälfte des laufenden Jahres mit einem Beschäftigungsabbau reagieren. Erst im Verlauf des kommenden Jahres, wenn die Konjunktur wieder etwas anzieht, kann auch die Beschäftigung zulegen. Gemeinsam mit der zurückgehenden Teuerungsrate sind dann auch Zuwächse bei den Realeinkommen zu erwarten. Dies wird den privaten Verbrauch im Verlauf des kommenden Jahres etwas stützen.

Die Investitionstätigkeit wird nach wie vor durch die restriktiven Finanzierungsbedingungen gehemmt. So belastete die europäische Staatsschuldenkrise auch den britischen Bankensektor, der öffentliche Schuldverschreibungen der Krisenländer in den Handelsbüchern hält. Die Ankündigung der EZB, gegebenenfalls am Sekundärmarkt für Staatsanleihen einzugreifen, sowie das zusätzliche Refinanzierungsprogramm für Banken seitens der britischen Zentralbank (*funding for lending*) haben bereits zu einer deutlich entspannteren Refinanzierungssituation des Bankensektors beigetragen. Mit einiger Verzögerung sollten sich diese Maßnahmen über lockerere Kreditvergabestandards auch in einer Ausweitung der realen Kreditvergabe niederschlagen (Abbildung 13).

Abbildung 13

### Kreditmarkt im Vereinigten Königreich

In Prozentpunkten



Quellen: Bank of England, British Bankers Association; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Kreditvergabe im Vereinigten Königreich ist extrem schwach. Die Nervosität auf dem Interbankenmarkt hat sich aber etwas gelegt.

Der Außenhandel profitiert vom Aufleben der Exporte in die Schwellenländer. Demgegenüber steht eine anhaltend schwache Nachfrage aus dem Euroraum. Unterm Strich ist für den Prognosezeitraum nur mit geringen Wachstumsbeiträgen des Außenhandels zu rechnen.

Die expansive Geldpolitik im Vereinigten Königreich wird fortgesetzt werden, der Leitzins dürfte im Prognosezeitraum bei 0,5 Prozent bleiben. Unkonventionelle Maßnahmen wie Anleihekäufe und das *Funding for Lending*-Programm dürften angesichts der schwachen konjunkturellen Dynamik im Frühjahr 2013 nochmals ausgeweitet werden. Damit dürfte die Inflationsrate auch im Prognosezeitraum oberhalb der Zielmarke von zwei Prozent liegen. Im November lag sie unverändert bei 2,7 Prozent.

Alles in allem dürfte die britische Wirtschaft im Jahr 2012 nur leicht geschrumpft sein. Dass der Rückgang nicht stärker war, ist vor allem dem außergewöhnlich starken dritten Quartal zu verdanken. Für das laufende Jahr ist mit einem leicht positiven Wachstum zu rechnen. Die belastenden Faktoren dürften sich 2014 weitgehend zurückgebildet haben; das Bruttoinlandsprodukt wird dann wieder mit einer Rate von gut einem Prozent zulegen.

## Mittel- und Osteuropa

Im Jahresverlauf 2012 hat sich die wirtschaftliche Lage vieler mittel- und osteuropäischer Länder verschlechtert. Einzelne Länder wie etwa Rumänien konnten zwar vorübergehend positive Wachstumsraten erreichen, ihre wirtschaftliche Situation hat sich in der zweiten Jahres-

hälfte indes wieder eingetrübt. Selbst bislang robuste Volkswirtschaften, darunter Polen, spüren das sich verschlechternde Umfeld. Im Laufe des Jahres 2013 dürften sich die Aussichten für die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften aufgrund des dann günstigeren Umfelds verbessern; dies dürfte sich auch im Folgejahr positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Ungarn und Tschechien befanden sich auch im dritten Quartal 2012 in einer Rezession; in beiden Ländern blieb die inländische Nachfrage schwach. In Tschechien waren die Investitionen zuletzt gesunken; die Nachfrage der privaten Haushalte war ebenfalls rückläufig. Die Rückgänge der Binnennachfrage konnten auch nicht mehr – wie es teilweise noch im ersten Halbjahr 2012 der Fall war – durch Zuwächse der Auslandsnachfrage aufgefangen werden. Die schwachen Exportmärkte werden die tschechische Wirtschaftsentwicklung auch in den kommenden Quartalen bremsen. Ungarn war 2012 neben einer rückläufigen Binnennachfrage zusätzlich mit Exportrückgängen konfrontiert. Die Inflationsrate nahm aufgrund gestiegener Preise für Nahrungsmittel und Energie jahresdurchschnittlich deutlich zu und lag im November 2012 mit 5,2 Prozent weit über dem Inflationsziel von drei Prozent; im Vergleich zum Vormonat hatte sich der Anstieg gegen Jahresende 2012 indes leicht verringert. Die Nationalbank hatte Ende November eine weitere Senkung des Leitzinses um 0,25 Prozentpunkte beschlossen. Damit ist der Leitzins seit Ende August um insgesamt 0,75 Prozentpunkte gesenkt worden. In Ungarn und Tschechien dürfte die Wirtschaft 2013 wieder wachsen. Im kommenden Jahr dürften die beiden exportorientierten Länder von einer stärkeren Nachfrage aus dem Ausland profitieren.

Die seit Sommer 2012 zu beobachtende Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Bulgarien beruhte auf einer leichten Steigerung sowohl des privaten Konsums als auch der Investitionen. Bis zum Ende des dritten Quartals ist die Arbeitslosenquote in Bulgarien auf knapp 13 Prozent gestiegen und blieb damit im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern hoch; nur Lettland hat eine fast ebenso hohe Quote. Bulgarien wird auch 2013 eine leicht positive Entwicklung realisieren können, die sich im kommenden Jahr weiter stabilisieren dürfte. Demgegenüber hat sich im Nachbarland Rumänien die im ersten Halbjahr 2012 positive Wirtschaftsentwicklung im weiteren Jahresverlauf nicht fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt ist im dritten Quartal 2012 vor allem aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage gesunken. Der Außenbeitrag war in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres ebenfalls negativ. Die im Sommer 2012 gestiegenen Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Energie haben zusätzlich zur Abwertung des Leu dazu beigetragen, dass die

jährliche Inflationsrate im dritten Quartal 2012 mit 5,3 Prozent deutlich außerhalb des Zielkorridors der Nationalbank von zwei bis vier Prozent lag. Die rumänische Nationalbank hat im November 2012 die Beibehaltung ihrer bisherigen Geldpolitik angekündigt. Insgesamt wird Rumänien in diesem Jahr ein nur geringes Wachstum erreichen, das sich in dem günstigeren Umfeld des nächsten Jahres etwas beschleunigen dürfte.

Polens Wirtschaft war auch im zweiten Halbjahr 2012 auf Wachstumskurs. Allerdings hat die inländische Nachfrage an Dynamik verloren. Stützend wirkten noch die positiven Nettoexporte. Sinkende Exporte in den Euroraum konnten dabei durch steigende Exporte in Länder außerhalb der Europäischen Union wie Russland und die Ukraine ausgeglichen werden. Angesichts geringer Reallohnzuwächse, einer mit zehn Prozent nach wie vor hohen Arbeitslosenquote und einer bereits niedrigen Sparquote von etwa drei Prozent dürften in absehbarer Zeit keine starken Impulse vom privaten Konsum ausgehen. Dafür wirkt die Senkung der Leitzinsen um 0,5 Prozentpunkte expansiv. Die polnische Wirtschaft wird im laufenden und im kommenden Jahr zwar zulegen können, aber hinter dem Wachstum im Jahr 2012 zurückbleiben.

Im Baltikum nahm die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf 2012 wieder zu. Hierzu hatte ein starker Exportanstieg im Herbst 2012 beigetragen, darunter insbesondere Getreide und Mineralölprodukte. Diese Entwicklung wird jedoch nicht von Dauer sein. Die Nachfrage der Handelspartner wird sich im Winter 2012/2013 zunächst abschwächen. Insgesamt wird das Baltikum aber auch in diesem und im nächsten Jahr die höchsten Wachstumsraten der mittel- und osteuropäischen Länder realisieren können.

In der Türkei hatte sich das Wachstum im zweiten Halbjahr 2012 abgeflacht. Insbesondere die inländische Nachfrage entwickelte sich schwach. Eine deutliche Ausweitung der Exporte hat im dritten Quartal zu einem positiven Außenbeitrag geführt. Die rückläufige Nachfrage aus dem Euroraum wurde dabei durch Exportsteigerungen in Drittländer abgefedert. Allerdings handelte es sich hierbei insbesondere um Ausfuhren von Gold in den Iran im Gegenzug zu türkischen Käufen von iranischem Erdgas. Derartige Geschäfte stehen in Zusammenhang mit dem Embargo gegen den Iran und dessen Abkopplung vom internationalen Zahlungsverkehr.<sup>8</sup> Insgesamt hat sich in der Türkei, die noch 2011 eine Wachstumsrate von 8,5 Prozent erreichte, die wirtschaftliche Dynamik im vergangenen

<sup>8</sup> Vgl. Engerer, H., Horn, M. (2012): EU-Ölembargo gegen Iran wenig wirksam. DIW-Wochenbericht, Nr. 22/2012.

## Kasten 1

**WTI schert aus: Brent im Moment alleiniger globaler Benchmarkpreis für Rohöl**

Der physische Spothandel mit Rohöl wird über eine Reihe von Märkten abgewickelt. Die Preise für zwei Ölsorten werden an Börsen determiniert: Brent (London) und West Texas Intermediate (WTI, New York). Traditionell richten sich die restlichen Spotmärkte wie etwa Dubai – der Benchmark für Exporte vom Golf von Arabien nach Ostasien – nach den Preisen für Brent und WTI aus.<sup>1</sup> Entsprechend wird in der bestehenden empirischen Literatur starke Evidenz für eine Kointegration globaler Ölspotpreise festgestellt und gefolgert, dass der Handel mit Rohöl in einem global integrierten Markt stattfindet. Preisabweichungen von wenigen Dollar wurden hauptsächlich auf Qualitätsunterschiede der unterschiedlichen Ölsorten zurückgeführt.<sup>2</sup> Daher konnten in der Vergangenheit die Preise für Brent und WTI gleichberechtigt sowohl zur Analyse von Entwicklungen auf dem globalen Rohölmarkt als auch in Konjunkturprognosen verwendet werden.

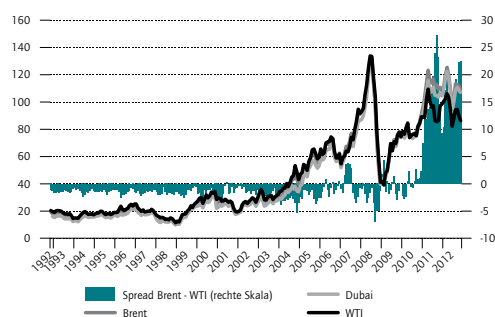
Seit Ende 2010 ist jedoch eine Divergenz zwischen dem WTI-Preis und den anderen Spotpreisen zu beobachten. Der Spread zwischen den Preisen für Brent und WTI ist stark gestiegen und fluktuiert stärker als zuvor (Abbildung 1).

Hauptverantwortlich für das Ausscheren des WTI-Preises ist wohl die steigende Förderung nichtkonventionellen Rohöls („tight oil“) im Inneren der USA in Kombination mit fehlen-

den Pipelinekapazitäten zum Abtransport der zusätzlichen Fördermenge insbesondere zu den an der Ostküste gelegenen Raffinerien.<sup>3</sup> Diese Faktoren haben zu einem Überangebot von Rohöl in Cushing (Oklahoma) geführt, was sich negativ auf den WTI-Preis ausgewirkt hat. Die restlichen Spotpreise, einschließlich der Preise für weitere nicht diesem Engpass der Transportkapazitäten unterliegenden US-Rohölsorten, folgen weiterhin dem Preis für Brent, so dass dieser momentan als der alleinige globale Benchmark anzusehen ist.<sup>4</sup> Aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf Märkten für Rohölfutures wird auch in der mittleren Frist ein über dem historischen Durchschnitt liegender Spread erwartet.<sup>5</sup>

Zusätzlich zur Divergenz der Rohölpreise ist auch ein Auseinanderdriften der durchschnittlichen Kosten für Rohöleinfuhren auf Länderebene zu beobachten (Abbildung 2). Da jedoch auch für Raffinerien an der US-Ostküste nun der Brentpreis ausschlaggebend ist, sind selbst für die USA die durchschnittlichen Einfuhrkosten nicht ganz auf WTI-Niveau gesunken. Bis zum Abschluss des Ausbaus von ausreichend Pipelinekapazität ist der WTI-Preis somit als regionale Größe anzusehen.

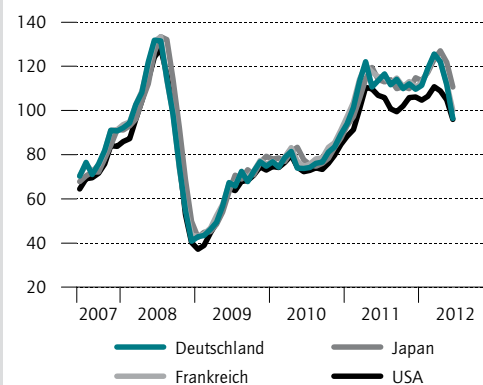
Abbildung 1

**Rohölspotpreise und Spread zwischen Brent und WTI Preisen**  
 In US-Dollar


Quellen: U.S. Energy Information Administration; Datastream.

© DIW Berlin 2013

Abbildung 2

**Rohölimportpreise auf Länderebene**  
 In US-Dollar


Quelle: OECD.

© DIW Berlin 2013

<sup>1</sup> Fattouh, B. (2011): An Anatomy of the Crude Oil Pricing System. Oxford Institute for Energy Studies WPM 40.

<sup>2</sup> Bachmeier, L., and Griffin, J. (2006): Testing For Market Integration: Crude Oil, Coal and Natural Gas. The Energy Journal 27, 55–72.

<sup>3</sup> International Monetary Fund (IMF) (2012): World Economic Outlook, October 2012.

<sup>4</sup> U.S. Energy Information Administration (EIAa) (2012): Short-Term Energy Outlook Supplement: Brent Crude Oil Spot Price Forecast.

<sup>5</sup> U.S. Energy Information Administration (EIAb) (2012): Short-Term Energy Outlook Supplement: Market Prices and Uncertainty Report.

Jahr abgeschwächt. Im Prognosezeitraum wird die Türkei ein Wachstum erzielen, das immer noch über dem Durchschnitt der EU liegen dürfte.

### **Russland**

Die wirtschaftliche Entwicklung in Russland hat sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres eingetrübt. Dies lag wohl vor allem an der Entwicklung der Real-einkommen, denn die Inflation hat in den Sommermonaten deutlich angezogen. Die im Zuge der Inflationsbekämpfung im September noch einmal erhöhten Leitzinsen dürften sich zudem in einer steigenden Sparquote niederschlagen. Trotz der anhaltend guten Arbeitsmarktsituation – die Arbeitslosenquote ist seit dem Frühjahr um einen halben Prozentpunkt gesunken und liegt derzeit bei gut fünf Prozent – dämpft daher vor allem die Konsumnachfrage die Konjunktur. Hierauf weist insbesondere die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze hin, die in der zweiten Jahreshälfte deutlich an Schwung verloren hat. Auch die Investitionstätigkeit ist von der nachlassenden gesamtwirtschaftlichen Dynamik betroffen. So sind die Bauinvestitionen im Quartalsvergleich um gut vier Prozent gesunken.

Gemessen an der schwachen binnenwirtschaftlichen Nachfrage war die Entwicklung der Industrieproduktion zuletzt noch robust, wenngleich auch hier die Dynamik etwas nachgelassen hat. Nach Rückgängen in den Sommermonaten konnten vor allem die Exporte wieder etwas kräftiger zulegen. Hierfür sind aber auch die im September etwas gestiegenen Ölpreise verantwortlich. Im Prognosezeitraum dürfte der Außenhandel hingegen nur wenig zum Wachstum der russischen Volkswirtschaft beitragen. Leicht rückläufige Ölpreise und ein im Zuge der restriktiveren Geldpolitik anziehender Wechselkurs werden wohl die Exporte dämpfen. Gleichzeitig dürfte wegen des kräftigeren Rubels die Importnachfrage etwas stärker steigen; hierzu dürfte auch die Abschaffung der Einfuhrzölle im Gefolge des Beitritts zur Welthandelsorganisation im August vergangenen Jahres beitragen, wenngleich Wirkungen dieser Maßnahme wegen langer Übergangsfristen vor allem in der mittleren Frist zu erwarten sind.

Im laufenden Jahr wird die russische Wirtschaft daher nur mit etwa vier Prozent expandieren. Im kommenden Jahr dürfte im Zuge einer wieder kräftigeren binnenwirtschaftlichen Nachfrage das Bruttoinlandsprodukt etwas kräftiger wachsen.

# Deutsche Wirtschaft überwindet Flaute rasch

Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr nur um 0,8 Prozent gewachsen. Das erneute Aufflammen der Krise im Euroraum zur Jahresmitte und die unerwartet deutliche Abkühlung der Weltkonjunktur haben die wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte gebremst. Im Schlussquartal 2012 dürfte die Produktion sogar zurückgegangen sein (Tabelle 2). Viele Unternehmen mussten ihre Produktion einschränken, weil ihre südeuropäischen Absatzmärkte schrumpften. Außerdem hat die Unsicherheit über die Zukunft des Euroraums die Wirtschaftsakteure vorsichtiger disponieren lassen. Trotz des günstigen Finanzierungsumfeldes (Kasten 2) haben die Unternehmen daher die Investitionen in Ausrüstungen bis zuletzt erheblich verringert (Abbildung 14). Der Konsum dürfte weniger kräftig zugelegt haben als im dritten Quartal 2012. Die privaten Haushalte reagierten mit Ausgabenzurückhaltung auf die Krise, auch weil die Angst vor Arbeitsplatzverlusten wieder zugenommen hat. Dabei verlief die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr noch ausgesprochen günstig. Im Jahresdurchschnitt waren über 400 000 Personen mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor (Tabelle 3), ein Plus von einem Prozent, und die Löhne pro Arbeitnehmer sind um gut zweieinhalb Prozent gestiegen. In nahezu allen Bereichen, selbst in der Industrie, die besonders von der schwachen Nachfrage

betroffen war, wurde die Beschäftigung weiter deutlich ausgeweitet. Erst im zweiten Halbjahr hat sich diese Entwicklung abgeschwächt, und in einigen Sektoren gab es bereits einen moderaten Beschäftigungsabbau. Der schwächeren Nachfrage begegneten die Unternehmen vor allem durch eine Verringerung der Arbeitszeit. Besonders in der Industrie ist dieses Mittel spürbar zum Einsatz gekommen. Dies spricht dafür, dass die Unternehmen nur eine rasch vorübergehende Nachfrageschwäche erwarten. Aus diesem Grund halten sie trotz schwacher Umsätze an ihren Belegschaften fest, die sie ansonsten bei einer konjunkturellen Belebung nur schwer wieder aufbauen könnten.

Dies hat dazu beigetragen, dass sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen zuletzt schwach entwickelten. Wegen der deutlichen Zuwächse bei den Löhnen stiegen die verfügbaren Einkommen in der Summe erneut die Teuerung; dies hat den privaten Konsum gestützt.

Die Exporte sind im vergangenen Jahr um gut vier Prozent gestiegen, denn der rückläufigen Entwicklung im Euroraum stand eine kräftige Nachfrage aus anderen Ländern gegenüber. Vor allem wegen der schwachen Investitionstätigkeit nahmen die Importe dagegen mit knapp zweieinhalb Prozent weniger stark zu.

Tabelle 2

## Quartalsdaten der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

|                               | 2012       |            |            |             | 2013       |            |            |            | 2014       |            |            |            |
|-------------------------------|------------|------------|------------|-------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
|                               | I          | II         | III        | IV          | I          | II         | III        | IV         | I          | II         | III        | IV         |
| Privater Verbrauch            | -0,0       | 0,1        | 0,3        | 0,3         | 0,2        | 0,3        | 0,4        | 0,4        | 0,4        | 0,4        | 0,4        | 0,4        |
| Öffentliche Konsumausgaben    | 0,4        | -0,2       | 0,4        | 0,9         | 0,4        | 0,3        | 0,1        | 0,2        | 0,5        | 0,6        | 0,0        | 0,0        |
| Ausrüstungen                  | -0,9       | -4,0       | -2,0       | -2,0        | -1,2       | 1,0        | 3,0        | 3,5        | 3,0        | 2,7        | 2,0        | 1,4        |
| Bauten                        | -0,7       | -1,1       | 1,5        | -0,6        | 1,4        | 0,9        | 0,6        | 0,5        | 0,4        | 0,4        | 0,4        | 0,4        |
| Sonstige Investitionen        | -1,0       | 1,1        | 1,3        | -1,0        | -1,0       | 0,4        | 1,2        | 1,2        | 1,0        | 0,8        | 0,8        | 0,8        |
| Lagerveränderung <sup>1</sup> | 0,0        | 0,0        | -0,3       | 0,0         | -0,0       | -0,0       | 0,0        | -0,0       | 0,0        | 0,0        | -0,0       | -0,0       |
| Inländische Verwendung        | -0,2       | -0,4       | -0,0       | 0,2         | 0,2        | 0,4        | 0,6        | 0,6        | 0,6        | 0,6        | 0,4        | 0,4        |
| Außenbeitrag <sup>1</sup>     | 0,7        | 0,7        | 0,3        | -0,4        | -0,0       | 0,0        | 0,1        | 0,1        | 0,0        | -0,0       | -0,0       | 0,0        |
| Ausfuhr                       | 0,7        | 3,3        | 1,4        | -0,3        | 0,8        | 1,4        | 1,5        | 1,6        | 1,7        | 1,7        | 1,8        | 1,8        |
| Einfuhr                       | -0,7       | 2,2        | 1,0        | 0,4         | 0,9        | 1,5        | 1,5        | 1,6        | 1,8        | 1,9        | 2,0        | 2,0        |
| <b>Bruttoinlandsprodukt</b>   | <b>0,5</b> | <b>0,3</b> | <b>0,2</b> | <b>-0,2</b> | <b>0,2</b> | <b>0,4</b> | <b>0,6</b> | <b>0,6</b> | <b>0,6</b> | <b>0,6</b> | <b>0,4</b> | <b>0,4</b> |

<sup>1</sup> Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab viertem Quartal 2012.

## Kasten 2

**Monetäre und Finanzpolitische Rahmenbedingungen**

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik ist anhaltend expansiv ausgerichtet und der Leitzins bleibt bis zum Ende des Prognosezeitraums unverändert. Daher bleiben auch die kurz- und langfristigen Kapitalmarktzinsen auf niedrigem Niveau. Zwar dürfte das Zinsniveau in Deutschland sich während des Prognosezeitraums dem europäischen Durchschnitt annähern, die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen sind in Deutschland allerdings nach wie vor günstig. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Für die Ölpreisannahme werden die Futures auf Brentöl herangezogen,<sup>1</sup> die zuletzt einen leichten Rückgang im Prognosezeitraum signalisierten.

Es wird angenommen, dass die Tariflöhne in den Jahren 2013 und 2014 weiterhin kräftig zulegen werden, um jeweils

drei Prozent. Die Lohnstückkosten werden somit steigen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportunternehmen belasten. Dem stehen allerdings Marktanteilsgewinne gegenüber, da das weltwirtschaftliche Wachstum vor allem von jenen Ländern getragen wird, die deutsche Waren nachfragen. Alles in allem dürfte die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in etwa konstant bleiben.

Die Finanzpolitik war im Jahr 2012 leicht restriktiv ausgerichtet (Tabelle 2). Expansiven Maßnahmen, wie der Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung, standen restriktive Eingriffe entgegen, insbesondere bei den Gebietskörperschaften, bei denen Einnahmenerhöhungen und Ausgabenkürzungen nachwirkten. Im Prognosezeitraum wird die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet sein. So wurde der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres 2013 abermals gesenkt. Weitere Maßnahmen – wie die Einführung des Betreuungsgeldes, die Abschaffung der Praxisgebühr oder auch das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung – wirken ebenfalls expansiv.

<sup>1</sup> Coimbra, C., Soares Esteves, P. (2004): Oil price assumptions in macroeconomic forecast: Should we follow futures market expectations?, OPEC Review, 24 (2), 87-106.

Tabelle 1

**Annahmen dieser Prognose**

|                                                            |                                                                        | 2012  | 2013  | 2014  |
|------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------|-------|-------|-------|
| EZB-Leitzins                                               | Prozent                                                                | 0,88  | 0,75  | 0,75  |
| Geldmarktzins                                              | EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent                                      | 0,6   | 0,5   | 0,8   |
| Kapitalmarktzins                                           | Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit    | 3,2   | 2,5   | 2,7   |
| Kapitalmarktzins                                           | Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit | 1,5   | 1,8   | 2,2   |
| Wechselkurs                                                | US-Dollar/Euro                                                         | 1,28  | 1,28  | 1,28  |
| Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit (56 Länder) | Index, 1991 Q1=100                                                     | 89,0  | 89,0  | 89,0  |
| Tariflöhne (in Prozent geg. Vorjahr)                       | Änderung gegenüber Vorjahr                                             | 2,7   | 3,0   | 3,0   |
| Erdölpreis                                                 | US-Dollar/barrel Brentöl                                               | 111,9 | 109,2 | 106,5 |
| Erdölpreis                                                 | EURO/Barrel Brentöl                                                    | 87,2  | 85,1  | 83,0  |
| Welthandelsvolumen (in Prozent geg. Vorjahr)               | Änderung gegenüber Vorjahr                                             | 2,2   | 6,6   | 8,4   |

Stichtag 3. Dezember

© DIW Berlin 2013

Tabelle 2

**Finanzpolitische Maßnahmen<sup>1</sup>**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2011

|                                                                                                              | 2012       | 2013        | 2014        |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|-------------|-------------|
| Einführung einer Luftverkehrsabgabe                                                                          | 0,1        | 0,1         | 0,1         |
| Abbau von Vergünstigungen bei der Energie- und der Stromsteuer 2)                                            | 0,2        | 0,8         | 0,8         |
| Strompreiskompensation                                                                                       |            | -0,0        | -0,4        |
| Einführung einer Kernbrennstoffsteuer                                                                        | 0,6        | 0,4         | 0,4         |
| Erhöhung der Tabaksteuer                                                                                     | 0,3        | 0,5         | 0,6         |
| Steuervereinfachungsgesetz 2011                                                                              | -0,5       | -0,3        | -0,3        |
| Erhöhung des Grundfreibetrags                                                                                |            | -1,0        | -2,5        |
| Sonstige steuerliche Maßnahmen 3)                                                                            | -0,4       | -0,2        | -0,2        |
| EUGH-Urteil vom 20.11.2011 zur Besteuerung von Dividenden in Streubesitz                                     | -0,4       | -1,6        | -0,4        |
| Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage                                                                 | 1,2        | 1,6         | 2,1         |
| Förderung der Gebäudesanierung                                                                               |            | -0,3        | -           |
| Einführung einer Bankenabgabe                                                                                | 0,6        | 0,6         | 0,6         |
| Doppeltes Weihnachtsgeld für Beamte                                                                          | -0,5       | -0,5        | -0,5        |
| Einführung der LKW-Maut auf Bundesstraßen                                                                    |            | 0,1         | 0,1         |
| Einführung eines Betreuungsgeldes                                                                            |            | -0,2        | -0,7        |
| Zusätzliche Ausgaben des Bundes beim Ausbau der Kitas                                                        | -0,6       | -0,6        | 0,0         |
| Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld                                                               | 0,2        | 0,2         | 0,2         |
| Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro                                                              |            | -0,3        | -0,3        |
| Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen Koalitionsbeschluss Okt 2011                                          | -0,4       | -0,1        | -0,1        |
| Aufstockung des Verkehrsetats                                                                                |            | -0,6        | -0,1        |
| Zusätzliche Ausgaben des Bundes zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden                               |            | -0,4        | -           |
| Ersatz von Pflicht durch Ermessensleistungen (SGB II und SGB III Bereich)                                    | 1,5        | 2,0         | 2,0         |
| Einsparungen bei disponiblen Ausgaben                                                                        | 0,5        | 1,0         | 1,0         |
| Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden                                                            | 0,5        | 1,0         | 1,0         |
| Verzicht auf Gewinn- und Zinseinnahmen zu Gunsten Griechenlands                                              |            | -0,7        | -0,8        |
| Anhebung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2013                                                          |            | 0,4         | 0,4         |
| Eingriffe in die Rentenformel                                                                                | 3,7        | 6,0         | 6,0         |
| Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2012 um 0,3 Prozentpunkte auf 19,6% | -3,2       | -3,3        | -3,4        |
| Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 um 0,6 Prozentpunkte auf 18,9% |            | -6,6        | -6,7        |
| Erhöhung des allgemeinen Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05% |            | 1,1         | 1,2         |
| Lebensleistungsrente                                                                                         |            | -0,1        | -0,1        |
| Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der Gesetzlichen Krankenversicherung                    | -0,2       | -0,3        | -0,3        |
| Abschaffung der Praxisgebühr                                                                                 |            | -2,1        | -2,1        |
| Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung                                                             | -0,1       | -1,1        | -2,1        |
| Private Zusatzpflegeversicherung                                                                             |            | -0,1        | -0,1        |
| Honorarerhöhungen bei niedergelassenen Ärzten                                                                |            | -1,3        | -1,3        |
| <b>Insgesamt</b>                                                                                             | <b>3,0</b> | <b>-5,9</b> | <b>-5,9</b> |
| <b>in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent</b>                                             | <b>0,1</b> | <b>-0,2</b> | <b>-0,2</b> |
| <i>Nachrichtlich:</i>                                                                                        |            |             |             |
| ESM                                                                                                          | 8,6        | 4,3         | 4,3         |
| Abbau der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung                                          | 1,2        | 7,3         | 6,2         |
| Abbau des Eingliederungsbeitrags an die BA                                                                   |            | -4,0        | -4,0        |
| Bundeszuschuss Gesundheitsfonds                                                                              |            | 0,5         | 2,0         |
| Reduktion des allgemeinen Zuschusses an die GRV                                                              |            | 0,8         | 1,0         |
| Gewinnabführung der KfW an den Bund                                                                          |            | 0,8         | 0,8         |
| Erste Abwicklungsanstalt                                                                                     | 3,0        | -           | -           |

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Aufgrund EU-rechtlicher Beihilferegeln sind die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen bei der Ökosteuer bis zum 31.12.2012 beschränkt. Der Abbau von Steuervergünstigungen ist somit ebenfalls auf Ende des Jahres beschränkt.

3 Jahressteuergesetz 2013, Gesetz zur Umsetzung der Betreibungsrichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften, Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes, Verordnung zur Absenkung der Steuersätze bei der Luftverkehrsteuer, Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung, Anwendung des BFH-Urteils zur regelmäßigen Arbeitsstätte bei mehreren Tätigkeitsstätten, Grunderwerbsteuererhöhung.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

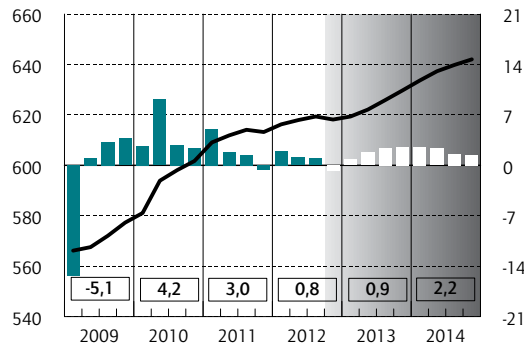
© DIW Berlin 2013

Abbildung 14

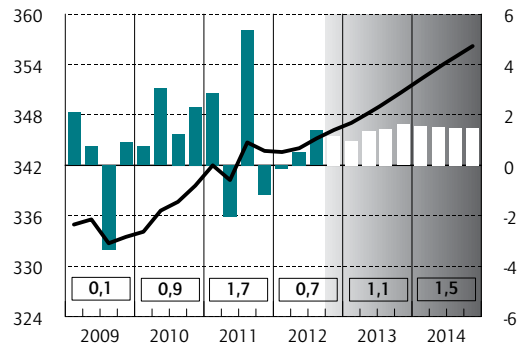
### Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

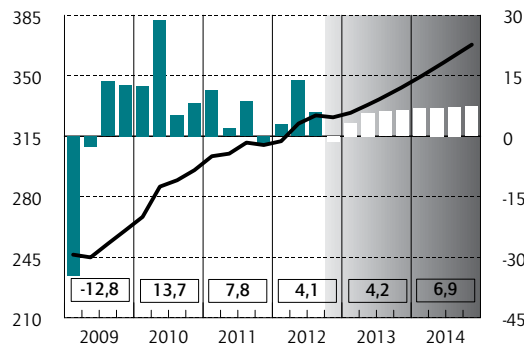
#### Bruttoinlandsprodukt



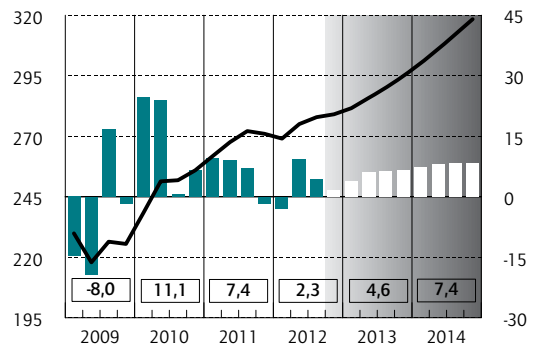
#### Konsumausgaben der privaten Haushalte



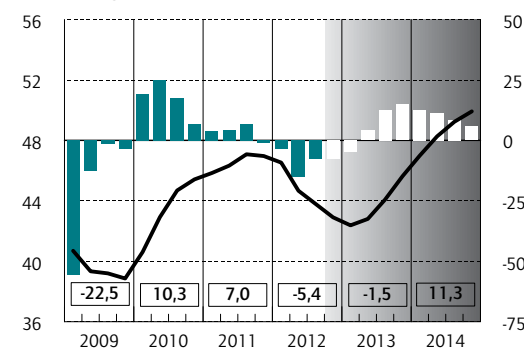
#### Exporte



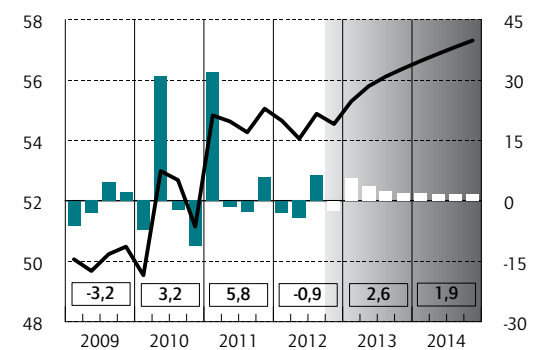
#### Importe



#### Ausrüstungsinvestitionen



#### Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)  
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal<sup>1</sup> in Prozent (rechte Skala)  
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

<sup>1</sup> Auf Jahresrate hochgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, 2012 und 2013 Prognose des DIW Berlin.

Eine kräftige Binnennachfrage schiebt das Wachstum; die Exporte ziehen erst im späteren Verlauf an.

In diesem Jahr dürfte die Wirtschaft um 0,9 Prozent expandieren und damit erneut deutlich schwächer als das Produktionspotenzial, das um knapp anderthalb Prozent wächst. Die Einkommenslücke weitet sich im Jahresdurchschnitt auf –0,8 Prozent des Produktionspotentials aus. Vor allem der schwache Jahresauftakt trägt zu dieser Entwicklung bei. Vieles spricht aber dafür, dass die Wirtschaftsentwicklung im Verlauf des Jahres merklich an Tempo gewinnt. Die wirtschaftliche Schwäche im Euroraum dämpft die deutschen Ausfuhren immer weniger. Zudem dürften die Exporte in die asiatischen und – wenn auch moderater – in die osteuropäischen Volkswirtschaften merklich steigen, zumal in vielen dieser Länder expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen wirken. Aber auch die Nachfrage aus den Vereinigten Staaten dürfte kräftig bleiben.

Die Krise im Euroraum wirkt auch in anderer Hinsicht immer weniger belastend. So ist die Möglichkeit eines Zerfalls des Währungsraumes mit der Ankündigung von eventuellen Stützkäufen durch die EZB erheblich eingedämmt worden. Dadurch hat die Unsicherheit abgenommen und hemmt die Ausgabeneigung weniger. Bei zunehmender Auslandsnachfrage werden die Unternehmen daher das günstige Finanzierungsumfeld mehr und mehr für eine Ausweitung ihrer Investitionen in Ausrüstungen nutzen. Hinzu kommen anhaltend positive Impulse von den Bauinvestitionen, die vielfach als

attraktive Anlageform gesehen werden. Nach einem vorübergehenden Beschäftigungsabbau wird zudem die Zahl der Erwerbstätigen bereits ab Frühjahr wieder zunehmen; im Jahresdurchschnitt werden mehr Menschen beschäftigt sein als im Jahr 2012. Die Real-löhne werden auch in diesem Jahr merklich zunehmen und die verfügbaren Realeinkommen werden spürbar steigen. Der private Verbrauch wird in diesem Umfeld deutlich stärker expandieren als im Durchschnitt der Vorkrisenjahre.

Im kommenden Jahr schlägt sich die zunächst noch kräftige wirtschaftliche Dynamik auch in einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von gut zwei Prozent nieder (Tabelle 3). Das Expansionstempo wird sich im späteren Verlauf nach und nach dem Potentialwachstum annähern.

Während sich in der Eurozone die Teuerung abschwächt, wird sie in Deutschland – bereinigt um Nahrungsmittel- und Energiepreise – weiter moderat anziehen. Dies ist unter anderem auf kräftige Lohnzuwächse zurückzuführen. Auch an ausländische Abnehmer werden die steigenden Arbeitskosten zu einem Teil weitergegeben. Dies dämpft die Exportdynamik und trägt dazu bei, dass der Handelsbilanzüberschuss etwas zurückgeht. Vor allem aber nehmen die Importe aufgrund der kräftigen Binnenwirtschaft zu. Alles in allem wird der

Tabelle 3

### Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

|                                                                                            | 2009   | 2010   | 2011   | 2012   | 2013   | 2014   |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup><br>(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent) | -5,1   | 4,2    | 3,0    | 0,8    | 0,9    | 2,2    |
| Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)                                                   | 40 370 | 40 603 | 41 164 | 41 585 | 41 609 | 41 864 |
| Erwerbslose, ILO                                                                           | 3 228  | 2 946  | 2 502  | 2 332  | 2 358  | 2 209  |
| Arbeitslose, BA                                                                            | 3 415  | 3 238  | 2 976  | 2 897  | 3 010  | 2 894  |
| Erwerbslosenquote, ILO <sup>2</sup>                                                        | 7,8    | 7,1    | 5,9    | 5,5    | 5,6    | 5,2    |
| Arbeitslosenquote, BA <sup>2</sup>                                                         | 8,1    | 7,7    | 7,1    | 6,8    | 7,0    | 6,7    |
| Verbraucherpreise <sup>3</sup>                                                             | 0,3    | 1,1    | 2,3    | 2,0    | 1,8    | 1,8    |
| Lohnstückkosten <sup>4</sup>                                                               | 6,2    | -1,6   | 1,2    | 2,5    | 2,2    | 1,7    |
| Finanzierungssaldo des Staates <sup>5</sup>                                                |        |        |        |        |        |        |
| in Milliarden Euro                                                                         | -73,0  | -103,6 | -19,7  | 2,5    | 0,6    | 13,6   |
| in Prozent des BIP                                                                         | -3,1   | -4,1   | -0,8   | 0,1    | 0,0    | 0,5    |
| Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP                                                    | 6,0    | 6,0    | 5,7    | 6,3    | 6,2    | 6,2    |

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin 2012 bis 2014: Prognose des DIW Berlin.

Außenhandel weiterhin das Wachstum in Deutschland stützen, wenngleich nur noch moderat.

Die öffentlichen Haushalte dürften im vergangenen Jahr mit einem Überschuss von 2,5 Milliarden Euro abgeschlossen haben und im laufenden Jahr einen geringen Überschuss von 0,6 Milliarden erwirtschaften. Im kommenden Jahr wird der Überschuss fast 1,4 Milliarden Euro betragen, das entspricht 0,5 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Die Verschlechterung in diesem Jahr ist der konjunkturellen Eintrübung geschuldet. Ohne die konjunkturell bedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen verbessert sich der (strukturelle) Saldo in diesem Jahr von 0,5 auf 0,8 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung. Allerdings sinkt der strukturelle Saldo im kommenden Jahr um einen halben Prozentpunkt.

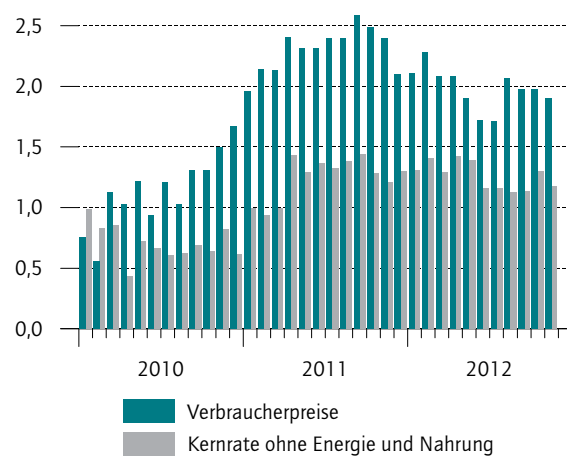
### Inflation nahe der Zwei-Prozent-Marke

Im europäischen Vergleich war die Inflation in Deutschland im Jahr 2012 moderat. Seit einigen Monaten liegt die Teuerung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat bei etwa zwei Prozent. Hauptpreistreiber waren nach wie vor Energie und Nahrungsmittel, aber auch die Preise für Waren insgesamt und insbesondere für Verbrauchsgüter stiegen deutlich. Die Kernrate ohne die volatilen Komponenten Energie und Nahrung lag dagegen zuletzt bei nur 1,2 Prozent (Abbildung 15).

Abbildung 15

#### Anstieg der Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Verbraucherpreisinflation ist moderat und lag zuletzt sogar leicht unter der Zwei-Prozent-Marke.

Im weiteren Verlauf dürfte sich die Kernrate allerdings etwas erhöhen. Dies liegt vor allem an den deutlich angezogenen Lohnkosten und den in den vergangenen Jahren spürbar gestiegenen Energiepreisen, die sich zeitverzögert in der Kerninflation niederschlagen. Die kräftige Einkommensentwicklung dürfte zu einer anziehenden Inlandsnachfrage führen und den Unternehmen größere Spielräume eröffnen, ihre gestiegenen Kosten an die Verbraucher weiterzugeben. Nach einer Kerninflationsrate von 1,3 Prozent im Jahr 2012 dürfte die Teuerung ohne Energie und Nahrungsmittel im Jahr 2013 bei knapp anderthalb Prozent und im Jahr 2014 etwas darüber liegen. Demgegenüber werden die Energiepreise schwächer als in den vergangenen Jahren zulegen. Für diese Prognose wird unterstellt, dass die Ölpreise im Prognosezeitraum leicht zurückgehen (Kasten 2). Allerdings werden sich die Verbraucherpreise für Strom in diesem Jahr um rund zehn Prozent und damit mehr als dreimal so stark wie im Jahr 2012 erhöhen. Dies ist vor allem auf die Anhebung der Ökostrom-Umlage von 3,6 Cent auf 5,3 Cent je Kilowattstunde zurückzuführen. 2014 dürfte die Umlage dann noch einmal leicht erhöht werden. Ohne die Anhebung der EEG-Umlage im Januar 2013 wäre der gesamte Verbraucherpreisanstieg im Jahr 2013 etwa 0,1 Prozentpunkte geringer. Auch die Preise für Nahrungsmittel steigen weiter deutlich, die Dynamik dürfte sich aber, der Entwicklung bei den Weltmarktpreisen folgend, etwas abschwächen.

Von den administrierten Preisen geht im Prognosezeitraum kaum Preisdruck aus; allenfalls die Anhebung der Tabaksteuer kommt zum Tragen. Die Abschaffung der Praxisgebühr für ärztliche und zahnärztliche Dienstleistungen ab Januar 2013 wird den Preisanstieg bei den Ausgaben für Gesundheitspflege bremsen. Sie dürfte sich in ähnlichem Umfang auf den Verbraucherpreisindex auswirken wie die Einführung der Gebühr im Jahr 2004, so dass die Inflationsrate im Januar 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat um knapp 0,2 Prozentpunkte niedriger sein wird als ohne den Wegfall der Praxisgebühr.<sup>9</sup>

Alles in allem hat die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2012 zwei Prozent betragen. Im weiteren Verlauf dürfte sie etwas schwächer ausfallen, was jedoch wesentlich an der schwachen Entwicklung der Energiepreise liegt. Sowohl für 2013 als auch für 2014 ist mit einer Inflationsrate von knapp zwei Prozent zu rechnen.

<sup>9</sup> Elbel, G. (2004): Zur Berechnung der Auswirkungen der Gesundheitsreform auf den Verbraucherpreisindex. *Wirtschaft und Statistik*, Seite 232, Destatis, Februar 2004.

## Kurze Schwächephase auf dem Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2012 eingetrübt; eine drastische Verschlechterung ist aber nicht erkennbar. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nimmt saisonbereinigt seit dem Frühjahr 2012 Monat für Monat zu; die Zuwächse waren aber nicht groß und haben sich zuletzt sogar vermindert (Tabelle 4). Spiegelbildlich dazu verläuft die Entwicklung der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen.

Der Aufbau bei der Zahl der Erwerbstätigen ist im Spätsommer 2012 zum Stillstand gekommen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt kaum noch zu, und auch die Zahl der Selbstständigen ist zuletzt nicht mehr gestiegen. Zuwächse gab es hier bis zum Sommer noch bei den Solo-Selbstständigen (Einzelunternehmer, Freiberufler etc.). Die Zahl der Personen, die lediglich einen Minijob ausüben, ist – wie schon seit eineinhalb Jahren – geschrumpft.

Die je Erwerbstätigen geleistete Arbeitszeit hat im dritten Quartal 2012 arbeitstäglich und saisonal bereinigt nochmals abgenommen. Das dürfte auch an dem weiter anhaltenden Trend zur Teilzeitarbeit liegen. Gewichtiger sind aber betriebliche Anpassungen bei Überstunden und Arbeitszeitkonten angesichts der verschlechterten Auftragslage in manchen Sektoren. So sank die je Arbeitnehmer geleistete Stundenzahl im verarbeitenden Gewerbe um fünf Prozent.

In diesem Winter wird die Beschäftigung infolge der schwachen Produktionsentwicklung zwar weiter zurückgehen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte dabei jedoch nur wenig sinken, weil die Unternehmen arbeitszeitverkürzende Maßnahmen ergreifen und trotz verringerter Kapazitätsauslastung an ihrem Personal festhalten. Mit der anziehenden Wirtschaftsleistung wird von Frühjahr an das Personal wieder aufgestockt und auch die pro Kopf geleistete Arbeitszeit trotz des anhaltenden Trends zur Teilzeitarbeit steigt. Im Durchschnitt dieses Jahres dürfte die Zahl der Erwerbstätigen höher sein als im Vorjahr, wenn auch nur leicht. Für 2014 ist ein Zuwachs von 0,6 Prozent zu erwarten.

Der zeitweilige Rückgang bei der Erwerbstätigkeit lässt die Arbeitslosigkeit für einige Monate etwas steigen, spätestens mit Beginn des Sommers verringert sie sich aber wieder. Die zunächst eingetrübte Beschäftigungssituation lässt zeitweilig die stille Reserve etwas zunehmen. Der Trend hin zu einer höheren Erwerbsbeteiligung wird dadurch aber nicht gebrochen. Hinzu kommen Wandlungsgewinne. Im ersten Halbjahr 2012 war der Wandlungssaldo um fast 50 000 Personen oder um ein Drittel

Tabelle 4

### Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

|                                                                                           | 2010         | 2011         | 2012         | 2013         | 2014         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| <b>Erwerbstätige im Inland (in Millionen)</b>                                             | <b>40,60</b> | <b>41,16</b> | <b>41,59</b> | <b>41,61</b> | <b>41,86</b> |
| Selbständige und mithelf. Familienangehörige                                              | 4,49         | 4,54         | 4,56         | 4,53         | 4,52         |
| Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>1</sup>                                    | 27,78        | 28,47        | 28,97        | 29,11        | 29,43        |
| Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten                                                 | 1,86         | 1,88         | 1,89         | 1,90         | 1,91         |
| Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)                                      | 4,88         | 4,86         | 4,79         | 4,70         | 4,64         |
| Sonstige                                                                                  | 1,59         | 1,41         | 1,38         | 1,37         | 1,36         |
| +/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc. | -0,05        | -0,04        | -0,04        | -0,05        | -0,05        |
| <b>Erwerbstätige Inländer</b>                                                             | <b>40,57</b> | <b>41,12</b> | <b>41,55</b> | <b>41,56</b> | <b>41,81</b> |
| <b>Erwerbslose</b>                                                                        | <b>2,95</b>  | <b>2,50</b>  | <b>2,33</b>  | <b>2,36</b>  | <b>2,21</b>  |
| <b>Erwerbspersonen</b>                                                                    | <b>43,45</b> | <b>43,54</b> | <b>43,88</b> | <b>43,92</b> | <b>44,02</b> |
| <i>Nachrichtlich:</i>                                                                     |              |              |              |              |              |
| Arbeitslose                                                                               | 3,24         | 2,98         | 2,90         | 3,01         | 2,89         |
| Arbeitslosenquote BA <sup>2</sup> – Prozent                                               | 7,7          | 7,1          | 6,8          | 7,0          | 6,7          |
| Arbeitslosenquote SGB <sup>3</sup> – Prozent                                              | 10,4         | 9,4          | 9,1          | 9,4          | 8,9          |
| Erwerbslosenquote VGR <sup>4</sup> – Prozent                                              | 6,8          | 5,7          | 5,3          | 5,4          | 5,0          |
| Erwerbslosenquote ILO-Statistik – Prozent                                                 | 7,1          | 5,9          | 5,5          | 5,6          | 5,2          |
| Erwerbstätige am Wohnort nach ILO – 1 000                                                 | 38,66        | 39,64        | 39,93        | 39,95        | 40,20        |

1 Bis 2011 einschließlich Personen im Freiwilligendienst.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

3 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

4 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Zuwächse bei den Zuwanderungen gab es insbesondere aus Ost- und Mittel-Osteuropa (138 000 oder 20 Prozent). Verstärkt hatte sich auch die Zuwanderung aus den südeuropäischen Krisenstaaten (13 000). Demgegenüber wird der Schub an Zuwanderern aus den 2004 zur EU beigetretenen Staaten abklingen, der durch die seit 2011 geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit ausgelöst wurde. Andererseits wird wohl die Zahl der Arbeitsuchenden aus den südeuropäischen Krisenstaaten weiter steigen. Ab Anfang 2014 ist zudem mit einem deutlichen Anstieg der Zuwanderungen aus Rumänien und Bulgarien zu rechnen, da dann alle Arbeitskräfte aus diesen Ländern in Deutschland tätig sein können. Insgesamt werden die weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung und die Zuwanderungen die sich aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ergebende Abnahme bei der Zahl der Erwerbspersonen mehr als ausgleichen.

Zu einer Delle im Beschäftigungsverlauf kommt es vor allem bei der Industrie und bei den produktionsnahen Dienstleistungen. Dies zeigt sich schon seit einiger Zeit am Rückgang der Beschäftigung in der Leiharbeit, die sehr sensibel auf konjunkturelle Schwankungen reagiert. Mit der Aufhellung des weltwirtschaftlichen

## Kasten 3

**Kurzarbeit in der jüngsten Finanzkrise von eher untergeordneter Bedeutung**

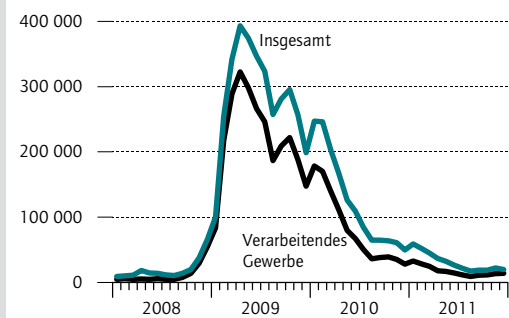
Im Zuge der Zuspitzung der weltweiten Finanzkrise nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Bros. kam es auch in der Bundesrepublik zu einem massiven Einbruch der Wirtschaftsleistung. Saisonbereinigt sank das reale Bruttoinlandsprodukt vom 3. Quartal 2008 bis zum 2. Quartal 2009 um knapp sechs Prozent. Davon war im Wesentlichen das Exportgeschäft betroffen; bei der inländischen Konsumnachfrage war dagegen die Krise fast überhaupt nicht zu spüren. Entsprechend verlief in den einzelnen Sektoren die Entwicklung sehr unterschiedlich. Starke Produktionsrückgänge gab es vor allem im verarbeitenden Gewerbe und bei produktionsnahen Dienstleistungen (Teilen des Handels, des Transportgewerbes sowie bei den Unternehmensdienstleistern – und hier insbesondere bei der Leiharbeit). Andere Wirtschaftsbereiche blieben indes verschont.<sup>1</sup>

Im verarbeitenden Gewerbe ging die preisbereinigte Wertschöpfung im genannten Zeitraum um immerhin fast ein Viertel zurück; auf diesen Sektor entfielen somit fünf Sechstel des Produktionsrückgangs in der Gesamtwirtschaft. Die Zahl der Arbeitsplätze wurde ebenfalls abgebaut – aber längst nicht so stark, wie es angesichts des Rückgangs der Industrieproduktion zu erwarten gewesen wäre.

Im Folgenden wird umrissen, in welchem Maße neben dem Personalabbau auf andere Weise im verarbeitenden Gewerbe auf den Produktionseinbruch reagiert wurde. Dazu wird eine Shift-Share-Analyse verwendet, bei der die Produktivität und Arbeitszeit in den Blick genommen werden. Berechnet wird, wie sich die Zahl der Arbeitnehmer zusätzlich zum Personalabbau entwickelt hätte, wenn sich diese beiden Faktoren seit Ausbruch der Krise nicht verändert hätten. Bei der Arbeitszeit wird zudem die konjunkturbedingte Kurzarbeit berücksichtigt, die in der Krise im Wesentlichen im verarbeitenden Gewerbe

<sup>1</sup> Brenke, K. (2010): Aus der Krise zum zweiten Wirtschaftswunder. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 48/2010.

Abbildung 1

**Entwicklung der Kurzarbeit**  
Beschäftigungsäquivalente

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

© DIW Berlin 2013

genutzt wurde (Abbildung 1). Um jahreszeitliche Effekte auf den Beschäftigungsverlauf auszuschließen, werden saisonbereinigte Daten verwendet. Entsprechende Daten liegen allerdings nicht für die Kurzarbeit vor – was aber wenig von Belang ist, weil konjunkturbedingte Kurzarbeit von saisonalen Einflüssen wenig beeinflusst wird.<sup>2</sup>

Zu Beginn der Krise – im vierten Quartal 2008 – wurde vor allem auf eine Verkürzung der Arbeitszeit gesetzt (Tabelle) – insbesondere auf den Abbau von Arbeitszeitkonten und Überstunden. Kurzarbeit kam zu der Zeit nur wenig vermehrt zum Einsatz. In den beiden darauf folgenden Quartalen wurde der Produktionsausfall vor allem dadurch ausgeglichen, dass die Unternehmen die Beschäftigung hiel-

<sup>2</sup> Eine Saisonbereinigung lässt sich für die Daten auch nicht berechnen, weil die Zeitreihe in der vorliegenden sektoralen und institutionellen Abgrenzung nicht lang genug ist.

Umfelds wird die Beschäftigung in diesen Sektoren dann aber auch schnell expandieren. In den konsumnahen Sektoren wird es dagegen nicht zu einer Unterbrechung der Aufwärtstendenz bei der Beschäftigung kommen, denn die günstige Einkommensentwicklung dürfte den privaten Verbrauch anregen, und der leichte und rasch vorübergehende Anstieg der Unterbeschäftigung dürfte sich kaum negativ auf die Konsumneigung auswirken. Auch die Bauwirtschaft bleibt unberührt; sie profitiert von der anhaltend starken Nachfrage nach Wohnbauten der privaten Haushalte. Hier setzt

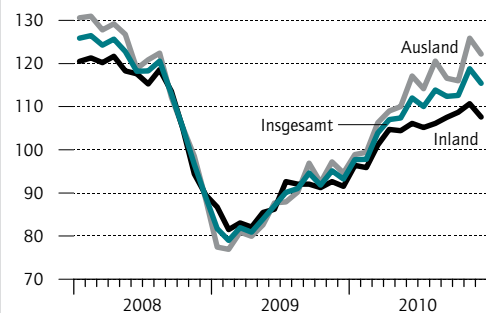
sich der Beschäftigungsaufbau daher bis zum Ende des Prognosezeitraums fort.

Die Löhne sind im dritten Quartal 2012, wie nach den Tarifvereinbarungen zu erwarten, deutlich gestiegen. Vermutlich fielen auch vermehrt Sonderzahlungen an. Noch mehr als die Löhne je Arbeitnehmer erhöhten sich die Stundenlöhne. Hierin kommt die Verminderung der Arbeitszeit zum Ausdruck. Die vorliegenden Tarifverträge, die schon Lohnvereinbarungen für 2013 beinhalten, lassen insgesamt eine weitere deutliche Anhebung der

Abbildung 2

### Entwicklung des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe

Index 2005 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2013

ten, obwohl die Stundenproduktivität stark sank. In dieser Phase gab es zwar weitere Arbeitszeitverkürzungen, deren Ausmaß erhöhte sich aber nicht mehr sehr stark – und die Arbeitszeitminderung war bei weitem nicht groß genug, um den Produktionsausfall auszugleichen. Infolge der Ausweitung der Wirtschaftsleistung zog im dritten Quartal 2009 auch die Produktivität wieder an. Dieser Prozess setzte sich in der Folgezeit fort, aber erst im dritten Quartal des Jahres 2010 wurde je Stunde wieder soviel geleistet wie zu der Zeit vor der Krise. Die Arbeitszeitverkürzungen, die im zweiten Quartal 2009 ihren Höhepunkt erreichten, wurden danach schrittweise zurückgenommen, aber deutlich langsamer.

Der Produktionseinbruch wurde vor allem dadurch aufgefangen, dass die Unternehmen trotz der Produktivitätsrückgänge an ihrem Personal festgehalten haben. Nur bei Ausbruch der Krise sowie in der Phase bereits beginnender Erholung

Entgelte erwarten. Auch in den anstehenden Tarifrunden dürften kräftige Lohnerhöhungen beschlossen werden. Die konjunkturelle Eintrübung in manchen Sektoren wird nicht solange anhalten, dass die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geschwächt wird, und in den konsumnahen Bereichen sowie in der Bauwirtschaft ist ohnehin nichts von einer Flaute zu spüren. Für weitere deutliche Lohnanhebungen spricht zudem, dass große Gewerkschaften wie Ver.di von ihrer früheren Politik der Bescheidenheit abgerückt sind, und in der Öffentlichkeit höhere Lohnabschlüsse viel stärker

Tabelle

### Tatsächliche Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe nach der Finanzkrise und die Beschäftigungswirkungen betrieblicher Anpassungsreaktionen

Veränderung gegenüber dem 3. Vierteljahr 2008 in 1000

|      |      | Tatsächliche-Entwicklung | Hypothetische, zusätzliche Entwicklung ... |           |                               |
|------|------|--------------------------|--------------------------------------------|-----------|-------------------------------|
|      |      |                          | ... ohne                                   |           | darunter:<br>durch Kurzarbeit |
|      |      |                          | Reduzierung der Stundenproduktivität       | insgesamt |                               |
| 2008 | 4.Vj | -26                      | 74                                         | -543      | -27                           |
| 2009 | 1.Vj | -82                      | -1183                                      | -612      | -191                          |
|      | 2.Vj | -184                     | -1019                                      | -670      | -290                          |
|      | 3.Vj | -287                     | -816                                       | -579      | -208                          |
|      | 4.Vj | -323                     | -797                                       | -461      | -180                          |
| 2010 | 1.Vj | -365                     | -133                                       | -453      | -157                          |
|      | 2.Vj | -350                     | -58                                        | -235      | -80                           |
|      | 3.Vj | -337                     | -9                                         | -140      | -36                           |
|      | 4.Vj | -304                     | 84                                         | -50       | -28                           |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

verlief die Kompensation vor allem über eine Verkürzung der Arbeitszeit. Und bei der Arbeitszeitminderung waren fast durchweg andere innerbetriebliche Maßnahmen (etwa Abbau von Arbeitszeitkonten, Überstunden) von größerer Bedeutung als die Kurzarbeit. Überdies kam Kurzarbeit im Vergleich zu anderen Arbeitszeit verkürzenden Maßnahmen erst relativ spät in größerem Maße zum Einsatz. Der Höhepunkt der Kurzarbeit wurde im April 2009 erreicht – also zu einer Zeit, als sich bei der Auftragsentwicklung bereits eine Besserung der Lage abzeichnete (Abbildung 2). Kurzarbeit hatte in der Finanzkrise also nur einen ergänzenden Charakter bei der Beschäftigungssicherung.

als noch vor einigen Jahren als erstrebenswert angesehen werden. Die Bruttostundenlöhne dürften in diesem Jahr den Vorjahreswert um drei Prozent übertreffen; im nächsten Jahr wird der Zuwachs ebenso groß sein.

### Privater Verbrauch gewinnt deutlich an Dynamik

Der private Verbrauch ist im vergangenen Jahr nur wenig um 0,7 Prozent gestiegen. Maßgeblich war die nur geringe Expansion der verfügbaren Einkommen; nach-

dem diese in den beiden vorangegangenen Jahren um gut drei Prozent zugelegt hatten, sind sie im vergangenen Jahr nur noch um 2,3 Prozent gestiegen. Zwar sind die Masseneinkommen – vor allem wegen der kräftigen Lohnsteigerungen – mit fast drei Prozent sogar deutlich stärker als im Vorjahr expandiert. Allerdings haben sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur schwach entwickelt; im zweiten Halbjahr 2012 lagen diese wohl nur geringfügig über dem Niveau vom zweiten Halbjahr 2011.

Im Winterhalbjahr 2012/13 dürften die Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen sogar niedriger liegen als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor. Die konjunkturelle Erholung im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte aber wieder merklich zunehmen lassen. Zudem entwickeln sich die Masseneinkommen mit einem Plus von drei Prozent weiterhin sehr kräftig. Dieser Anstieg wird sowohl von den anhaltend starken Lohnsteigerungen getragen – die Bruttolöhne und -gehälter dürften 2013 mit fast dreieinhalb Prozent annähernd so stark wie im vergangenen Jahr steigen – als auch von den monetären Sozialleistungen, die um knapp drei Prozent zulegen – vor allem weil die Ausgaben für Lohnersatzleistungen aufgrund der temporären Eintrübung am Arbeitsmarkt höher als im Vorjahr sind.

Im kommenden Jahr steigen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte weiterhin dynamisch, so dass sie im Jahresdurchschnitt um gut dreieinhalb Prozent höher liegen als in diesem Jahr. Hinzu kommt eine Beschleunigung bei den Bruttolöh-

nen und -gehältern, die mit dem deutlichen Beschäftigungsaufbau ab der Jahresmitte 2013 einhergeht. Zwar wird die Lohnsteuer die verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr deutlich mindern, auch weil progressionsbedingte Mehreinnahmen anfallen, dennoch nehmen die Nettolöhne auch nach Berücksichtigung aller Abzüge stärker zu als in diesem Jahr. Die monetären Sozialleistungen steigen allerdings 2014 nicht mehr so deutlich, da zum einen die geringere Rentenanpassung Mitte des Jahres 2013 durchschlägt, und zum anderen die Ausgaben für Lohnersatzleistungen angesichts der guten konjunkturellen Lage niedriger sein werden. Insgesamt legen die Masseneinkommen wiederum um drei Prozent zu. Alles in allem steigen die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr um 2,6 und im kommenden Jahr um 3,2 Prozent.

Bei einer zunächst schwächeren Einkommensentwicklung wird sich der private Konsum im Winterhalbjahr gedämpft entwickeln. Darauf weisen auch die Umsätze im Einzelhandel und im Gastgewerbe hin, die im Schlussquartal 2012 wohl etwa ein Prozent niedriger lagen als im Durchschnitt des dritten Quartals. Und auch die Kfz-Neuzulassungen deuten auf eine vorerst gedämpftere Entwicklung des Konsums hin: Im Jahr 2012 sind dort drei Prozent weniger Neufahrzeuge zugelassen worden sein als im Jahr zuvor. Zudem hat sich die Konsumentenstimmung seit Sommer spürbar eingetrübt; hierzu hat auch die zunehmende Sorge vor einem Arbeitsplatzverlust beigetragen (Abbildung 16). Die schlechtere Stimmung dürfte sich im Winterhalbjahr in einer sinkenden Ausgabenneigung niederschlagen. Dies dürfte sich jedoch rasch umkehren, sobald die sich belebende Konjunktur Beschäftigung und Einkommen wieder spürbar steigen lässt. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Sparquote daher unverändert bei 10,4 Prozent verharren.

Nach einem schwachen Jahresauftakt 2013 wird der private Verbrauch im weiteren Jahresverlauf dann wieder merklich anziehen und bei moderatem, wenngleich leicht zulegendem Preisauftrieb im Jahresdurchschnitt 2013 um 1,1 Prozent und um anderthalb Prozent im Jahr 2014 steigen.

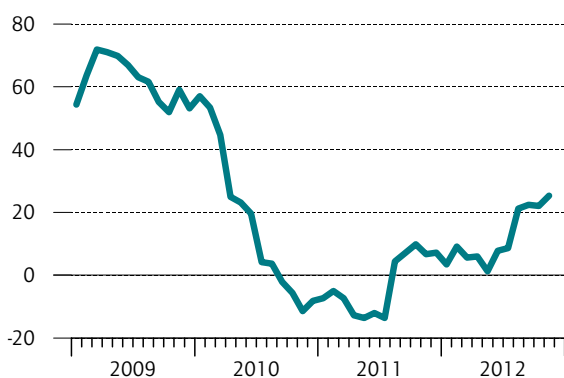
### Zurückhaltung bei den Ausrüstungs-investitionen löst sich in der zweiten Jahreshälfte 2013 auf

Die Ausrüstungsinvestitionen sind auch im dritten Quartal 2012 gesunken. Dies war Ausdruck einer allgemeinen Investitionszurückhaltung, die auf die Krise im Euro-Raum zurückzuführen war. Die Kapazitäten waren bis zuletzt unterausgelastet geblieben, und viele Unternehmen haben ihre Produktionspläne nach unten angepasst. Dies zeigt sich auch an der Entwicklung des Order-Capacity-

Abbildung 16

#### Verbrauchervertrauen

Einschätzung der Beschäftigungsaussichten, Saldo der Befragungsergebnisse



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2013

Die Sorge vor einem Verlust des Arbeitsplatzes hat zuletzt etwas zugenommen.

Index,<sup>10</sup> der in den vergangenen Quartalen fast durchgängig zurückgegangen war (Abbildung 17). Erweiterungsinvestitionen waren damit kaum nötig. Außerdem waren die Unternehmen in hohem Maße durch das makroökonomische Umfeld verunsichert und hielten sich auch deshalb mit Investitionen zurück. Diese Verunsicherung baut sich nur allmählich ab, so dass zunächst nicht mit einem Aufleben der Investitionstätigkeit zu rechnen ist. Die Investitionsgüterproduktion vom Oktober 2012 deutet vielmehr auf einen weiteren spürbaren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen zum Jahresende hin. Im vierten Quartal 2012 dürften die Investitionen um zwei Prozent gesunken sein.

Allerdings hat die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation der Krise und die Sorge vor einem Auseinanderbrechen der Eurozone zwischenzeitlich abgenommen. Dies dürfte auch die Investitionsneigung wieder steigen lassen. Darauf deuten nicht zuletzt die ifo-Geschäftserwartungen hin, die im November und Dezember erstmals seit langem wieder aufwärts tendierten. Auch die inländischen Auftragseingänge für Investitionsgüter nahmen im Oktober wieder leicht zu. Im ersten Vierteljahr 2013 dürften die Ausrüstungsinvestitionen allerdings noch mal zurückgehen, wenn auch in geringerem Tempo als zuvor. Die anschließende Aufwärtsbewegung wird durch das niedrige Zinsniveau begünstigt. Die Ertragslage der

Unternehmen wird sich in diesem Jahr verbessern und so die investiven Ausgaben weiter befördern. Auch wenn viele Unternehmen stark auf den Euroraum ausgerichtet sind und diese aufgrund der schwachen Nachfrage aus diesen Ländern ihre Kapazitäten nicht erweitern, werden die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresverlauf deutlich zunehmen. Insgesamt werden die Investitionen im Jahr 2013 im Durchschnitt um fast anderthalb Prozent unter dem Niveau des Jahres 2012 liegen. Im nächsten Jahr steigen die Investitionen weiter, wenn auch mit reduziertem Tempo; gegenüber dem Vorjahr nehmen sie – vor allem aufgrund eines statistischen Überhangs – um gut elf Prozent zu.

### Bauinvestitionen: Wohnungsbau weiter im Aufwind

Deutlich besser als die Investitionen in Ausrüstungen haben sich im vergangenen Jahr die Bauinvestitionen entwickelt. Im Oktober allerdings sank die Produktion im Bauhauptgewerbe saisonbereinigt um 5,3 Prozent, sodass die Bauinvestitionen im Schlussquartal 2012 gesunken sein dürften, zumal die Witterungsverhältnisse im Dezember die Bautätigkeit zeitweise einschränkten. Hierbei handelt es sich aber um Sondereffekte.

Die Frühindikatoren für den Wohnungsbau, sowohl Auftragseingänge als auch der Auftragsbestand, signalisieren, dass der Trend bei den Bauinvestitionen aufwärts gerichtet bleibt. Beide Indikatoren sind seit nunmehr vier Jahren nahezu durchgängig gestiegen. Die Baugenehmigungen haben sich in den Sommermonaten des Jahres 2012 leicht rückläufig entwickelt, die starken Anstiege bis zur Jahresmitte dürften jedoch den Wohnungsneubau noch für einige Zeit anschieben.

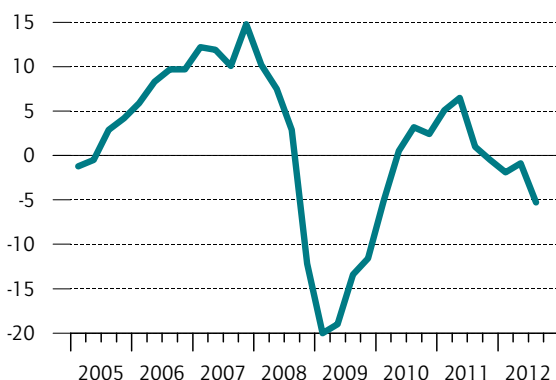
Auch die Investitionen in Bauten an bestehenden Gebäuden dürften in diesem Jahr zunehmen, wenngleich mit etwas geringerem Tempo als im Neubau. Die Einführung einer steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungen ist im Dezember 2012 im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat endgültig gescheitert. Dadurch löst sich nun ein Investitionsstau auf: Investoren, die eine Entscheidung in dieser Sache abgewartet haben, dürften ihre Zurückhaltung ablegen. Außerdem steigen die Bundeszuschüsse für zinsvergünstigte Kredite zur Gebäudesanierung in diesem Jahr um 300 Millionen Euro auf 1,8 Milliarden Euro.

Die Bautätigkeit insgesamt profitiert derzeit auch von den günstigen Finanzierungsbedingungen. Dies betrifft in besonderem Maße den Neubau, für den die niedrigen Zinsen aufgrund des größeren finanziellen Umfangs der einzelnen Bauvorhaben – und dem damit verbundenen höheren Fremdfinanzierungsanteil – stärker zum Tragen kommen. Die Umlaufrendite lag in diesem

<sup>10</sup> Der Order-Capacity-Index berücksichtigt neben dem Auftragseingang in verschiedenen Sektoren auch die jeweilige Kapazitätsauslastung (siehe auch Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 2007, 54 f.)

Abbildung 17

#### Order-Capacity-Index In Prozent



Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2013

Auftragslage und Kapazitätsauslastung deuten auf ein Anhalten der Investitionszurückhaltung hin.

Jahr durchgängig unter zwei Prozent, das Zinsniveau für Baugeld lag unter vier Prozent (Abbildung 18). Damit ist die Zinslast bei Bauvorhaben gering und die Rendite für alternative, festverzinsliche Anlageformen ist aus Investorensicht relativ unattraktiv. Diese liegt aktuell sogar unterhalb der allgemeinen Teuerung, sodass Anleger hier reale Verluste hinnehmen müssen. Daher erscheinen Wohnungsbauinvestitionen derzeit vielen Wirtschaftsakteuren als günstig. Hinzu kommt die bei Privatanlegern weit verbreitete Befürchtung, die Geldpolitik der EZB und die von der Politik aufgelegten Rettungspakete für Krisenländer in der Eurozone würden mittelfristig zur Entwertung von Geldvermögen führen. Investitionen in Wohnraum werden also auch daher getätigt, weil Investoren sich gegen Extremszenarien wie den (Total-)Ausfall alternativer Anlagen absichern wollen (Kasten 4). Für die Wohnungsbauinvestitionen insgesamt dürfte sich nach knapp zweieinhalb Prozent im Jahr 2012 in diesem Jahr ein Zuwachs von drei Prozent und im nächsten Jahr von gut zwei Prozent ergeben.

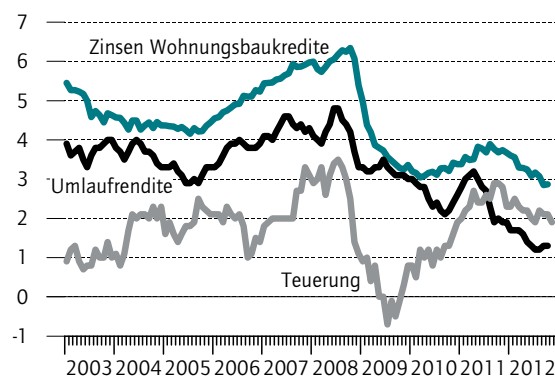
Die Wirtschaftsbauinvestitionen entwickelten sich im Jahr 2012 rückläufig. Nach einem kräftigen Jahresauftakt gingen sie zwei Quartale in Folge zurück und auch im Schlussquartal dürften sie angesichts der Produktionszahlen für Oktober abermals gesunken sein. Die Investitionszurückhaltung im vergangenen Jahr hat sich somit auch in der Bautätigkeit der Unternehmen niedergeschlagen. In diesem Jahr wird sich der gewerbliche Bau erholen. Dies zeigen sowohl die Aufträge als

auch die Baugenehmigungen an. Immerhin haben sich die ifo-Geschäftserwartungen zuletzt aufgehellt; dies spricht dafür, dass auch die Investitionsneigung wieder zunimmt. Gemeinsam mit dem günstigen Finanzierungsumfeld dürfte dies zu einem Anziehen der Investitionen im Wirtschaftsbau führen. Aufgrund eines statistischen Unterhangs zu Jahresbeginn werden die gewerblichen Bauten in jahresdurchschnittlicher Betrachtung allerdings lediglich moderat zunehmen, um 0,5 Prozent. Im nächsten Jahr steigen die gewerblichen Bauinvestitionen dann um knapp zwei Prozent.

Trotz einer leichten Erholung in der zweiten Jahreshälfte ist der öffentliche Bau im vergangenen Jahr deutlich eingebrochen. Insgesamt dürfte sich im Jahr 2012 ein Rückgang von gut zwölf Prozent ergeben. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die öffentlichen Investitionen im Jahr 2011 noch erheblich durch die Konjunkturprogramme geprägt gewesen sein dürften.<sup>11</sup> Die Finanzplanung der öffentlichen Hand deutet darauf hin, dass es im Winterhalbjahr 2012/2013 aber wieder zu einem deutlichen Anstieg der öffentlichen Investitionen gekommen ist. Dies zeigen auch die Baugenehmigungen, bei denen im Laufe des letzten Jahres eine Bodenbildung stattgefunden hat. In diesem Jahr werden die öffentlichen Bauinvestitionen dann weiterhin steigen. Dafür spricht auch die Entwicklung der Einnahmen auf kommunaler Ebene. Insgesamt ist für 2013 eine Ausweitung der öffentlichen Bauinvestitionen von knapp sechs Prozent zu erwarten. Im nächsten Jahr dürften die staatlichen Bauinvestitionen mit moderatem Tempo weiter zulegen, so dass sich im Jahresvergleich eine Zuwachsrate von anderthalb Prozent ergibt.

Abbildung 18

#### Zinsen für Wohnungsbaukredite, Renditen alternativer Anlagen und Inflation In Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2013

Das finanzielle Umfeld macht Wohnungsbauinvestitionen derzeit sehr attraktiv.

#### Außenhandel: Nachfrage aus Drittländern gleicht Schwäche im Euroraum bald aus

Die Exporte blieben im Trend aufwärtsgerichtet. Zwar war der Wert der Wareneinfuhren in den Euroraum in den ersten zehn Monaten 2012 insgesamt niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, deutliche Einbrüche in Folge der Krise im Euroraum hat es aber bislang nicht gegeben. Die Nachfrage aus der übrigen EU hat zudem merklich zugenommen, die Ausfuhren in Drittländer stiegen gar mit zweistelliger Rate. Zuletzt lagen die Wareneinfuhren bereinigt um Preiseffekte zwar um gut ein halbes Prozent niedriger als im Durchschnitt des dritten Vierteljahres 2012, was auf eine rückläufige Exporttätigkeit im Schlussquartal hindeutet; bereits im Verlauf dieses Jahres dürften die Exporte jedoch wieder Fahrt aufnehmen (Abbildung 19).

<sup>11</sup> Gornig, M., Hagedorn, H. (2010): Konjunkturprogramme: Stabilisierung der Bauwirtschaft gelungen, befürchtete Einbrüche bleiben aus. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 47/2010.

## Kasten 4

**Immobilien als Anlageform stark gefragt**

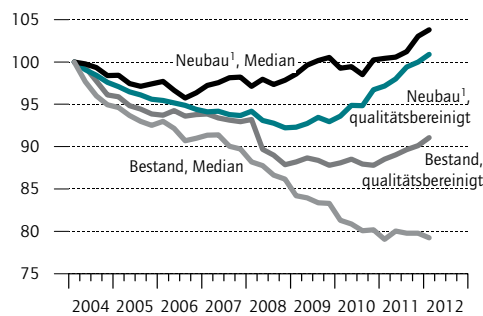
Seit dem Ausbruch der Krise im Euroraum ist der Wohnungsbau das am dynamischsten zunehmende Aggregat des Bruttoinlandsprodukts. Begünstigt durch die Lage auf dem Arbeitsmarkt, das niedrige Zinsniveau und die langfristigen Inflationsängste der Bürger sind die Investitionen in diesem Bereich in den letzten drei Jahren real um durchschnittlich mehr als vier Prozent gestiegen. Dies ist vor allem auf einen Anstieg der Neubautätigkeit zurückzuführen, da die Maßnahmen im Wohnungsbestand nur geringe Zuwächse verzeichneten.

Die unterschiedliche Entwicklung zwischen Neubau und Bestand schlägt sich nicht zuletzt auch auf den Immobilienmärkten nieder. Während die Preise für neu gebaute Wohnungen in den letzten Jahren spürbar anzogen, war die Preisentwicklung für Wohnungen aus dem Gebäudebestand rückläufig oder konstant (Abbildung 1). Gemäß den Berechnungen der *empirica ag*<sup>1</sup> sind die Angebotspreise für neu gebaute Eigentumswohnungen im Jahr 2011 um 2,8 Prozent gestiegen. Im ersten Quartal 2012 lag der Preisanstieg sogar bei 4,4 Prozent. Trotz der regen Neubautätigkeit stieg die Nachfrage nach neu gebauten Eigentumswohnungen also stärker als das Angebot.

Die Verschiebungen im Preisgefüge lassen sich dadurch erklären, dass in relativ kurzer Zeit relativ viele zahlungskräftige Käufer aufgetreten sind, welche nach hochwertigen Objekten suchten. Auf diese Weise kam es vor allem bei Neubauten zu Preisbewegungen. Hinzu kommt aber: Wenn hochwertige Immobilien allgemein als dauerhafte Wertanlage gelten, dann werden sie nach einem Kauf nicht unmittelbar wieder zum Verkauf angeboten. Das Angebot auf dem Markt für hochwertige Bestandsimmobilien ist entsprechend gering und der Anteil von weniger hochwertigen Immobilien am Gesamtmarkt steigt. In der Konsequenz bedeutet dies, dass das durchschnittliche Preisniveau auf dem Markt für Bestandsimmobilien vor allem deshalb sinkt, weil die Qualität der angebotenen Immobilien abnimmt. Dies wird vor allem bei hedonischer Preismessung deutlich: Werden die Preise aller angebotenen Wohnungen um ihre jeweilige Qualität bereinigt, so ist im Gebäudebestand ein deutlicher Preisanstieg zu verzeichnen. Bei nicht steigenden Preisen signalisiert diese Preismessung einen Rückgang der Qualität.

<sup>1</sup> Die in Berlin ansässige *empirica ag* ist ein wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Beratungsunternehmen.

Abbildung

**Angebotspreise für Eigentumswohnungen**  
 Index 1. Quartal 2004 = 100


Quelle: *empirica ag*.

© DIW Berlin 2013

Die Gesamtsituation auf dem deutschen Immobilienmarkt ist damit durch eine starke Nachfrage nach wertbeständigen Immobilien gekennzeichnet, die das Preisniveau für Neubauten nach oben treibt, insbesondere in bevorzugten Lagen.<sup>2</sup> Gleichzeitig werden relativ wenig hochwertige Immobilien am Markt angeboten. Das heißt, hochwertige Wohnimmobilien werden quasi gehortet und sind nur zu hohen Preisen verkäuflich. Offen ist, ob die Entwicklung der Mieten künftig diesen erheblichen Preissteigerungen folgen wird. Dies hängt vor allem davon ab, wie sich der für Wohnzwecke zur Verfügung stehende Ausgabenspielraum entwickelt. Sollte es hier zu einem Rückgang kommen, so könnte gerade im hochpreisigen Wohnungssegment ein Angebotsüberhang entstehen. Die am Markt durchsetzbaren Mieten würden dann geringer ausfallen und die Amortisationsdauer von Immobilien würde sich erhöhen.<sup>3</sup> Dieses Risiko wird von den Käufern derzeit aber offensichtlich in Kauf genommen. Das Sicherheitsmotiv scheint die Kaufentscheidungen zu dominieren. Insgesamt zeigt sich auf den Immobilienmärkten somit eine Flucht in Sachwerte.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Siehe auch Kholodilin, K., Mense, A. (2012): Wohnungspreise und Mieten steigen 2013 in vielen deutschen Großstädten weiter. DIW Wochenbericht Nr. 45/2012.

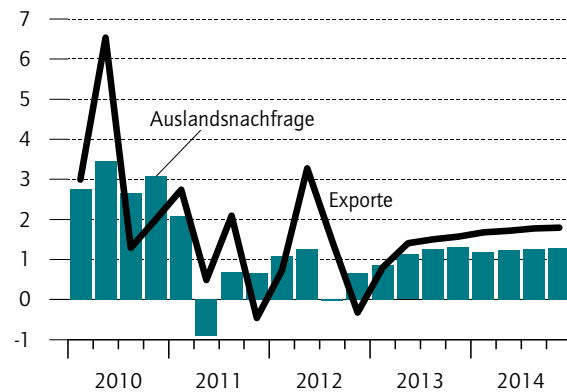
<sup>3</sup> Siehe zum Beispiel Deutsche Bundesbank (2012): Monatsbericht Februar, 54 f.

<sup>4</sup> Für eine genauere Darstellung dieser Analyse siehe Gornig, M., Hagedorn, H. (2012): Bauwirtschaft: Neubau profitiert von der Krise im Euroraum. DIW Wochenbericht, Nr. 46/2012.

Abbildung 19

### Deutsche Exporte und gewichtete Importnachfrage wichtiger Absatzregionen<sup>1</sup>

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



<sup>1</sup> Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande, Vereinigtes Königreich, ausgewählte osteuropäische Volkswirtschaften, USA, Japan, Südkorea, die BRICs und Mexiko.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2012.

© DIW Berlin 2013

2013 und 2014 steigt die Exportdynamik wieder.

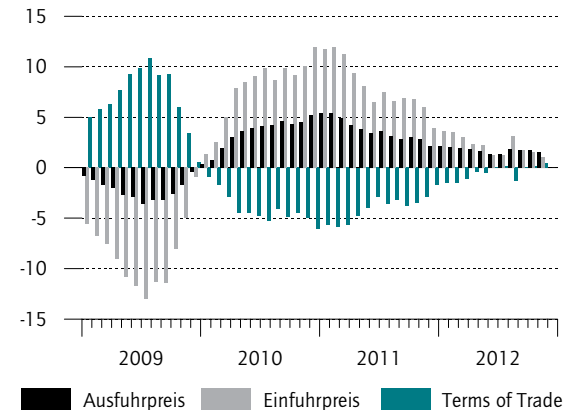
Die merkliche Erholung der Exporte hängt mit der regionalen Struktur, aber auch mit der Spezialisierung der deutschen Industrie auf Investitionsgüter zusammen. Deutschland profitiert nach wie vor von den hohen Marktanteilen deutscher Unternehmen in den Schwellenländern. Die sich abzeichnende Erholung dieser wichtigen Absatzmärkte wird die Exporte beflügeln. So dürften die Ausfuhren nach China im Verlauf dieses Jahres anziehen und das Vorjahresniveau bald wieder deutlich – um gut ein Siebtel – überschreiten. Nachdem sich zuletzt die Nachfrage aus den osteuropäischen Ländern, einschließlich Russland, abgekühlt hat, dürften sich die Ausfuhren in diese Region bald erholen und das Wachstum im Prognosezeitraum merklich anschieben. Auch die Nachfrage aus wichtigen entwickelten Volkswirtschaften wird wohl die Exporttätigkeit stärken. Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten – die Warenexporte in die USA liegen bereits seit einiger Zeit rund ein Fünftel höher als im entsprechenden Vorjahresmonat – aber auch für das Vereinigte Königreich Spanien und im späteren Verlauf für Frankreich und Italien.

Die kurzzeitige Abkühlung der Exporttätigkeit im Winterhalbjahr 2012/13 hängt auch mit der hohen Konjunkturabhängigkeit der Investitionen zusammen. Während die Ausfuhren von Investitionsgütern in die südeuropäischen Krisenländer aufgrund der dortigen strukturellen Anpassungsrezessionen seit einigen Quartalen –

Abbildung 20

### Außenhandelspreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis hat sich zuletzt leicht verbessert.

und wohl noch auf absehbare Zeit – die Exportdynamik in Deutschland belasten, war die Nachfrage nach Investitionsgütern aus den übrigen Ländern bis Sommer 2012 besonders kräftig. Die kurzfristige Eintrübung der Weltkonjunktur hat vorübergehend diese Nachfrage gedämpft, was sich vor allem im Winterhalbjahr in schwacher Exporttätigkeit widerspiegelt. Aufgrund der allmählich anziehenden Weltkonjunktur sind hier für den weiteren Jahresverlauf jedoch kräftige Anstiege zu erwarten. Auch die Exporterwartungen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe, die mittlerweile wieder mehrheitlich positiv sind, sprechen dafür, dass die Auslandsnachfrage schon bald wieder anzieht. Nach einem Plus von gut vier Prozent im vergangenen Jahr dürften die Exporte jedoch aufgrund des schwachen Jahresauftaktes im Durchschnitt 2013 nur wenig stärker zulegen. Im kommenden Jahr dürfte die positive Dynamik anhalten.

Nach einem kräftigen Anstieg zu Beginn des Schlussquartals dürften die Importe gegenüber dem dritten Vierteljahr zugenommen haben. Die vorerst gedämpfte Exportdynamik, der schwache Konsum, und vor allem die im Winterhalbjahr rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen dürften aber die Importe im Winterhalbjahr insgesamt belasten. So haben die Importe von Vorleistungsgütern von Januar bis Oktober 2012 knapp sechs Prozent unter dem Niveau gelegen, das sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres erreicht hatten. Hinzu kam die

schwache Investitionstätigkeit, die zu rückläufigen Importen von Investitionsgütern geführt hatte. Dies dürfte sich bis zum Frühjahr fortsetzen. Im Zuge der konjunkturellen Belebung werden die Importe im Verlauf dieses Jahres jedoch deutlich Fahrt aufnehmen.

Im Winterhalbjahr dürfte der Außenbeitrag zwar negativ sein. Alles in allem wird der Außenhandel aber im Jahresdurchschnitt einen positiven Beitrag leisten, im Verlauf des kommenden Jahres dann aber aufgrund der anziehenden Importe abschmelzen.

Auch die Preisentwicklung bei Exporten und Importen spricht für allmählich abnehmende Außenhandelsüberschüsse relativ zur Wirtschaftsleistung. Die Teuerung der importierten Güter lag in der jüngeren Vergangenheit zwar im Trend über derjenigen der Exportgüter. Seit Beginn des Jahres 2011 haben sich die Preisanstiege der Exporte aber mehr und mehr denen der Importe angeglichen (Abbildung 20). Im Oktober und November verteuerten sich die Exporte im Vorjahresvergleich sogar stärker als die Importe.<sup>12</sup> Die relativ kräftige Entwicklung der Exportpreise dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Die Terms of Trade werden alles in allem wohl stagnieren. Die Unternehmen werden die stark steigenden Löhne und die erhöhten Kosten für importierte Inputfaktoren, insbesondere Energie, zumindest teilweise an ihre Kunden im Ausland weitergeben. Dies trägt mit dazu bei, dass die Anstiege bei den Exportmengen im weiteren Verlauf etwas geringer ausfallen als bei den Importen.

## Öffentlicher Gesamthaushalt ausgeglichen

Der öffentliche Gesamthaushalt konnte bereits im Jahr 2012 mit einem – wenn auch geringen – Überschuss abschließen. Hierzu haben vor allem die Einnahmen beigetragen. Diese nahmen zwar nicht mehr mit der gleichen Dynamik zu wie im Jahr 2011, als im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung die Steuereinnahmen kräftig sprudelten. Dennoch stiegen sie nochmals um knapp fünf Prozent. Insbesondere die Lohnsteuer expandierte merklich. Getragen von einem sich zwar abschwächenden, aber bis in das dritte Quartal anhaltenden Beschäftigungsaufbau, der von einer spürbaren Lohnentwicklung begleitet war, stiegen die Lohnsteuereinnahmen um knapp sechs Prozent.<sup>13</sup> Im Jahresdurchschnitt 2013 wird die Zahl der Beschäftigten leicht über ihrem Vorjahresniveau liegen, und die Lohnabschlüsse

werden durch die temporäre Eintrübung im Winterhalbjahr kaum beeinflusst. Die Lohnsteuereinnahmen werden daher mit ungebrochener Dynamik steigen; so auch im Jahr 2014. Dazu trägt auch die kalte Progression bei<sup>14</sup>, zumal das Gesetz zu deren Abbau im Dezember 2012 im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gescheitert ist. Die Gewinnsteuern sind im Jahr 2012 nochmals stärker als im Vorjahr expandiert, denn Basis dieser Steuern sind zu einem großen Teil Gewinne in Vorjahren. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2012 waren die Gewinne allerdings rückläufig. Dies schlägt sich im Jahr 2013 bei den Gewinnsteuereinnahmen nieder; sie werden gegenüber dem Vorjahr leicht sinken, im Jahr 2014 dann aber im Zuge der wirtschaftlichen Erholung kräftig expandieren. Alles in allem werden die Einkommen- und Vermögensteuern in diesem Jahr um drei Prozent zunehmen, nach 8,2 Prozent im Jahr 2012.

Vergleichsweise schwach stiegen im vergangenen Jahr die Einnahmen des Staates aus indirekten Steuern, die vor allem von den Einnahmen der Steuern vom Umsatz dominiert werden. Letztere legten im Vorjahresvergleich in gleicher Größenordnung zu wie die nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte. Im Prognosezeitraum wird der private Verbrauch etwas stärker zunehmen und mit ihm die Mehrwertsteuereinnahmen. Die übrigen indirekten Steuern entwickeln sich insgesamt relativ schwach. Alles in allem werden die Produktions- und Importabgaben in diesem Jahr um 2,1 Prozent und im kommenden Jahr um knapp zwei Prozent steigen.

Dynamisch haben sich im vergangenen Jahr die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen entwickelt, obwohl der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres um 0,3 Prozentpunkte zurückgeführt wurde. Maßgeblich war, dass der Beschäftigungsaufbau bis zuletzt vor allem bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung stattfand und auch die versicherungspflichtigen Entgelte pro Kopf nochmals merklich zulegten. Auch im Prognosezeitraum wird vorwiegend die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut, und die Lohnentwicklung ist nach wie vor kräftig. Daher werden die Beitragseinnahmen des Staates trotz der Senkung des kumulierten Beitragssatzes um 0,5 Prozentpunkte nochmals zulegen, um 2,2 Prozent.<sup>15</sup> Im Jahr 2014 werden die Beitragseinnahmen

<sup>12</sup> Wie auch beim Verbraucherpreisindex war die Dynamik bei den Einfuhrpreisen besonders durch Energie bestimmt, die sich im November um zwei Prozent verteuerte. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse lagen die Einfuhrpreise im November 2012 nur um 0,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Bei den Exportpreisen stiegen insbesondere die Preise für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile sowie Maschinen um knapp zwei Prozent.

<sup>13</sup> In finanzstatistischer Abgrenzung stieg die Lohnsteuer um 6,4 Prozent.

<sup>14</sup> Die Steuerbelastung nimmt bei progressivem Steuertarif mit nominalen Einkommenserhöhungen zu, auch wenn dem keine reale Erhöhung der steuerlichen Leistungsfähigkeit gegenübersteht.

<sup>15</sup> Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wird um 0,6 Prozentpunkte gesenkt, der zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte erhöht, so dass der kumulierte Beitragssatz um 0,5 Prozentpunkte zurückgeführt wird.

nahmen dann ungebremst von Beitragssatzsenkungen um 3,4 Prozent expandieren.

Die sonstigen Einnahmen des Staates entwickeln sich heterogen. Besonders die empfangenen Vermögenseinkommen sind dabei durch die Folgen der Finanz- sowie der Staatsschuldenkrise betroffen. So fließen dem deutschen Fiskus aufgrund von Rettungsmaßnahmen sowohl des heimischen Bankensektors als auch anderer europäischer Länder Zinseinnahmen zu. Im Prognosezeitraum wird Deutschland Griechenland allerdings Zinszahlungen erlassen. Zudem dürften die Zinseinnahmen der Sozialversicherungen zurückgehen, denn vor allem die Rentenversicherung wird auf ihre Rücklagen zurückgreifen müssen. Zu einem großen Teil werden die Vermögenseinkommen des Staates von der Entwicklung des ausgeschütteten Bundesbankgewinns beeinflusst, der im Jahr 2012 ausgesprochen niedrig war und auch im Prognosezeitraum wohl nur gering sein wird.<sup>16</sup> Alles in allem sind die empfangenen Vermögenseinkommen im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent spürbar zurückgegangen. In diesem Jahr dürften sie wieder etwas stärker zulegen, im kommenden Jahr dürften sie leicht sinken.

Alles in allem haben die Einnahmen im Jahr 2012 um 3,3 Prozent zugenommen. Im Jahr 2013 werden sie um 2,3 Prozent und im kommenden Jahr um 3,2 Prozent steigen.

Die Ausgaben des Staates entwickelten sich im vergangenen Jahr relativ verhalten. Die Vorleistungen nahmen um 2,6 Prozent zu, und blieben damit merklich hinter dem durch die Konjunkturpakete getriebenen Anstieg im Vorjahr zurück. Im Prognosezeitraum werden die Vorleistungskäufe in ähnlicher Größenordnung zunehmen, auch weil einige Länder und Kommunen nach wie vor bestrebt sein werden, ihre Haushalte zu konsolidieren. Die sozialen Sachleistungen sind im vergangenen Jahr um 2,8 Prozent gestiegen. Wie schon im Vorjahr hatten hier preisdämpfende Maßnahmen gewirkt. Solche Eingriffe sind im Prognosezeitraum nicht mehr vorgesehen. Das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung wird zu Mehrausgaben führen. Im laufenden Jahr kommt hinzu, dass die Honorare für niedergelassene Ärzte deutlich erhöht worden sind.<sup>17</sup> Alles in allem werden die sozialen Sachausgaben in diesem

Jahr um 2,8 Prozent und im kommenden Jahr um drei Prozent expandieren.

Die Arbeitnehmerentgelte sind im vergangenen Jahr trotz der merklichen Lohnerhöhungen bei Bund und Kommunen um jahresdurchschnittlich 1,8 Prozent gestiegen. Dieser Tarifabschluss wird im laufenden Jahr noch nachwirken. Zudem stehen nun auf Länderebene Verhandlungen an und im derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld dürften nennenswerte Erhöhungen vereinbart werden – wie auch im Jahr 2014, wenn Bund und Kommunen neu verhandeln. Zudem dürfte der Personalbestand etwas aufgestockt werden, auch wenn bei der Bundesagentur für Arbeit und der Bundeswehr weiterhin Stellen abgebaut werden.<sup>18</sup> Die Kommunen werden ihren Personalbestand im Zuge des Kita-Ausbaus erhöhen. Alles in allem werden die Arbeitnehmerentgelte in diesem Jahr um 2,7 Prozent und im kommenden Jahr um 2,9 Prozent steigen.

Die monetären Sozialleistungen sind im vergangenen Jahr spürbar gesunken. Dies lag vor allem an den jahresdurchschnittlich rückläufigen Ausgaben für Lohnersatzleistungen sowie an Einsparungen bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dahingegen sind die Renten vergleichsweise kräftig expandiert, denn die Rentenanpassung fiel aufgrund der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Entgelte im Jahr 2011 aber auch wegen der günstigen Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentenempfängern merklich aus. Im laufenden Jahr werden die monetären Sozialleistungen wieder etwas stärker zunehmen, um 2,9 Prozent. Dabei werden die Rentenausgaben nun deutlich weniger steigen. Zwar war die Lohnentwicklung im Vorjahr nach wie vor günstig und rentenmindernde Faktoren<sup>19</sup> wirken nur noch in den alten Bundesländern. Allerdings war die Rentenanpassung im Jahr 2012 aus heutiger Sicht höher als es der Rentenformel nach angemessen gewesen wäre. Diese „zu hohe“ Anpassung wird nunmehr korrigiert. Hingegen werden die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen zunehmen. Hinzu kommt, dass das Betreuungsgeld zusätzliche Ausgaben verursacht. Im kommenden Jahr werden die monetären Sozialleistungen dann etwas schwächer expandieren. Zwar werden die Ausgaben für Arbeitslosentransfers wieder geringer sein. Die Renten werden aber kräftig steigen. Nicht nur die Lohnentwicklung im Vorjahr war dann günstig, statistische Sondereffekte bremsen nicht mehr; insbesondere wird die Ren-

<sup>16</sup> Der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesene Bundesbankgewinn wird von den Hilfsmaßnahmen für Griechenland nicht beeinflusst; stattdessen wird ein geleisteter sonstiger Transfer an das Ausland aufgenommen.

<sup>17</sup> Auf Bundesebene sind Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro beschlossen worden; bezüglich der Umsetzung auf Länderebene laufen die Verhandlungen noch.

<sup>18</sup> So wird auf Bundesebene beispielsweise eine demographische Reserve aufgebaut.

<sup>19</sup> In den Jahren 2008 und 2009 waren der Riesterfaktor, in den Jahren 2005 und 2006 der Nachhaltigkeitsfaktor ausgesetzt worden; dies ist nachzuholen.

tenanpassung aber nicht mehr durch rentenmindernde Faktoren gedämpft.

Die geleisteten Vermögenstransfers sind im vergangenen Jahr leicht gestiegen. Hier schlug die Erste Abwicklungsanstalt mit drei Milliarden Euro defiziterhöhend zu Buche. Solche Sondereffekte sind in dieser Prognose nicht weiter unterstellt und die geleisteten Vermögenstransfers werden sich daher im Prognosezeitraum zurückbilden. Die Bruttoinvestitionen des Staates sind im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Obwohl viele Kommunen merkliche Finanzierungsüberschüsse erzielen konnten, gingen die öffentlichen Investitionen jahresdurchschnittlich um 6,8 Prozent zurück. Die trotz der temporären wirtschaftlichen Eintrübung nach wie vor steigenden Steuereinnahmen werden in diesem Jahr zunehmend zu einer Belebung der öffentlichen Investitionstätigkeit führen. Die öffentlichen Investitionen werden in diesem Jahr um 6,4 Prozent und im kommenden Jahr um 2,3 Prozent zunehmen.

Vor allem die Zinsausgaben haben in den vergangenen Jahren zu der verhaltenen Ausgabenentwicklung beigetragen. Insbesondere der Bund kann sich zurzeit günstig refinanzieren. In dieser Prognose ist unterstellt, dass

sich die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzkrise im Euroraum nach und nach leicht zurückbilden werden. Damit dürfte der Bund bei der Begebung von Schuldtiteln wieder merklich höhere Renditen bieten müssen. Hingegen werden die Refinanzierungskosten der Länder tendenziell wohl sinken, denn ab diesem Jahr können sie sich mittels gemeinsamer Bund-Länderanleihen finanzieren.<sup>20</sup> Alles in allem werden die Zinsausgaben im laufenden Jahr in etwa stagnieren und im nächsten Jahr um gut ein Prozent steigen.

Die Ausgaben des Staates insgesamt werden in diesem Jahr um 2,4 Prozent expandieren, nach 1,3 Prozent im vergangenen Jahr. Im Jahr 2014 werden sie um 2,1 Prozent zunehmen. Der Finanzierungssaldo wird in diesem Jahr nahezu ausgeglichen sein, nachdem im vergangenen Jahr ein geringer Überschuss von 0,1 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt erzielt werden konnte (Tabelle 5). Im nächsten Jahr wird der Finanzierungssaldo bei 0,5 Prozent liegen. In struktureller, also um konjunkturelle Effekte bereinigter, Be-

<sup>20</sup> Vgl. Fichtner, F., Junker, S. et al. (2012): Herbstgrundlinien 2012. DIW Wochenbericht Nr. 40/2012.

Tabelle 5

### Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>1</sup> 2000 bis 2014

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

|                   | Staatseinnahmen |           |                     | Staatsausgaben |                   |                          | Finanzierungs-saldo | nachrichtlich:<br>Zins-/Steuer-<br>quote <sup>2</sup> | Schulden-<br>stand nach<br>Maastricht |
|-------------------|-----------------|-----------|---------------------|----------------|-------------------|--------------------------|---------------------|-------------------------------------------------------|---------------------------------------|
|                   | insgesamt       | darunter: |                     | insgesamt      | darunter:         |                          |                     |                                                       |                                       |
|                   |                 | Steuern   | Sozial-<br>beiträge |                | Zins-<br>ausgaben | Brutto-<br>investitionen |                     |                                                       |                                       |
| 2000 <sup>3</sup> | 45,9            | 23,3      | 18,5                | 47,2           | 3,2               | 1,9                      | -1,3                | 13,6                                                  | 59,7                                  |
| 2001              | 44,3            | 21,7      | 18,3                | 47,4           | 3,1               | 1,8                      | -3,1                | 14,1                                                  | 58,8                                  |
| 2002              | 43,8            | 21,4      | 18,3                | 47,7           | 2,9               | 1,8                      | -3,8                | 13,8                                                  | 60,4                                  |
| 2003              | 44,0            | 21,4      | 18,4                | 48,1           | 3,0               | 1,6                      | -4,1                | 14,0                                                  | 64,0                                  |
| 2004              | 43,3            | 21,1      | 18,1                | 47,1           | 2,9               | 1,5                      | -3,8                | 13,6                                                  | 66,3                                  |
| 2005              | 43,6            | 21,4      | 17,9                | 46,9           | 2,8               | 1,4                      | -3,3                | 13,3                                                  | 68,6                                  |
| 2006              | 43,7            | 22,2      | 17,3                | 45,3           | 2,9               | 1,5                      | -1,7                | 12,9                                                  | 68,1                                  |
| 2007              | 43,7            | 23,0      | 16,5                | 43,5           | 2,8               | 1,5                      | 0,2                 | 12,3                                                  | 65,2                                  |
| 2008              | 44,0            | 23,1      | 16,5                | 44,1           | 2,8               | 1,6                      | -0,1                | 11,9                                                  | 66,7                                  |
| 2009              | 45,1            | 23,1      | 17,3                | 48,2           | 2,7               | 1,7                      | -3,1                | 11,6                                                  | 74,4                                  |
| 2010 <sup>4</sup> | 43,6            | 22,0      | 16,9                | 47,9           | 2,5               | 1,7                      | -4,3                | 11,6                                                  | 82,6                                  |
| 2011              | 44,5            | 22,7      | 16,9                | 45,3           | 2,5               | 1,6                      | -0,8                | 11,2                                                  | 80,3                                  |
| 2012              | 45,0            | 23,4      | 16,9                | 45,0           | 2,4               | 1,5                      | 0,1                 | 10,2                                                  | 81,4                                  |
| 2013              | 45,0            | 23,4      | 16,8                | 44,9           | 2,3               | 1,6                      | 0,0                 | 10,0                                                  | 80,4                                  |
| 2014              | 44,6            | 23,3      | 16,7                | 44,1           | 2,3               | 1,5                      | 0,5                 | 9,7                                                   | 77,3                                  |

<sup>1</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

<sup>2</sup> Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

<sup>3</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

<sup>4</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2012, 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

trachtung weist der Gesamthaushalt im Prognosezeitraum, wie bereits im Vorjahr, einen Überschuss aus. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt lag dieser Überschuss im vergangenen Jahr bei 0,5 Prozent. Im laufenden Jahr wird er auf 0,8 Prozent steigen, bevor er dann im kommenden Jahr auf 0,3 Prozent sinken wird.

### Die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist

Die Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist basiert auf der Annahme, dass das weltwirtschaftliche Wachstum wieder höher ausfallen wird als zuletzt, insbesondere in den Schwellenländern. Das Trendwachstum in diesen Ländern wird auch mittelfristig hoch bleiben und so die Weltwirtschaft stimulieren. In Europa wird die wirtschaftliche Entwicklung dagegen verhalten sein. Auch wenn sich die Struktur- und Schuldenprobleme in den Krisenländern des Euroraums bis 2017 langsam verringern, werden die notwendigen Anpassungen die Wachstumsdynamik im Euroraum über den ganzen Projektionszeitraum beeinträchtigen. In anderen entwickelten Volkswirtschaften wie den USA wird das Wachstum mittelfristig wieder anziehen, aber hinter dem Expansionstempo der Vorkrisenjahre zurückbleiben. Der Welthandel wird um jahresdurchschnittlich sechs Prozent steigen. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für die mittlere Frist dabei als konstant angenommen, der Ölpreis verharrt demnach bei 105,6 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs bei 1,28 US-Dollar pro Euro.

Tabelle 6

### Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

|                                                    | Bruttoinlands-<br>produkt | Konsumausgaben       |       | Bruttoinvesti-<br>tionen | Außenbeitrag |
|----------------------------------------------------|---------------------------|----------------------|-------|--------------------------|--------------|
|                                                    |                           | private<br>Haushalte | Staat |                          |              |
| In Mrd. Euro                                       |                           |                      |       |                          |              |
| 2007                                               | 2428,5                    | 1356,7               | 434,0 | 467,8                    | 170,0        |
| 2012                                               | 2647,7                    | 1520,4               | 514,3 | 458,0                    | 155,0        |
| 2017                                               | 3114,9                    | 1803,5               | 603,0 | 557,6                    | 150,7        |
| Anteile am BIP                                     |                           |                      |       |                          |              |
| 2007                                               |                           | 58,8                 | 17,9  | 17,3                     | 5,2          |
| 2012                                               |                           | 57,4                 | 19,4  | 17,3                     | 5,9          |
| 2017                                               |                           | 57,9                 | 19,4  | 17,9                     | 4,8          |
| Jahresdurch-<br>schnittliche Ver-<br>änderung in % |                           |                      |       |                          |              |
| 2012/2007                                          | 1,7                       | 2,3                  | 3,5   | -0,4                     | -            |
| 2017/2012                                          | 3,3                       | 3,5                  | 3,2   | 4,0                      | -            |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2013

#### Kasten 5

### Potentialschätzung

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.<sup>1</sup> Als Grundlage für die Potentialschätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital. Zusätzlich wird das Trendwachstum der Totalen Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Dieser Trend wird aus dem Solow-Residuum berechnet und erfasst jenen Teil des Produktionspotentials, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann.

Das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden ergibt sich aus vier Komponenten: der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Partizipationsrate, der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen und der strukturellen Erwerbslosenquote. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter setzt sich aus den Personen zwischen 15 und 74 Jahren zusammen.<sup>2</sup> Dieses Erwerbspersonenpotential wird bis 2011 aus der amtlichen Bevölkerungsstatistik abgeleitet. Für die Jahre ab 2012 wird die 12. Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Modellrechnung „Wanderungssaldo Null“) aus dem Jahre 2009 herangezogen und um eine Prognose für den Wanderungssaldo ergänzt. Dabei wird unterstellt, dass sich der für das Jahr 2012 geschätzte Wanderungssaldo von 326 000 Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2020 linear auf 200 000 zurückbilden wird.<sup>3</sup> Die Entwicklung in den vergangenen Jahren, in denen Deutschland von einem Land mit negativem Wanderungssaldo zu einem Einwanderungs-

<sup>1</sup> Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Economic Papers 420.

<sup>2</sup> Mit der Erhöhung der Altersobergrenze von bisher 70 auf neu 74 Jahre findet eine Angleichung an das Vorgehen auf EU-Ebene statt.

<sup>3</sup> Damit wird der Wanderungssaldo auf das Niveau zurückgeführt, das in der Variante 1-W2, mittlere Bevölkerung, Obergrenze, unterstellt wird (vgl. Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2009).

Die Geldpolitik im Euroraum wird auch in der mittleren Frist durch die gedämpfte Entwicklung im Euroraum bestimmt sein. Es ist davon auszugehen, dass die Europäische Zentralbank den Leitzins nur allmählich erhöhen wird. Die Geldpolitik wird damit für die deutsche Wirtschaft mittelfristig expansiv ausgerichtet bleiben. Bei der Finanzpolitik in Deutschland ist davon auszu-

land geworden ist, wird sich also auch mittelfristig leicht abgeschwächt fortsetzen. Insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, für die ab 2014 die volle Personenfreizügigkeit gelten wird, ist zusätzliche Immigration zu erwarten. Zudem nimmt bei den Personen deutscher Nationalität der negative Wanderungssaldo seit 2008 kontinuierlich ab, was sich aufgrund der Knappheitsverhältnisse am Arbeitsmarkt auch im Prognosezeitraum fortsetzen dürfte. Dämpfend auf den Wanderungssaldo dürfte sich aber mittelfristig eine allmähliche Entspannung der Eurokrise auswirken, die in den Krisenländern zu einem Rückgang der Arbeitslosenraten führen wird und somit weniger Menschen einen Grund zur Auswanderung gibt. Die erhöhte Einwanderung nach Deutschland kann jedoch die natürliche Bevölkerungsbewegung in der mittleren Frist nur teilweise ausgleichen. Insgesamt wird sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 2012 und 2017 um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozent verringern.

Die Erwerbsbeteiligung nimmt im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich 0,4 Prozentpunkte zu, vor allem aufgrund der erhöhten Erwerbstätigkeit von Frauen und Personen über 55 Jahren. Damit wird unterstellt, dass sich die seit Mitte der 2000er Jahre anhaltende Entwicklung fortsetzt<sup>4</sup>. Die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden pro Erwerbstätigen gehen leicht zurück, um jährlich 0,1 Prozent. Vor allem diejenigen Personen, welche die Partizipationsrate erhöhen – also die Frauen und Personen über 55 Jahren – werden häufiger Teilzeit arbeiten als der Rest der Erwerbstätigen. Insgesamt wird sich aber der Trend zur Teilzeitarbeit deutlich abschwächen. Das Arbeitsvolumen wird schließlich durch die strukturelle Erwerbslosenquote, die NAWRU<sup>5</sup>, beeinflusst. Dies ist jene Erwerbslosenquote, bei der kein Lohndruck entsteht<sup>6</sup>. Die NAWRU ist seit Anfang der 2000er

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

<sup>5</sup> NAWRU steht für „non-accelerating wage rate of unemployment“.

<sup>6</sup> Für die historische Bestimmung der NAWRU basiert auf der Vorgehensweise der EU-Kommission: D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Economic Papers 420.

gehen, dass die Vorgaben der Schuldenbremse im Projektionszeitraum erfüllt werden und die Finanzpolitik in etwa neutral ausgerichtet sein wird.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind somit günstig für die deutsche Wirtschaft. Dabei wird die Binnennachfrage zunehmend den Außenhandel als

Tabelle

### Wachstum des realen Produktionspotentials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

|                            | 2007-2012 | 2012-2017 |
|----------------------------|-----------|-----------|
| Produktionspotential       | 1,2       | 1,3       |
| Wachstumsbeiträge          |           |           |
| Arbeitsvolumen             | 0,2       | 0,2       |
| Kapitalvolumen             | 0,4       | 0,4       |
| Totale Faktorproduktivität | 0,6       | 0,6       |

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Jahre ausgehend von rund neun Prozent stark zurückgegangen und wird sich bis 2017 weiter zurückbilden – auf fünf Prozent. Insgesamt wird das potentielle Arbeitsvolumen bis 2017 durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten leisten.

Als zweiter Produktionsfaktor neben dem Arbeitsvolumen bestimmt der Kapitalstock das potentielle Wirtschaftswachstum. Für die Berechnung des Produktionspotentials wird auf den Bruttokapitalstock zurückgegriffen, der im Projektionszeitraum mit den Bruttoanlageinvestitionen vermindert um abgehende Produktionsanlagen fortgeschrieben wird. Die Investitionen steigen mittelfristig aufgrund des günstigen Finanzierungsumfelds stärker als das Produktionspotential. Daraus ergibt sich bis 2017 ein durchschnittlicher Wachstumsbeitrag des Einsatzfaktors Kapital von 0,4 Prozentpunkten. Der Trend der Totalen Faktorproduktivität wird im Prognosezeitraum einen Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten leisten. Insgesamt wird das reale Produktionspotential zwischen 2012 bis 2017 im Durchschnitt um jährlich 1,3 Prozent zunehmen (Tabelle).

Stütze der deutschen Wirtschaft ablösen (Tabellen 6 und 7). Die Zahl der Erwerbstätigen wird weiter steigen, was bei einem gleichzeitigen Rückgang des Erwerbspersonenpotentials (Kasten 5) zu zunehmender Knappheit auf dem Arbeitsmarkt führt. So kommt es zu entsprechenden Lohnsteigerungen und, zusammen mit der abnehmenden Arbeitsplatzunsicherheit, zu höheren pri-

Tabelle 7

**Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum**

|                                                    | Erwerbstätige<br>(Inland) | Beschäftigte<br>Arbeitnehmer<br>(Inland) | Arbeitszeit je<br>Erwerbstätigen | Bruttoinlandsprodukt                     |                        |                              |                          |            |
|----------------------------------------------------|---------------------------|------------------------------------------|----------------------------------|------------------------------------------|------------------------|------------------------------|--------------------------|------------|
|                                                    |                           |                                          |                                  | preisbereinigt, verkettete Volumenswerte |                        |                              |                          |            |
|                                                    |                           |                                          |                                  | insgesamt                                | je Erwerbs-<br>tätigen | je Erwerbs-<br>tätigenstunde | in jeweiligen<br>Preisen | Deflator   |
|                                                    | in Mio.                   | in Mio.                                  | in Stunden                       | in Mrd. Euro                             | in Euro                | in Euro                      | in Mrd. Euro             | 2005 = 100 |
| 2007                                               | 39857                     | 35359                                    | 1422                             | 2382,2                                   | 59769                  | 39,9                         | 2428,5                   | 101,9      |
| 2012                                               | 41559                     | 37016                                    | 1395                             | 2470,2                                   | 59438                  | 42,4                         | 2647,7                   | 107,2      |
| 2017                                               | 42048                     | 37451                                    | 1391                             | 2650,7                                   | 63040                  | 45,3                         | 3114,9                   | 117,5      |
| Jahresdurch-<br>schnittliche Ver-<br>änderung in % |                           |                                          |                                  |                                          |                        |                              |                          |            |
| 2012/2007                                          | 0,8                       | 0,9                                      | -0,4                             | 0,7                                      | -0,1                   | 1,2                          | 1,7                      | 1,0        |
| 2017/2012                                          | 0,2                       | 0,2                                      | -0,1                             | 1,4                                      | 1,2                    | 1,4                          | 3,3                      | 1,9        |

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2013

vaten Konsumausgaben. Auch die Löhne im öffentlichen Dienst werden im Zuge der Lohnsteigerungen in der Gesamtwirtschaft mittelfristig stärker zunehmen als in den vergangenen fünf Jahren. Der Anteil des öffentlichen Konsums am nominalen Bruttoinlandsprodukt bleibt in etwa konstant.

Die Investitionen werden mittelfristig kräftig anziehen. Die expansive Geldpolitik bietet günstige Finanzierungsbedingungen für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Zudem sind auch in Zukunft hohe Wachstumsraten bei den Exporten zu erwarten; dies stimuliert die Investitionen. Die Importe werden stärker als die Exporte zunehmen. Zwar bietet die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern ein günstiges Umfeld für Zuwächse bei den Exporten, aber die im Zeitvergleich relativ kräf-

tig steigenden Löhne werden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft leicht beeinträchtigen. Vor allem aber reduziert sich der Außenbeitrag über eine kräftige Steigerung bei den Einfuhren, die durch eine zunehmende Nachfrage nach importierten Vorleistungs- und Konsumgütern angetrieben werden.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2012 und 2017 jahresdurchschnittlich um 1,4 Prozent ansteigen. Ausgehend von einer Unterauslastung der Kapazitäten im zweiten Halbjahr 2012 schließt sich die negative Produktionslücke im Jahr 2014. Das Bruttoinlandsprodukt wird danach wie das Produktionspotential zunehmen (Kasten 5). Das nominale BIP wird jahresdurchschnittlich um 3,3 Prozent wachsen, die Teuerung liegt bei knapp zwei Prozent.

# Wirtschaftspolitik im Zeichen der Krise

Die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland wird weiterhin durch die Krise im Euroraum bestimmt – auch wenn hin und wieder Fragen der nationalen Wirtschaftspolitik in den Vordergrund geschoben werden. Neben energie- und sozialpolitischen Fragen waren es im vergangenen Jahr vor allem finanzpolitische Themen, die für intensive Debatten gesorgt haben. Einige steuerpolitische Vorhaben scheiterten an einer Blockade im Bundesrat. So konnte weder das Gesetz zum Abbau der kalten Progression noch das Steuerabkommen mit der Schweiz wie geplant zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Selbst falls sich die Mehrheitsverhältnisse in Bund und Ländern in den anstehenden Wahlen ändern sollten und so eine Durchsetzung zustimmungspflichtiger Gesetze erleichtert würde, dürfte die Finanzpolitik zukünftig immer dann auf Widerstand in der Länderkammer stoßen, wenn Maßnahmen mit steuerlichen Mindereinnahmen verbunden sind. Die Länder haben sich mit ihrer Zustimmung zur Schuldenbremse verpflichtet, ab dem Jahr 2020 strukturell ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Auf europäischer Ebene wurden mit der Ankündigung einer Ausweitung der Anleihekaufprogramme durch die Europäische Zentralbank und der Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, eines dauerhaften Unterstützungsfonds für die Krisenländer, wichtige Instrumente geschaffen, um für die notwendigen Reformen auf europäischer und nationaler Ebene mehr Zeit zu gewinnen. Auf der Ebene der Mitgliedsländer wurde ein Strukturwandel eingeleitet; seine Durchsetzung bedarf aber eines langen Atems. Entsprechend angespannt bleibt die politische Situation in den Krisenländern. So haben sich die Ankündigung von Neuwahlen in Italien und die damit verbundene Gefahr eines Reformstaus sofort in einem leichten Anstieg der Risikoprämien auf italienische Staatsanleihen niedergeschlagen; offenbar sehen die Anleger eine höhere Ausfallwahrscheinlichkeit der Kredite und fordern eine entsprechende Kompensation (Abbildung 21).

Allerdings ist die Nervosität an den Märkten insgesamt zuletzt deutlich zurückgegangen. Insbesondere die Ankündigung der Outright Monetary Transactions durch die Europäische Zentralbank scheint die Finanzmärkte etwas beruhigt zu haben. Im Laufe des vergangenen Jahres war immer offensichtlicher geworden, dass die in der EFSF und im ESM angelegten Rettungsmaßnahmen zu gering dimensioniert waren, um in großen Ländern wie Spanien und Italien wirkungsvoll die

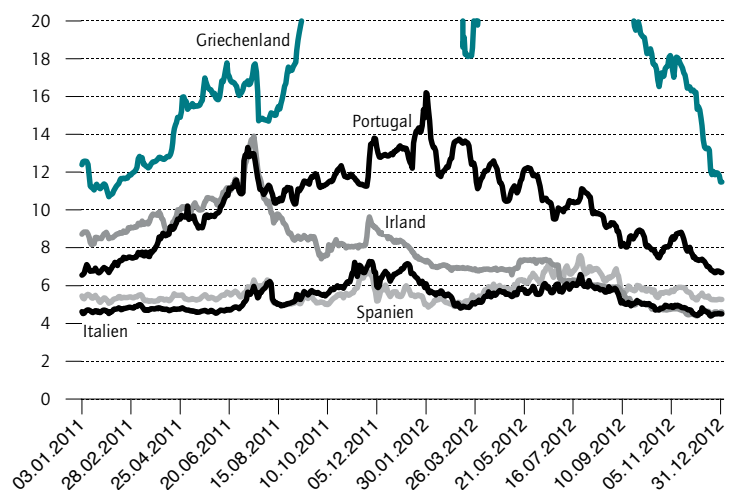
Spirale von sinkendem Anlegervertrauen, steigenden Zinsen und steigenden Schulden zu unterbrechen. Mit der Ankündigung der EZB, notfalls auf dem Sekundärmarkt einzugreifen und so den Anstieg der Risikoprämien zu bremsen, konnte dieser Teufelskreis bis auf weiteres unterbrochen werden. Mit ihrer unkonventionellen Geldpolitik hat die EZB zudem bereits dafür gesorgt, dass die Banken in den Krisenländern über eine ausreichende Refinanzierung verfügten, wenngleich möglicherweise ein Teil der den Finanzinstituten zufließenden Mittel dazu verwendet wurde, Staatsanleihen zu kaufen und so den Nationalstaaten direkt unter die Arme gegriffen worden sein dürfte.

Eine nachhaltige Lösung der Finanzmarktprobleme ist dies freilich nicht. Die zunehmende Inanspruchnahme der EZB bei der Stabilisierung der Märkte verschleiert lediglich, dass die Fortschritte auf Seiten der Mitgliedsländer der Währungsunion, das Vertrauen der Finanzmärkte durch tragfähige Reformen zurückzugewinnen,

Abbildung 21

## Zinsen auf Staatsanleihen

In Prozent, zehnjährige Anleihen



Letzte Beobachtung: 31. Dezember 2012.  
Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2013

Die Renditen der Staatsanleihen der Krisenländer sind nach der Ankündigung von EZB-Interventionen deutlich zurückgegangen.

zuletzt gering waren. Zwar hat Spanien im Gegenzug zu der Auszahlung der ersten Tranche des Rettungskredits für das spanische Bankensystem Ende November erklärt, eine Restrukturierung der vier größten Kreditinstitute – einschließlich eines erheblichen Abbaus von Beschäftigung und einer Veräußerung von Beteiligungen – einzuleiten. Trotzdem ist die Lage im spanischen Bankensektor – unter anderem wegen der anhaltend schwierigen realwirtschaftlichen Situation und des Wegfalls wichtiger Geschäftsfelder insbesondere im Immobilienkreditgeschäft – weiter angespannt.

Für Griechenland bleibt die Situation nach wie vor schwierig. Der Schuldenschnitt bei den privaten Gläubigern vom Februar reichte erwartungsgemäß bei weitem nicht aus, den Schuldenstand auf ein tragfähiges Niveau zu senken. Deshalb wurden weitere Maßnahmen unausweichlich. Der zum Ende des vergangenen Jahres vereinbarte Schuldenrückkauf verschafft dem griechischen Staat eine gewisse Erleichterung; er senkt die Schuldenlast netto um zwanzig Milliarden Euro, da ausstehende Kredite bei privaten Gläubigern im Nennwert von dreißig Milliarden Euro zu einem Marktpreis von gut zehn Milliarden Euro abgelöst wurden – finanziert durch einen Kredit aus dem Rettungsfonds. Gemessen an der Staatsverschuldung von immer noch fast 350 Milliarden Euro (knapp 190 Prozent des nominalen griechischen Bruttoinlandsprodukts) kann von einem Befreiungsschlag aber nicht die Rede sein. Den laufenden griechischen Staatshaushalt entlastet die Maßnahme allerdings wegen der damit verbundenen Zinseinsparungen: Die durchschnittliche effektive Zinsbelastung im öffentlichen Gesamthaushalt in Griechenland lag die vergangenen fünf Jahre bei etwa fünf Prozent. Legt man dies zugrunde, so beläuft sich die Entlastung im Haushalt durch die Zinseinsparungen auf etwa eine Milliarde Euro im Jahr oder ein knappes halbes Prozent gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt.<sup>21</sup>

Deutlich stärker wird der griechische Haushalt im Prognosezeitraum allerdings durch einen weitgehenden Verzicht der öffentlichen Gläubiger, insbesondere der EZB und der Rettungsfonds, entlastet. So wurde eine Laufzeitverlängerung der Rettungskredite sowie eine Stundung der Zinszahlungen und eine Reduzierung des Zinssatzes zugesagt. Damit wird der griechische Haushalt über die nächsten zehn Jahre um insgesamt rund 50 Milliarden Euro entlastet. Außerdem haben sich die Eurostaaten verpflichtet, die den nationalen Notenbanken zufließenden Gewinne aus dem Ankauf griechischer Staatsanleihen (wegen der Krise konnte die Euro-

päische Zentralbank die Anleihen weit unter Nennwert erwerben), an die griechische Regierung weiterzureichen. Daraus dürften der griechischen Regierung einmalig gut zehn Milliarden Euro zufließen.

Ein formaler Schuldenschnitt wurde allerdings nicht vereinbart. Die damit verbundenen haushaltsrelevanten Belastungen bei den Gläubigerländern wären politisch schwer zu kommunizieren – gerade in Deutschland vor der anstehenden Bundestagswahl. Vor allem aber würde ein griechischer Schuldenschnitt die ohnehin angeschlagenen Staatsfinanzen in Spanien, Italien und Frankreich zusätzlich belasten. So wurden die Probleme einmal mehr auf die lange Bank geschoben. Es wird wohl kein Weg daran vorbeigehen, dass die Geberländer und Zentralbanken in nicht allzu ferner Zukunft auf die Rückzahlung weiterer Forderungen an die griechische Regierung verzichten, zumal die realwirtschaftliche Schwäche das Land noch über lange Zeit im Griff haben wird. Zwar hat sich die relative Wettbewerbsfähigkeit (gemessen an den Lohnstückkosten) in Griechenland ebenso wie in den anderen Krisenländern zuletzt etwas verbessert.<sup>22</sup> Auch die Handelsbilanzdefizite sind deutlich zurückgegangen, und das durchaus auch wegen zuletzt merklich gestiegener Exporte. Bis in Griechenland tragfähige wirtschaftliche Strukturen aufgebaut sind, die ein nachhaltiges und von internationalen Kapitalzuflüssen unabhängiges Wachstum ermöglichen, werden aber noch viele Jahre vergehen.

Der institutionelle Reformprozess auf der europäischen Ebene ist in jüngerer Zeit erlahmt. In Bezug auf die wirtschaftspolitische Koordinierung wurden zwar Schritte in Richtung einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion getan; mit Two- und Sixpack (einschließlich der Regelung des europäischen Semesters) und dem Vertrag über die Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (einschließlich Fiskalpakt) waren bis Ende 2011 wichtige Punkte umgesetzt worden. Im vergangenen Jahr wurden indes keine großen Fortschritte gemacht. Zwar hat die EU-Kommission im November 2012 ein ambitioniertes Konzept für eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt, in dem konkrete mittel- und langfristige Maßnahmen formuliert werden.<sup>23</sup> Neben Vorschlägen wie der eines gemeinsamen Budgets für den Euroraum, das zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen in angeschlagenen Mitgliedsstaaten genutzt werden könnte – das am Ende doch eher auf permanente Transfers zwischen den Mitgliedsstaaten hinauslaufen dürfte –,

<sup>21</sup> Die hier skizzierten Zahlen sind allenfalls als grobe Schätzung zu verstehen. Eine genauere Berechnung ist aber aufgrund nicht hinreichender Informationen in Bezug etwa auf die abgelösten Schuldscheine (und damit in Bezug auf die eingesparten Zinslasten) nicht sinnvoll möglich.

<sup>22</sup> Vgl. zu den Fortschritten in den Krisenländern auch Fichtner, F., Junker, S. et al. (2012): Herbstgrundlinien 2012. DIW Wochenbericht Nr. 40/2012.

<sup>23</sup> Vgl. [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/archives/2012/11/20121128\\_2\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2012/11/20121128_2_en.htm)

macht die Kommission zu Recht auf die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit bei der Bankenaufsicht und –regulierung aufmerksam. Während die ökonomische Diskussion bereits seit längerem auf die Notwendigkeit einer solchen „Bankenunion“ hinweist,<sup>24</sup> sind im politischen Entscheidungsprozess hierzu noch keine erkennbaren Fortschritte erzielt worden.

Auch auf dem EU-Gipfel im Dezember stand das Thema Bankenunion zwar oben auf der Tagesordnung; ein konkreter Zeitplan wurde allerdings lediglich in Bezug auf die Grundelemente einer europäischen Bankenaufsicht beschlossen, nicht aber in Bezug auf die gemeinsame Regulierung oder Stabilisierung von Banken. Auch zu anderen Aspekten des Umbaus oder der Vertiefung der Währungsunion wurden keine konkreten Beschlüsse gefasst; stattdessen wurden Entscheidungen erneut in die Zukunft vertagt. Von dem von der deutschen Bundeskanzlerin noch im November angekündigten „ehrgeizigen Fahrplan“ für die kommenden zwei bis drei Jahre, der auf dem Gipfel verabschiedet werden sollte, ist so nicht viel übrig geblieben.

### Geldpolitik: Spannungen am Interbankenmarkt etwas abgebaut

Angesichts rückläufiger Produktion und anhaltender Spannungen auf den Finanzmärkten ist die expansive geldpolitische Ausrichtung im Euroraum im vierten Quartal 2012 unverändert geblieben. Seit Juli befindet sich der Hauptrefinanzierungssatz auf historisch niedrigem Niveau von 0,75 Prozent, und die Geschäftsbanken können sich nach wie vor in unbegrenztem Umfang Liquidität von der europäischen Notenbank besorgen. Zwar lag die jährliche Teuerungsrate zwischen August und Oktober mit rund zweieinhalb Prozent deutlich über dem von der EZB anvisierten Inflationsziel von unter, aber nahe zwei Prozent. Die Teuerung rührt wie auch in den vergangenen drei Quartalen aber hauptsächlich von transitorischen Effekten wie gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreisen und Steuererhöhungen in den Krisenländern her. So ist die Inflationsrate ohne Nahrungsmittel und Energie zwischen Juli und Oktober kontinuierlich von 1,9 auf 1,6 Prozent gesunken. Zudem erklärten Steueranhebungen im September 0,6 Prozentpunkte der derzeitigen Teuerung. Ohne diese Einmaleffekte würde die Preisentwicklung unterhalb des Inflationsziels liegen; die EZB sieht sich daher zu Recht nicht veranlasst, restriktiv einzugreifen.

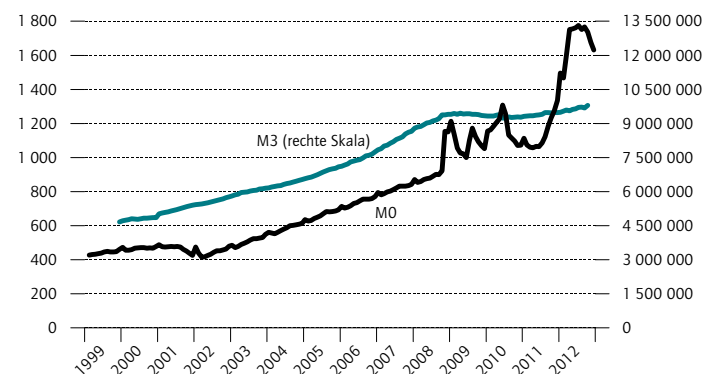
Angesichts leicht rückläufiger Energiepreise und eines weiterhin rezessiven wirtschaftlichen Umfelds ist im

Prognosezeitraum mit einem Rückgang der Inflation zu rechnen. Trotz massiver Liquiditätsbereitstellung von Seiten der Zentralbank ist das Wachstum der breitgefassten Geldmenge M3 im historischen Vergleich noch immer sehr verhalten. Dies spiegelt sich in einem seit dem Jahr 2011 stetig abnehmenden Geldmengenmultiplikator wider. Obwohl die Geldbasis – die von der Zentralbank zur Verfügung gestellte Liquidität – zwischen Juni 2011 und September 2012 um rund 65 Prozent gestiegen ist, hat M3 nur um rund drei Prozent zugenommen (Abbildung 22). Die bereitgestellte Liquidität findet damit größtenteils nicht den Weg in die Realwirtschaft, so dass von dieser Seite vorerst kein inflationärer Druck zu erkennen ist. Auch die Inflationserwartungen weisen nicht auf steigenden Inflationsdruck hin: Seit Oktober vergangenen Jahres sind die Preise für Inflationsswaps mit einjähriger Laufzeit gesunken (Abbildung 23). In den nächsten zwei Jahren erwarten die Märkte nur noch eine Inflation von rund 1,7 Prozent. Nach einer jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von 2,5 Prozent im Jahr 2012 dürfte die Teuerungsrate in diesem und im nächsten Jahr bei knapp unter zwei Prozent liegen.

In den vergangenen Monaten zeichnet sich – zumindest im Aggregat – eine leichte Beruhigung im Bankensektor ab. Das Refinanzierungsvolumen, welches die Europäische Zentralbank den Geschäftsbanken zur Verfügung stellt, ist zwischen Juli und Dezember um rund 130 Milliarden Euro (zehn Prozent) gesunken. (Abbildung 24). Da diese Refinanzierungsmittel immer noch per Voll-

Abbildung 22

### Geldmengenaggregate im Euroraum In Milliarden Euro



Quelle: Europäische Zentralbank.

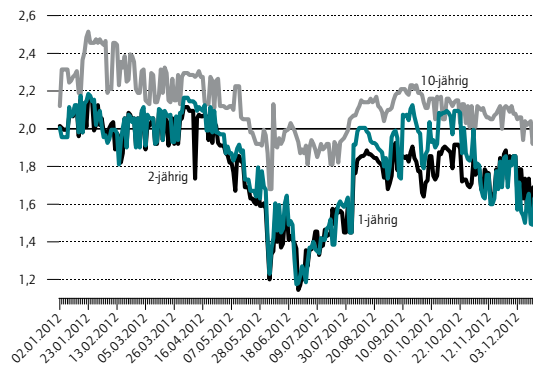
© DIW Berlin 2013

<sup>24</sup> Vgl. etwa ausführlich Fichtner, F., Junker, S. et al.: Sommergrundlinien 2012. DIW Wochenbericht Nr. 26+27/2012, 13 ff.

Obwohl die Geldbasis M0 stark gestiegen ist, hat die im Umlauf befindliche Geldmenge M3 kaum zugenommen.

Abbildung 23

### Inflationsswaps im Euroraum In Prozent



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2013

Die Inflationserwartungen der Märkte sind zurückgegangen.

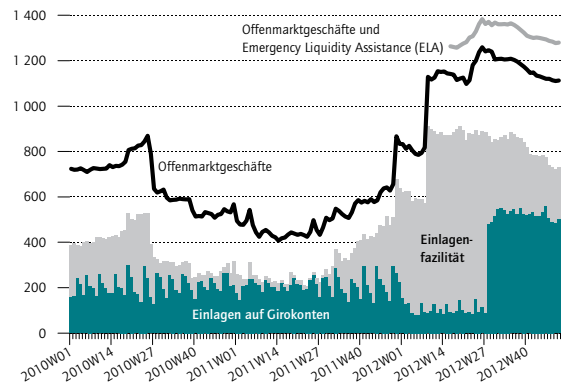
zuteilung ausgegeben werden muss der Rückgang der zugeteilten Menge ausschließlich auf eine sinkende Liquiditätsnachfrage der Banken zurückzuführen sein. Spiegelbildlich zu der rückläufigen Nachfrage ist die Überschussliquidität zurückgegangen, die die Geldinstitute bei der EZB halten. Der gleichzeitige Rückgang von Refinanzierungs- und Einlagenfazilität könnte für sich genommen für eine Entspannung der Lage auf dem Interbankenmarkt sprechen; eine solche Folgerung ist aber unzulässig, denn dem Rückgang des Refinanzierungsvolumens über Offenmarktgeschäfte steht – wenn auch in geringerem Umfang – eine Ausweitung des Gebrauchs von Liquiditätshilfen im Krisenfall (Emergency Liquidity Assistance, ELA) entgegen.<sup>25</sup> Zwar gibt es keine offiziellen Statistiken über den Gebrauch von Liquiditätshilfen im Krisenfall, jedoch kann man zumindest eine Schätzung aus der EZB-Bilanz ableiten.<sup>26</sup> Von Ende Juli bis Dezember dürfte die Höhe der ausstehenden Notfallkredite an einzelne Kreditinstitute um rund 55 Milliarden Euro auf zuletzt 170 Milliarden Euro (etwa 15 Prozent des Offenmarktvolumens) gestiegen sein. Der

<sup>25</sup> Vgl. zu den Notkrediten für Banken in Krisenländern auch die Analyse in Fichtner, F., Junker, S. et al. (2012): Sommergrundlinien 2012. DIW Wochenbericht Nr. 26+27/2012.

<sup>26</sup> Seit Ende April 2012 werden die Notkredite in den nationalen Zentralbankbilanzen nicht mehr unter dem Posten „Sonstige Aktiva“, sondern unter der Kategorie „Sonstige Forderungen in Euro gegenüber Kreditinstituten im Eurowährungsgebiet“ geführt. Unter der Annahme, dass die übrigen Wertpapiermengen in diesem Bilanzposten in der letzten Aprilwoche unverändert geblieben sind, lässt die Veränderung dieser Position auf die Größe der ELA-Notfallkredite rückschließen.

Abbildung 24

### Daten der EZB-Bilanz In Milliarden Euro



Quelle: Europäische Zentralbank.

© DIW Berlin 2013

Das Refinanzierungsvolumen über die Offenmarktgeschäfte ist zuletzt gesunken. Gleichzeitig haben sich die Einlagen bei der EZB verringert.

Rückgang des Refinanzierungsvolumens über die Offenmarktgeschäfte dürfte die Verbesserung der Finanzierungssituation des Bankensystems im Euroraum daher zwar etwas überzeichnen; dennoch könnte sich eine Trendwende andeuten – zumindest für die Banken, die überhaupt Zugang zum Interbankenmarkt haben.

Die heterogene wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum erschwert die gemeinsame Geldpolitik. Die Krisenländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien befinden sich seit mehreren Quartalen in einer tiefgreifenden Rezession mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit,<sup>27</sup> während der Rest der Eurozone sich vergleichsweise stabil entwickelt. Daher ist anzunehmen, dass die EZB für die Gruppe der Krisenländer einen anderen geldpolitischen Kurs wählen würde als für die übrigen Euroländer.<sup>28</sup> Dieses Dilemma wird deutlich, wenn mit Hilfe der Taylor-Regel das für beide Ländergruppen hinsichtlich ihrer Inflationsentwicklung und konjunkturellen

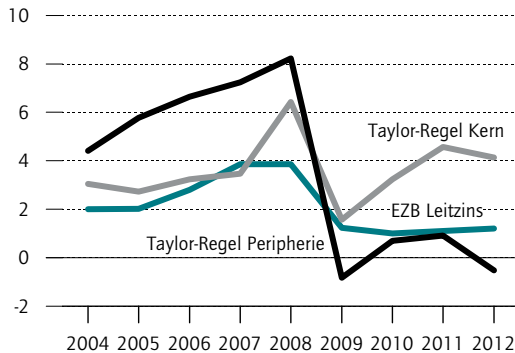
<sup>27</sup> Da die EZB ihre geldpolitische Entscheidung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation im Euroraum trifft, erfolgt die Einteilung der Länder in diese beiden Gruppen nach der Inflationsentwicklung und der Arbeitsmarktsituation. Obwohl sich Italien derzeit auch in einer Schuldenkrise befindet, weist Italien eine der kräftigsten Inflationsentwicklungen im Euroraum auf und auch die Arbeitsmarktsituation ist im Vergleich zu den übrigen Krisenstaaten recht stabil, so dass für diese Analyse Italien zu den Kernländern gezählt wird.

<sup>28</sup> Die Gruppe der übrigen Euroländer für die Zwecke der vorliegenden Analyse umfasst Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Finnland.

Abbildung 25

**Taylorzinsen im Euroraum**

In Prozent



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der EZB-Leitzins ist zur Zeit zu niedrig aus Sicht der Kernländer, während in den Peripherieländern ein noch niedrigerer Zins sinnvoll sein könnte.

Situation angemessene Zinsniveau berechnet wird.<sup>29</sup> Als Input für die Taylor-Regel wird der mit dem realen Bruttoinlandsprodukt gewichtete Durchschnitt der Beschäftigungslücke und der jährlichen Inflationsrate bei konstanten Steuersätzen für beide Ländergruppen ermittelt (Abbildung 25).<sup>30</sup> Zwischen 2004 und 2007 entsprach der EZB-Leitzins weitgehend dem sich aus der Taylor-Regel ergebenden Zins für die Kernländer des Euroraums, während er für die Peripherieländer deutlich höher lag. Die Geldpolitik war vor Ausbruch der Krise im Euroraum für die Peripherieländer nach der Taylor-Regel demnach deutlich zu expansiv. In den vergangenen beiden Jahren hat sich dieses Bild umgekehrt. Danach wäre für die zentraleuropäischen Länder angesichts der jüngsten Preisentwicklung und der verhältnismäßig günstigen Arbeitsmarktlage derzeit ein Leitzinssatz von rund vier Prozent optimal, während die Taylor-Regel für die Peripheriestaaten einen Leitzins von rund null Prozent anraten würde. Für die Kernländer ist der derzeitige Leitzins von 0,75 Prozent also zu expansiv, für die Peripherieländer ist er noch immer zu hoch.

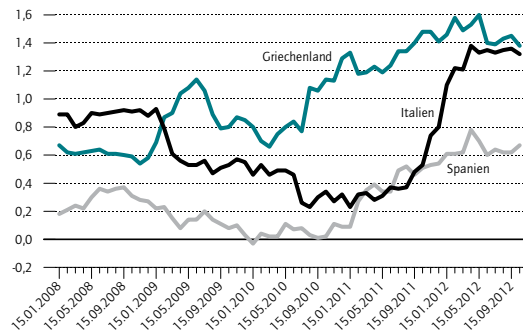
<sup>29</sup> Die Taylor-Regel bestimmt den optimalen Zins als realen Gleichgewichtszins + Inflation +  $a \cdot (\text{Inflation} - \text{Inflationsziel}) + (1 - a) \cdot \text{Produktionslücke}$ . Wie in Moons und van Poeck (2008) nehmen wir einen realen Gleichgewichtszins von 2 Prozent; Inflation und Produktionslücke werden gleich gewichtet ( $a = 0,5$ ). Zusätzlich machen wir Gebrauch vom Okunschen Gesetz mit einem Koeffizienten von 2: Produktionslücke =  $2 \cdot \text{Beschäftigungslücke}$ . Wir berechnen den optimalen Zinssatz demnach nach der folgenden Taylor-Regel: Optimaler Zins =  $1 + 1,5 \cdot \text{Inflation} + \text{Beschäftigungslücke}$ .

<sup>30</sup> Irland fehlt in dieser Untersuchung, da für dieses Land keine Statistiken über die Inflationsentwicklung zu konstanten Steuern vorhanden sind.

Abbildung 26

**Zinsspreads bei Unternehmenskrediten**

In Prozentpunkten, gegenüber dem Euroraum-Durchschnitt



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2013

Die Unternehmenszinssätze in den Krisenländern liegen immer noch über dem Euroraum-Durchschnitt, sind aber leicht zurückgegangen.

In einer heterogenen Währungsunion ist es schwerlich möglich, für alle Mitgliedsländer eine optimale Geldpolitik zu gestalten; solange die Diskrepanzen zwischen dem tatsächlichen und optimalen Leitzinssatz nicht zu lange anhalten, ist dies aber kein Grund zur Besorgnis. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass die EZB bei ihren geldpolitischen Entscheidungen offenbar tendenziell asymmetrisch handelt und sich eher an den schwächeren Mitgliedsländern orientiert. In den ersten Jahren nach Einführung des Euro war dies Deutschland, nun sind es die Peripheriestaaten. Damit besteht die Gefahr, dass in den Ländern, für die die Geldpolitik lange Zeit zu expansiv ist, Vermögensblasen entstehen. Es ist daher wichtig, die Entwicklung der Kreditvergabe und der Hauspreise gerade in den Kernländern der Eurozone im Auge zu behalten.<sup>31</sup>

Die derzeit äußerst niedrigen Zentralbankzinsen kommen zurzeit also den Bedürfnissen der Krisenländer entgegen. Ein Problem ist jedoch, dass die niedrigen Zinsen, zu welchen die Banken sich bei der Zentralbank mit Liquidität eindecken können, gerade in den Peripherieländern nicht an die Unternehmen weitergereicht werden und somit ihre expansive Wirkung nicht entfalten. So sind die Zinsen auf Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen in Griechenland, Spanien und Italien seit 2010 gestiegen, während sie im Durchschnitt der Währungsunion konstant geblieben sind (Abbildung 26). Im September 2012 mussten griechische und ita-

<sup>31</sup> Vgl. hierzu auch den Kasten 4 Seite 31 in diesem Bericht.

lienische Unternehmen rund 1,3 Prozentpunkte höhere Zinssätze in Kauf nehmen als im Euroraumdurchschnitt. Der Zinstransmissionskanal scheint also gerade in den Peripheriestaaten, die derzeit ein günstiges Zinsumfeld dringend benötigen, gestört zu sein. Die gestörte Transmission der Zinsen ist denn auch die offizielle Begründung der Europäischen Zentralbank, ihre Anleihenkaufprogramme erforderlichenfalls auszudehnen und auf diese Weise zinssenkend auf Unternehmenskredite einzuwirken.

### Finanzpolitik: Trotz Überschuss kein Spielraum für Wahlgeschenke!

Im Jahr 2012 dürfte der Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,1 Prozent gelegen haben. In struktureller – also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter – Betrachtung lag der Überschuss bei 0,5 Prozent. Auf den ersten Blick legt dies nahe, dass die Folgen der Finanzkrise – wirtschaftlicher Einbruch, Konjunkturpakete, Rettungsschirme – bereits aufgefangen werden konnten und der zuvor begonnene Konsolidierungsprozess nunmehr abgeschlossen sei. Auf den zweiten Blick wird offensichtlich, dass dem nicht so ist: Zwar ist der öffentliche Gesamthaushalt als Ganzes ausgeglichen, für die einzelnen Ebenen gilt dies aber keineswegs; Defiziten bei den Gebietskörperschaften, insbesondere beim Bund, stehen hohe Überschüsse bei den Sozialversicherungen gegenüber.

So erzielte die gesetzliche Rentenversicherung – mit Ausnahme des Jahres 2009 – seit dem Jahr 2006 Überschüsse. Dies ließ die Schwankungsreserve, die nach geltendem Recht zwischen dem 0,3- und dem 1,5-fachen einer Monatsausgabe liegen soll, nach und nach zunehmen. Für den Fall, dass diese Grenzen am Ende des kommenden Jahres voraussichtlich unter- bzw. überschritten sein werden, ist eine Anpassung des Beitragssatzes vorgesehen. Dieser wurde zu Beginn des vergangenen Jahres daher gesenkt. Damit konnte allerdings nicht verhindert werden, dass die Schwankungsreserve bereits zum Jahreswechsel 2012/2013 die obere Grenze überstieg. Zum 1. Januar 2013 wurde der Satz daher nochmals reduziert.<sup>32</sup> Diese Anpassung hat allerdings zur Folge, dass die Rentenversicherung in den kommenden Jahren defizitär abschließen wird. Erst wenn die untere Grenze der Schwankungsreserve zu unterschritten werden droht, wird der Beitragssatz wieder erhöht. Während die Rentenversicherung den öffentlichen Gesamthaushalt in den vergangenen Jahren entlastete, wird sie den Finanzierungssaldo des Staates im Prognosezeitraum also nunmehr negativ beeinflussen.

Auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung akkumulieren sich seit einigen Jahren merkliche Überschüsse. Mit der Schaffung des Gesundheitsfonds wurde die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung umgestellt. Es wurde ein gesetzlicher – paritätisch finanzierter – Beitragssatz eingeführt, der fest bei 15,5 Prozent liegt. Krankenkassen, die mit den Zuweisungen des Gesundheitsfonds ihre Ausgaben nicht decken können, sollen Zusatzbeiträge erheben, die allein von den Versicherten zu tragen sind. Auf diese Weise soll einer deutlichen Erhöhung des von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam getragenen Beitragssatzes in der mittleren und längeren Frist begegnet werden, die aufgrund des hohen Kostendrucks unausweichlich gewesen wäre. Dieser Kostendruck ergibt sich aus der demografischen Entwicklung, dem medizinisch-technischen Fortschritt, aber auch der spezifischen Verteilung der Marktmacht im Gesundheitswesen. Seit dieser Reform hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aber merklich zugenommen und eine flächendeckende Einführung von Zusatzbeiträgen war nicht notwendig. Stattdessen erzielen sowohl die Krankenkassen als auch der Gesundheitsfonds selbst beträchtliche Überschüsse.

Dem könnte nunmehr durch die Senkung des gesetzlichen Beitragssatzes begegnet werden. Dies hat die Politik allerdings abgelehnt. Stattdessen hat sie die Krankenkassen aufgefordert, die Überschüsse mittels Prämien an ihre Mitglieder auszuschütten. Einige Versicherungen haben dies mittlerweile auch zugesagt. Eine solche Rückerstattung verhindert jedoch nicht, dass beim Gesundheitsfonds selbst weiterhin Überschüsse entstehen. Abgesehen davon, dass die Krankenversicherung ein umlagefinanziertes System ist und von daher der Aufbau einer demographischen Reserve und damit eine Vorsorge für zukünftige Ausgaben dem Versicherungsgedanken widerspricht, wecken Überschüsse tendenziell Begehrlichkeiten und führen auf diese Weise generell zu einem höheren Ausgabedruck. Auch die neuesten Beschlüsse im Zuge der Aufstellung des Bundeshaushalts 2013 sind wohl nicht unabhängig von der Kassenlage der Krankenversicherungen zu sehen. Zum einen wurde die Praxisgebühr gestrichen. Zum anderen wird der Bund in den Jahren 2013 und 2014 seinen Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung kürzen. Dieser Zuschuss ist allerdings keine Leistung in Anlehnung an die Finanzlage der Krankenkassen, sondern ein Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen, in diesem Fall die beitragsfreie Versicherung von Kindern.

Bei der Arbeitslosenversicherung hat die kräftige Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ebenfalls zu einer Entspannung der Finanzlage beigetragen. Außerdem wird die Arbeitslosenversicherung in konjunkturell guten Zeiten auf der Ausgaben-

<sup>32</sup> Sinkt der Beitragssatz, so wird auch der allgemeine Zuschuss des Bundes angepasst, und die jährliche Rentenanpassung fällt höher aus als sonst.

seite entlastet. Zudem wurden Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückgefahren. So konnte die Arbeitslosenversicherung im vergangenen Jahr mit einem Überschuss abschließen, der allerdings zu gering ist, um nennenswerte Rücklagen für konjunkturell schlechtere Zeiten zu bilden. Dies ist umso bedenklicher, da das Vermögen der Arbeitslosenversicherung schnell dahin schmilzt, wenn die Arbeitslosigkeit konjunkturbedingt zunimmt.<sup>33</sup> Die Finanzlage der Bundesagentur wird zudem dadurch belastet, dass der Bund bereits im vergangenen Jahr begonnen hat, den Eingliederungsbeitrag an die Bundesagentur abzubauen und diesen auch im Jahr 2013 weiter zurückführt. Die leichte und noch dazu temporäre Anspannung auf dem Arbeitsmarkt, die sich im Zuge der konjunkturellen Flaute abzeichnet, führt bereits im Jahr 2013 dazu, dass die Bundesagentur wieder defizitär abschließen wird. Im Zuge der wirtschaftlichen Belebung wird im Jahr 2014 zwar wieder ein geringer Überschuss erreicht, ein Beitragsatz von drei Prozent ist allerdings keinesfalls ausreichend, einen über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten.

Die soziale Pflegeversicherung hat in den vergangenen fünf Jahren zwar mit – wenn auch niedrigen – Überschüssen abgeschlossen. Der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung wird in diesem Jahr um 0,1 Prozent angehoben. Gleichzeitig tritt das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung in Kraft, das deutliche Leistungserhöhungen vorsieht. Damit dürfte die soziale Pflegeversicherung ab dem kommenden Jahr zunehmend defizitär abschließen – es sei denn, der Beitragsatz wird nochmals angehoben.

Bei den Ländern und Kommunen ist die Entwicklung der öffentlichen Finanzen recht heterogen. Ländern wie auch Kommunen, die bereits im vergangenen Jahr merkliche Überschüsse erzielten und diese im Prognosezeitraum weiter erhöhen können, stehen solche gegenüber, die nach wie vor deutlich unterfinanziert sind. Vor allem bei den Kommunen ist die Spreizung groß. In ihrer Gesamtheit haben sie aber bereits im vergangenen Jahr einen deutlichen Überschuss erzielen können und werden diesen im Prognosezeitraum nochmals erhöhen können. So werden die Steuereinnahmen im Prognosezeitraum weiter kräftig zulegen. Vor allem aber hat der Bund im Rahmen der Verhandlungen zum Fis-

kalpakt den Ländern zugesagt, in mehreren Schritten bis zum Jahr 2014 die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu übernehmen.<sup>34</sup> Auch die Länder dürften in ihrer Gesamtheit im laufenden Jahr einen positiven Finanzierungssaldo aufweisen und diesen dann im kommenden Jahr leicht erhöhen können.

Der Bund hat hingegen im vergangenen Jahr mit einem merklichen Defizit abgeschlossen, auch wenn sich der Haushalt spürbar besser entwickelt hat als in den ursprünglichen Planungen angenommen worden war. Auch im laufenden Jahr ist er weiterhin unterfinanziert. Trotzdem wurde der Konsolidierungskurs mit dem Bundeshaushalt 2013 gelockert, wenn auch nur leicht. Zwar konnte die Neuverschuldung für das Jahr 2013 im November 2012 nochmals geringfügig niedriger angesetzt werden. Dies ist allerdings nicht das Resultat verstärkter Sparanstrengungen; im Gegenteil: gegenüber den Planungen vom Sommer sind Mehrausgaben vorgesehen. Wie bereits im zweiten Nachtragshaushalt 2012 sind Mehrausgaben für die Kapazitätserweiterung bei den Kitas beschlossen worden.<sup>35</sup> Zudem soll Geringverdienern ab dem laufenden Jahr ein Rentenzuschuss gewährt werden. Zwar ist diese Leistung an restriktive Voraussetzungen geknüpft worden, so dass im Jahr 2013 wohl lediglich 20.000 Personen Anspruch auf einen solchen Zuschuss haben. In der mittleren und längeren Frist sind mit dieser Regelung allerdings deutliche Belastungen verbunden. Bereits im Haushaltsentwurf vom Sommer war die Einführung des Betreuungsgeldes vorgesehen, das nunmehr ab August 2013 gezahlt wird. Diese Mehrausgaben sind im Jahr 2013 zwar nur gering; sie nehmen mittelfristig allerdings spürbar zu und sind in der mittleren Frist noch nicht gegenfinanziert. Ferner ist die Luftverkehrsabgabe bis zum Jahr 2016 befristet; mit ihrem Wegfall sind Mindereinnahmen von einer Milliarde Euro verbunden.

Außerdem hat die Regierung bis heute ursprünglich geplante, einnahmeerhöhende Maßnahmen, auf die die Parteien sich im Koalitionsvertrag geeinigt hatten, nicht umgesetzt. So wird die Finanzmarkttransaktionssteuer in dieser Legislaturperiode nicht mehr einge-

<sup>33</sup> Noch im Jahr 2007 hatte die Bundesagentur ein Vermögen von knapp 18 Milliarden Euro, welches im Gefolge des wirtschaftlichen Einbruchs sowie der im Konjunkturpaket II beschlossenen Regelung zur Kurzarbeit binnen kurzer Zeit aufgebraucht war. Der Bund musste ihr zeitweise sogar mit Darlehen unter die Arme greifen. Die Bundesagentur war erst Ende des Jahres 2012 dazu in der Lage mit der Tilgung der Darlehen zu beginnen. Darlehen des Bundes an die Bundesagentur werden beim Bund als finanzielle Transaktion verbucht. Sie erhöhen somit nicht das strukturelle Defizit, wie es für die Schuldenbremse berechnet wird.

<sup>34</sup> Bereits im Jahr 2012 war der Bundesanteil an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 16 auf 45 Prozent angehoben worden. Im Jahr 2013 soll der Anteil des Bundes auf 75 Prozent erhöht werden, im Jahr 2014 will der Bund die Kosten hierfür ganz tragen.

<sup>35</sup> Dies war ein Zugeständnis des Bundes gegenüber den Ländern und Kommunen bei den Verhandlungen zum Fiskalpakt. Ab Herbst 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag. Da der Ausbau der Kitaplätze noch erheblich hinter dem erwarteten Bedarf zurückbleibt – nach neuesten Meldungen fehlen für 27,6 Prozent der unter Dreijährigen zurzeit aber noch solche Betreuungsmöglichkeiten – haben vor allem die Kommunen große Sorgen hinsichtlich einer etwaigen Klagewelle.

führt werden. Andere Vorhaben der Koalition sind im Vermittlungsausschuss gescheitert. So hat die Opposition das Steuerabkommen mit der Schweiz, das der Steuerflucht in das Nachbarland Einhalt gebieten sollte, zu Fall gebracht.<sup>36</sup>

Stattdessen greift der Bund verstärkt auf andere Finanzquellen zurück. So wird die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ab diesem Jahr einen Teil ihrer Gewinne an den Bund abführen müssen. Bisher galt für die KfW ein Gewinnausschüttungsverbot, mithilfe dessen über die Akkumulation von Eigenkapital die Förderungstätigkeit der Bank unterstützt werden sollte. In den vergangenen Jahren hatte die Bank jedoch nennenswerte Gewinne erzielt.<sup>37</sup> Der Bund argumentiert, diese Gewinnentwicklung sei vor allem ein Reflex der günstigen Refinanzierungskonditionen der KfW, die an den überdurchschnittlich niedrigen Zinskosten des Bundes partizipiere, wodurch eine partielle Gewinnausschüttung gerechtfertigt sei. Die Aufhebung des Ausschüttungsverbots ist allerdings nicht nur im Hinblick auf die zukünftige Fördertätigkeit der KfW bedenklich; sie ist auch deshalb problematisch, weil sich bereits in der kurzen Frist deutliche Risiken abzeichnen. So kommen auf die Bank für den Kauf von Anleihen des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS Ausgaben in Milliardenhöhe zu, und auch eine Beteiligung an dem Unterseekabel von Norwegen nach Deutschland dürfte in dreistelliger Millionenhöhe zu Buche schlagen. Zudem entlastet sich der Bund – wie bereits angeführt – auf Kosten der Sozialkassen. Die Kürzung des Zuschusses an die gesetzlichen Krankenversicherungen verschafft dem Bund allerdings nur eine temporäre Entlastung; auch hier muss in der mittleren Frist eine andere Finanzierung gefunden werden.

Für den Bund besteht zudem ein deutliches Risiko in der Entwicklung der Zinsausgaben. Zurzeit muss der Bund Kapitalgebern nur sehr niedrige Renditen bieten.<sup>38</sup> Dahinter steht vor allem das Bestreben der Geldanleger, in sichere Anlagen zu investieren, und Deutschland wird nach wie vor eine hohe Bonität zuerkannt.

<sup>36</sup> Im Vermittlungsausschuss sind allerdings nicht nur einnahmeerhöhende Maßnahmen gescheitert. Auch das Gesetz zum Abbau der kalten Progression wurde am 12. Dezember endgültig abgelehnt. Lediglich der Grundfreibetrag wurde zum 1. Januar 2013 angehoben. Dieser sollte ausreichen, dass berechnete Existenzminimum steuerlich freizustellen. Ohne Anpassung würde es nach dem Existenzminimumbericht im kommenden Jahr um 120 Euro unterschreiten und verstieße damit gegen die Verfassung. Für sich genommen stehen diese Steuerentlastungen ebenfalls der Konsolidierung entgegen. Allerdings ist eine Rückgabe von progressionsbedingten Steuermehreinnahmen in regelmäßigen Abständen angebracht. Andernfalls stiege die Steuerlast aufgrund nominaler Einkommenszuwächse, denen keine reale Erhöhung der Leistungsfähigkeit bei den Steuerpflichtigen gegenübersteht.

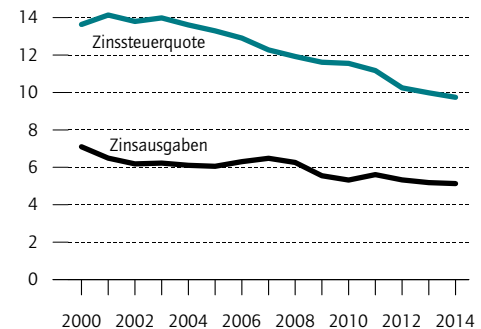
<sup>37</sup> Im Jahr 2010 lag der Überschuss bei 2,1 Milliarden Euro, im Jahr 2011 bei 2,6 Milliarden Euro.

<sup>38</sup> Teilweise war die reale Rendite auf Bundespapiere sogar negativ.

Abbildung 27

### Zinsausgaben

In Prozent an den gesamten Staatsausgaben



Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS und Mobilfunklizenzen.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2012, 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Im Jahr 2014 wird die Zinssteuerquote um 2,5 Prozentpunkte niedriger sein als im Jahr 2007.

Dies hat zur Folge, dass trotz eines Anstiegs des gesamtstaatlichen Schuldenstandes seit Beginn der Finanzkrise – um 573 Milliarden Euro – die Zinsausgaben um  $4\frac{1}{2}$  Milliarden Euro unter ihrem damaligen Niveau liegen. Der deutsche Fiskus muss einen immer geringeren Teil seiner Steuereinnahmen für die Bedienung seiner Schulden aufwenden (Abbildung 27). Sobald die wirtschaftliche Entwicklung in Europa nicht mehr so stark durch die Schuldenkrise beeinträchtigt wird oder auch nur das Vertrauen der Investoren in die Bonität anderer Emittenten wieder zurückkehrt, werden sich die Finanzkonditionen des Bundes deutlich verschlechtern. Die daraus resultierenden Risiken für den Bundeshaushalt liegen im zweistelligen Milliardenbereich pro Jahr.

Alles in allem: Gerade für den Bund ist die Haushaltskonsolidierung bei Weitem noch nicht abgeschlossen. Entgegen den Planungen des Bundes wird sein strukturelles Defizit nach der hier vorgelegten Prognose die Vorgaben der Schuldenbremse in diesem Jahr nochmals leicht verfehlen. Im kommenden Jahr – und damit immerhin zwei Jahre früher als vorgesehen – wird sein strukturelles Defizit allerdings auf 0,2 Prozent und damit unter die von der Schuldenbremse vorgeschriebenen 0,35 Prozent gesunken sein. Dieser strukturell bereinigte Finanzierungssaldo spiegelt allerdings die Finanzlage des Bundes nur partiell wider. So wird die vom Bund zu bietende Rendite mittelfristig wieder auf ein „normales“ Niveau steigen. Solche Mehrausgaben werden sich vollständig im strukturellen Defizit des Bundes niederschlagen. Zudem enthält die mittelfristige Finanzplanung noch immer globale Minderausgaben in Mil-

liardenhöhe. Hinzu kommen die Risiken, die sich für den Staat aus den Rettungsschirmen ergeben können. Sowohl die für die deutschen Banken übernommenen Garantien und Bürgschaften als auch die im Rahmen der europäischen Rettungsmaßnahmen übernommenen Verpflichtungen, können die Finanzen des Bundes in der mittleren Frist deutlich belasten. Auch ist noch nicht vollständig absehbar, welche Belastungen auf den Bund im Zuge der bei den Verhandlungen zum Fiskalpakt übernommenen Verpflichtungen zukommen. Bisher ist lediglich beschlossen, dass er seinen Anteil an den Eingliederungsbeihilfen für Schwerbeschädigte erhöhen will, nicht aber um wie viel. Der Bund steht in der mittleren Frist vor beträchtlichen Herausforde-

rungen. All dies wird den strukturellen Finanzierungssaldo des Bundes belasten. Außerdem könnten die Sozialkassen – insbesondere für die Arbeitslosenversicherung –, denen jetzt Gelder entzogen werden, bei einer konjunkturellen Eintrübung schnell wieder auf Hilfen des Bundes angewiesen sein. Dass die trotz Konjunkturfalte gute wirtschaftliche Ausgangslage nicht genutzt wird, den Konsolidierungskurs zu straffen, dürfte sich als Fehler erweisen. Dies gilt umso mehr, als sich der strukturelle Finanzierungssaldo des Staates insgesamt gemäß der hier vorgelegten Prognose im kommenden Jahr bereits wieder um 0,5 Prozentpunkte verschlechtert, auf dann 0,3 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

**Ferdinand Fichtner** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [ffichtner@diw.de](mailto:ffichtner@diw.de)

**Simon Junker** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Guido Baldi** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Jacek Bednarz** ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

**Kerstin Bernoth** ist Stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

**Franziska Bremus** ist Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

**Karl Brenke** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Christian Dreger** ist Leiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

**Hella Engerer** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik

**Christoph Große Steffen** ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Hendrik Hagedorn** ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Katharina Pijnenburg** ist Doktorandin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Kristina van Deuverden** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Aleksandar Zaklan** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin

## DIW WINTER PROJECTION 2013

**Abstract:** The German economy has recently lost momentum but is anticipated to accelerate markedly in the course of 2013. On annual average, real GDP will increase by 0.9 percent; the corresponding figure for 2012 is expected to be 0.8 percent. During the course of 2013, however, expansion will accelerate noticeably. The German economy will grow slightly over two percent in 2014. The temporary economic weakness will impact the labor market only moderately; the unemployment rate which dropped to less than seven percent in 2012 will revert to an annual average of seven percent in 2013. However, in 2014, this figure will noticeably decline. Disposable income will also increase significantly in 2013, and private consumption will be an important source of economic growth.

The crisis in the euro area remains the main burden on the German economy. High unemployment accompanied by private and, in particular, public debt reduction in the crisis countries is weakening demand. The strain on the financial markets was slightly alleviated by the European Central Bank's decision to intervene in the government bonds markets, by buying any quantity of bonds deemed necessary. However, financing conditions for businesses remain unfavorable in the crisis countries. This has a negative impact on investment activity and further hampers eco-

nomie development. While growth in the euro area during the forecasting period is likely to remain weak, economic development in the rest of the world is accelerating again since the second half of 2012, particularly in the large emerging nations such as China where growth has been bolstered by expansionary monetary and fiscal policy.

The brightening global economic conditions also benefit German exports which will noticeably increase during the course of 2013. As a result of the improved market opportunities, companies' investment activities will, in turn, also increase, especially since the German economy is able to profit from extremely favorable financing conditions. Wages are anticipated to rise noticeably during the course of 2013 and 2014. As the German inflation rate is forecast to remain around the two-percent mark, we are likely to see palpable gains in households' purchasing power—despite the temporary downturn in employment—which will result in a significant increase in private consumption. Thus, domestic demand is likely to become the driver of growth in 2013 and 2014. External trade is expected to make a positive, though only moderate contribution to economic growth. Also in the medium term, German economic development is likely to be characterized by favorable financing conditions, wage increases, and dynamic domestic demand. During the five

years of the medium-term forecasting period, the German current account balance surplus relative to GDP will decline slightly.

Public finances will continue to improve; the general public budget will show a surplus in 2013 and 2014. However,

this is primarily due to favorable economic conditions. On the expenditure side, measures have already been adopted which will entail higher spending. There is currently no scope for this, particularly since the federal budget remains substantially underfinanced and faces significant risks, especially in the medium term.

**JEL:** E32, E66, F01

**Keywords:** Business cycle forecast, economic outlook



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung  
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

## 7 FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

# »2014 brummt der Laden in Deutschland wieder«

1. Seit Jahren schwelt in der Eurozone die Schuldenkrise. Herr Fichtner, in wie weit schmälert das auch die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Ländern? Die Schuldenkrise führt gerade im Euroraum zu einer sehr schwachen Entwicklung in diesem sowie im nächsten Jahr. Wir haben in den Krisenländern eine ausgesprochen schwache Nachfrage wegen der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt die Unsicherheit, die Importnachfrage aus den Krisenländern ist schwach. Das überträgt sich auf den Rest der Welt, auch auf die Schwellenländer. Auch die leiden darunter.
2. Gibt es Anzeichen für eine weltweite Rezession? Nein, das zeichnet sich im Moment nicht ab. Wir haben zwar im vergangenen halben Jahr eine Abkühlung der Weltwirtschaft erlebt, das beeinträchtigt immer noch die Konjunktur. Aber eine weltweite Rezession wie 2008/2009 ist nicht wahrscheinlich. Viele Länder im Euroraum werden aber bis auf Weiteres in der Rezession bleiben.
3. Halten Sie weitere Hilfspakete für Krisenländer wie Griechenland für sinnvoll? Ich denke, man muss Ländern wie Griechenland oder Portugal helfen. Man kann diese Länder nicht einfach fallen lassen. Denn das würde weiterhin große Schockwellen auf den Finanzmärkten auslösen. Es ist aber auch richtig, dass von den Ländern Leistungen abverlangt werden, die schmerzlich sind. Denn letztlich sind sie notwendig, um den Strukturwandel erfolgreich zu bewältigen.
4. Deutschland scheint sich von der schwachen konjunkturellen Entwicklung abkoppeln zu können. Woran liegt das? Tatsächlich ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erheblich kräftiger als im Rest der Währungsunion. Das liegt daran, dass wir uns hier zunehmend auf Exporte in andere Regionen der Welt, vor allem nach China, eingestellt haben. Dadurch können wir uns ein bisschen frei machen von der sehr schwachen Entwicklung im Euroraum. Trotzdem sind wir natürlich davon betroffen, die Nachfrage beispielsweise aus Frankreich oder den Niederlanden ist im Moment

schwach. 2012 war insgesamt aber noch ein ganz ordentliches Jahr. Wir schätzen, dass die Wachstumsrate 0,8 Prozent betragen hat.

5. Wird es 2013 wieder kräftiger aufwärts gehen mit der deutschen Wirtschaft? Wir gehen davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft vor allem im Winterhalbjahr noch etwas schwächer entwickeln wird. Die Krise im Euroraum wird in dieser Zeit auch auf die Nachfrage nach deutschen Exportprodukten durchschlagen. Im Jahresverlauf 2013 dürfte es aber zunehmend besser werden. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt positiv, das stützt insbesondere die Konsumnachfrage. Und so kann die deutsche Wirtschaft dann im Jahresverlauf auch kräftig wachsen. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einer Wachstumsrate von 0,9 Prozent.
6. Ab wann könnte es wieder richtig brummen? Wir erwarten, dass die deutsche Wirtschaft schon in der zweiten Jahreshälfte 2013 einen Zahn zulegen wird. Das wird sich auch 2014 fortsetzen. Dann ist möglicherweise eine Wachstumsrate von mehr als zwei Prozent drin. Das heißt: Dann brummt der Laden in Deutschland wieder. Auch die Investitionen springen wieder an. Die Unternehmen profitieren von den günstigen Finanzierungsbedingungen, die bis auf weiteres in Deutschland anhalten werden. Und auch die Weltwirtschaft wird zunehmend an Dynamik zulegen. Deshalb sind wir da optimistisch.
7. Was bedeutet das für den Arbeitsmarkt und die Lohnentwicklung? Erst einmal wird sich die Schwäche der deutschen Wirtschaft auch am Arbeitsmarkt niederschlagen. Deshalb steigt jetzt im Winter die Arbeitslosenquote. Sie wird auch im Jahresdurchschnitt etwas höher liegen als 2012. Im Jahresverlauf aber wird die Zahl der Arbeitslosen wieder zurückgehen, die Beschäftigung deutlich ansteigen. Und auch die Löhne können wegen der günstigen Situation kräftig zulegen.

Das Gespräch führte Karsten Zummack.



Das vollständige Interview zum Anhören  
finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2012

Milliarden Euro

| Gegenstand der Nachweisung |                                               | Gesamte Volkswirtschaft | Kapitalgesellschaften | Staat | Private Haushalte und private Org. o. E. | Übrige Welt |
|----------------------------|-----------------------------------------------|-------------------------|-----------------------|-------|------------------------------------------|-------------|
| 3                          | Bruttowertschöpfung                           | 2 369,3                 | 1 574,1               | 245,4 | 549,8                                    | -           |
| 4                          | - Abschreibungen                              | 400,2                   | 230,3                 | 46,0  | 123,9                                    | -           |
| 5                          | = Nettowertschöpfung <sup>1</sup>             | 1 969,1                 | 1 343,8               | 199,4 | 425,9                                    | -154,0      |
| 6                          | - Geleistete Arbeitnehmerentgelte             | 1 371,7                 | 963,3                 | 203,3 | 205,1                                    | 10,5        |
| 7                          | - Geleistete sonstige Produktionsabgaben      | 20,0                    | 9,8                   | 0,1   | 10,2                                     | -           |
| 8                          | + Empfangene sonstige Subventionen            | 24,9                    | 22,4                  | 0,3   | 2,2                                      | -           |
| 9                          | = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen | 602,2                   | 393,1                 | -3,7  | 212,9                                    | -164,5      |
| 10                         | + Empfangene Arbeitnehmerentgelte             | 1 373,4                 | -                     | -     | 1 373,4                                  | 8,9         |
| 11                         | - Geleistete Subventionen                     | 25,2                    | -                     | 25,2  | -                                        | 6,0         |
| 12                         | + Empfangene Produktions- und Importabgaben   | 297,7                   | -                     | 297,7 | -                                        | 6,6         |
| 13                         | - Geleistete Vermögenseinkommen               | 879,1                   | 764,0                 | 63,4  | 51,7                                     | 187,9       |
| 14                         | + Empfangene Vermögenseinkommen               | 929,6                   | 479,1                 | 25,1  | 425,4                                    | 137,4       |
| 15                         | = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)    | 2 298,7                 | 108,2                 | 230,6 | 1 960,0                                  | -205,7      |
| 16                         | - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern   | 316,2                   | 68,3                  | -     | 247,8                                    | 5,0         |
| 17                         | + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern   | 320,9                   | -                     | 320,9 | -                                        | 0,3         |
| 18                         | - Geleistete Sozialbeiträge                   | 537,0                   | -                     | -     | 537,0                                    | 3,0         |
| 19                         | + Empfangene Sozialbeiträge                   | 538,1                   | 89,9                  | 447,6 | 0,6                                      | 1,9         |
| 20                         | - Geleistete monetäre Sozialleistungen        | 486,8                   | 54,3                  | 431,9 | 0,6                                      | 0,4         |
| 21                         | + Empfangene monetäre Sozialleistungen        | 480,6                   | -                     | -     | 480,62                                   | 6,6         |
| 22                         | - Geleistete sonstige laufende Transfers      | 201,8                   | 74,3                  | 57,1  | 70,5                                     | 7,6         |
| 23                         | + Empfangene sonstige laufende Transfers      | 173,4                   | 74,7                  | 16,6  | 82,1                                     | 36,0        |
| 24                         | = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)     | 2 270,0                 | 75,8                  | 526,7 | 1 667,5                                  | -176,9      |
| 25                         | - Konsumausgaben                              | 2 035,1                 | -                     | 514,3 | 1 520,8                                  | -           |
| 26                         | + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche  | -                       | -30,8                 | -     | 30,8                                     | -           |
| 27                         | = Sparen                                      | 234,9                   | 45,0                  | 12,4  | 177,5                                    | -176,9      |
| 28                         | - Geleistete Vermögenstransfers               | 39,3                    | 6,0                   | 27,3  | 6,0                                      | 3,8         |
| 29                         | + Empfangene Vermögenstransfers               | 38,4                    | 16,2                  | 9,8   | 12,4                                     | 4,8         |
| 30                         | - Bruttoinvestitionen                         | 458,3                   | 251,5                 | 39,9  | 166,9                                    | -           |
| 31                         | + Abschreibungen                              | 400,2                   | 230,3                 | 46,0  | 123,9                                    | -           |
| 32                         | - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern   | -                       | 0,5                   | -1,4  | 1,0                                      | -           |
| 33                         | = Finanzierungssaldo                          | 176,0                   | 33,4                  | 2,5   | 140,0                                    | -176,0      |
| Nachrichtlich:             |                                               |                         |                       |       |                                          |             |
| 34                         | Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)       | 2 270,0                 | 75,8                  | 526,7 | 1 667,5                                  | -176,9      |
| 35                         | - Geleistete soziale Sachtransfers            | 327,5                   | -                     | 327,5 | -                                        | -           |
| 36                         | + Empfangene soziale Sachtransfers            | 327,5                   | -                     | -     | 327,5                                    | -           |
| 37                         | = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)   | 2 270,0                 | 75,8                  | 199,2 | 1 995,0                                  | -176,9      |
| 38                         | - Konsum <sup>2</sup>                         | 2 035,1                 | -                     | 186,8 | 1 848,3                                  | -           |
| 39                         | + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche  | -                       | -30,8                 | -     | 30,8                                     | -           |
| 40                         | = Sparen                                      | 234,9                   | 45,0                  | 12,4  | 177,5                                    | -176,9      |

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. -

<sup>2</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2013

Milliarden Euro

| Gegenstand der Nachweisung                      | Gesamte Volkswirtschaft | Kapitalgesellschaften | Staat | Private Haushalte und private Org. o. E. | Übrige Welt |
|-------------------------------------------------|-------------------------|-----------------------|-------|------------------------------------------|-------------|
| 3 Bruttowertschöpfung                           | 2 428,1                 | 1 609,5               | 252,7 | 565,8                                    | –           |
| 4 – Abschreibungen                              | 411,2                   | 236,4                 | 47,6  | 127,2                                    | –           |
| 5 = Nettowertschöpfung <sup>1</sup>             | 2 016,8                 | 1 373,1               | 205,1 | 438,6                                    | –161,0      |
| 6 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte             | 1 414,7                 | 994,3                 | 208,7 | 211,7                                    | 11,0        |
| 7 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben      | 20,2                    | 9,6                   | 0,1   | 10,6                                     | –           |
| 8 + Empfangene sonstige Subventionen            | 25,3                    | 22,6                  | 0,3   | 2,4                                      | –           |
| 9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen | 607,1                   | 391,8                 | –3,4  | 218,8                                    | –171,9      |
| 10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte            | 1 416,7                 | –                     | –     | 1 416,7                                  | 9,0         |
| 11 – Geleistete Subventionen                    | 25,3                    | –                     | 25,3  | –                                        | 6,4         |
| 12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben  | 304,3                   | –                     | 304,3 | –                                        | 6,9         |
| 13 – Geleistete Vermögenseinkommen              | 884,9                   | 769,8                 | 63,3  | 51,8                                     | 178,6       |
| 14 + Empfangene Vermögenseinkommen              | 936,2                   | 481,6                 | 25,6  | 429,0                                    | 127,2       |
| 15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)   | 2 354,1                 | 103,6                 | 237,8 | 2 012,7                                  | –213,7      |
| 16 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern  | 325,4                   | 69,8                  | –     | 255,6                                    | 5,1         |
| 17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern  | 330,2                   | –                     | 330,2 | –                                        | 0,3         |
| 18 – Geleistete Sozialbeiträge                  | 548,8                   | –                     | –     | 548,8                                    | 3,1         |
| 19 + Empfangene Sozialbeiträge                  | 549,9                   | 92,4                  | 456,8 | 0,6                                      | 2,0         |
| 20 – Geleistete monetäre Sozialleistungen       | 500,5                   | 55,6                  | 444,3 | 0,6                                      | 0,4         |
| 21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen       | 494,3                   | –                     | –     | 494,29                                   | 6,6         |
| 22 – Geleistete sonstige laufende Transfers     | 209,1                   | 75,3                  | 59,4  | 74,4                                     | 5,6         |
| 23 + Empfangene sonstige laufende Transfers     | 174,5                   | 75,7                  | 16,8  | 82,1                                     | 40,2        |
| 24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)    | 2 319,3                 | 71,1                  | 537,9 | 1 710,3                                  | –178,9      |
| 25 – Konsumausgaben                             | 2 089,8                 | –                     | 529,8 | 1 560,1                                  | –           |
| 26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | –                       | –31,6                 | –     | 31,6                                     | –           |
| 27 = Sparen                                     | 229,4                   | 39,5                  | 8,1   | 181,8                                    | –178,9      |
| 28 – Geleistete Vermögenstransfers              | 35,9                    | 5,9                   | 24,1  | 5,9                                      | 3,9         |
| 29 + Empfangene Vermögenstransfers              | 35,0                    | 12,9                  | 9,9   | 12,2                                     | 4,8         |
| 30 – Bruttoinvestitionen                        | 461,8                   | 245,2                 | 42,4  | 174,2                                    | –           |
| 31 + Abschreibungen                             | 411,2                   | 236,4                 | 47,6  | 127,2                                    | –           |
| 32 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern  | –                       | 0,5                   | –1,4  | 1,0                                      | –           |
| 33 = Finanzierungssaldo                         | 177,9                   | 37,2                  | 0,6   | 140,2                                    | –177,9      |
| Nachrichtlich:                                  |                         |                       |       |                                          |             |
| 34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)      | 2 319,3                 | 71,1                  | 537,9 | 1 710,3                                  | –178,9      |
| 35 – Geleistete soziale Sachtransfers           | 336,7                   | –                     | 336,7 | –                                        | –           |
| 36 + Empfangene soziale Sachtransfers           | 336,7                   | –                     | –     | 336,7                                    | –           |
| 37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)  | 2 319,3                 | 71,1                  | 201,2 | 2 047,0                                  | –178,9      |
| 38 – Konsum <sup>2</sup>                        | 2 089,8                 | –                     | 193,1 | 1 896,8                                  | –           |
| 39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | –                       | –31,6                 | –     | 31,6                                     | –           |
| 40 = Sparen                                     | 229,4                   | 39,5                  | 8,1   | 181,8                                    | –178,9      |

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

## HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

### Jahresergebnisse 2014

Milliarden Euro

| Gegenstand der Nachweisung |                                              | Gesamte Volkswirtschaft | Kapitalgesellschaften | Staat | Private Haushalte und private Org. o. E. | Übrige Welt |
|----------------------------|----------------------------------------------|-------------------------|-----------------------|-------|------------------------------------------|-------------|
| 3                          | Bruttowertschöpfung                          | 2 529,0                 | 1 681,4               | 260,9 | 586,7                                    | -           |
| 4                          | - Abschreibungen                             | 420,5                   | 241,3                 | 49,3  | 129,8                                    | -           |
| 5                          | = Nettowertschöpfung <sup>1</sup>            | 2 108,5                 | 1 440,1               | 211,5 | 456,9                                    | -168,3      |
| 6                          | - Geleistete Arbeitnehmerentgelte            | 1 471,2                 | 1 035,9               | 214,8 | 220,5                                    | 11,3        |
| 7                          | - Geleistete sonstige Produktionsabgaben     | 21,3                    | 10,3                  | 0,1   | 10,9                                     | -           |
| 8                          | + Empfangene sonstige Subventionen           | 26,0                    | 23,0                  | 0,3   | 2,7                                      | -           |
| 9                          | = Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen  | 642,0                   | 416,9                 | -3,1  | 228,2                                    | -179,6      |
| 10                         | + Empfangene Arbeitnehmerentgelte            | 1 473,4                 | -                     | -     | 1 473,4                                  | 9,1         |
| 11                         | - Geleistete Subventionen                    | 25,0                    | -                     | 25,0  | -                                        | 7,3         |
| 12                         | + Empfangene Produktions- und Importabgaben  | 310,0                   | -                     | 310,0 | -                                        | 8,9         |
| 13                         | - Geleistete Vermögenseinkommen              | 925,5                   | 808,0                 | 64,0  | 53,5                                     | 199,2       |
| 14                         | + Empfangene Vermögenseinkommen              | 985,5                   | 517,1                 | 25,4  | 442,9                                    | 139,1       |
| 15                         | = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)   | 2 460,3                 | 126,0                 | 243,3 | 2 091,0                                  | -229,0      |
| 16                         | - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern  | 341,8                   | 71,8                  | -     | 270,0                                    | 5,4         |
| 17                         | + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern  | 347,0                   | -                     | 347,0 | -                                        | 0,3         |
| 18                         | - Geleistete Sozialbeiträge                  | 567,5                   | -                     | -     | 567,5                                    | 3,1         |
| 19                         | + Empfangene Sozialbeiträge                  | 568,6                   | 95,7                  | 472,3 | 0,6                                      | 2,0         |
| 20                         | - Geleistete monetäre Sozialleistungen       | 508,8                   | 56,7                  | 451,5 | 0,6                                      | 0,5         |
| 21                         | + Empfangene monetäre Sozialleistungen       | 502,6                   | -                     | -     | 502,57                                   | 6,6         |
| 22                         | - Geleistete sonstige laufende Transfers     | 217,2                   | 75,3                  | 60,8  | 81,0                                     | 5,6         |
| 23                         | + Empfangene sonstige laufende Transfers     | 182,5                   | 75,7                  | 16,9  | 90,0                                     | 40,2        |
| 24                         | = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)    | 2 425,7                 | 93,5                  | 567,2 | 1 765,1                                  | -194,4      |
| 25                         | - Konsumausgaben                             | 2 157,9                 | -                     | 547,2 | 1 610,7                                  | -           |
| 26                         | + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | -                       | -32,4                 | -     | 32,4                                     | -           |
| 27                         | = Sparen                                     | 267,9                   | 61,1                  | 20,0  | 186,8                                    | -194,4      |
| 28                         | - Geleistete Vermögenstransfers              | 35,4                    | 5,8                   | 23,7  | 5,9                                      | 3,9         |
| 29                         | + Empfangene Vermögenstransfers              | 34,4                    | 12,4                  | 10,0  | 12,0                                     | 4,9         |
| 30                         | - Bruttoinvestitionen                        | 494,0                   | 264,6                 | 43,4  | 186,0                                    | -           |
| 31                         | + Abschreibungen                             | 420,5                   | 241,3                 | 49,3  | 129,8                                    | -           |
| 32                         | - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern  | -                       | 0,5                   | -1,4  | 1,0                                      | -           |
| 33                         | = Finanzierungssaldo                         | 193,4                   | 44,1                  | 13,6  | 135,8                                    | -193,4      |
| Nachrichtlich:             |                                              |                         |                       |       |                                          |             |
| 34                         | Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)      | 2 425,7                 | 93,5                  | 567,2 | 1 765,1                                  | -194,4      |
| 35                         | - Geleistete soziale Sachtransfers           | 346,2                   | -                     | 346,2 | -                                        | -           |
| 36                         | + Empfangene soziale Sachtransfers           | 346,2                   | -                     | -     | 346,2                                    | -           |
| 37                         | = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)  | 2 425,7                 | 93,5                  | 220,9 | 2 111,3                                  | -194,4      |
| 38                         | - Konsum <sup>2</sup>                        | 2 157,9                 | -                     | 200,9 | 1 956,9                                  | -           |
| 39                         | + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | -                       | -32,4                 | -     | 32,4                                     | -           |
| 40                         | = Sparen                                     | 267,9                   | 61,1                  | 20,0  | 186,8                                    | -194,4      |

<sup>1</sup> Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

<sup>2</sup> Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2014

|                                                         | 2011    | 2012    | 2013    | 2014    | 2012    |         | 2013    |         | 2014    |         |
|---------------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
|                                                         |         |         |         |         | 1.Hj.   | 2.Hj.   | 1.Hj.   | 2.Hj.   | 1.Hj.   | 2.Hj.   |
| 1. Entstehung des Inlandsprodukts                       |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr            |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Erwerbstätige                                           | 1,4     | 1,0     | 0,1     | 0,6     | 1,3     | 0,8     | 0,1     | 0,1     | 0,5     | 0,7     |
| Arbeitszeit, arbeitstäglich                             | 0,1     | 0,4     | 0,3     | 0,3     | 0,1     | 0,8     | 0,0     | 0,7     | 0,0     | 0,0     |
| Arbeitstage                                             | -0,1    | -1,2    | -0,2    | 0,1     | 0,0     | -2,3    | -1,3    | 0,8     | -0,3    | 0,6     |
| Arbeitsvolumen, kalendermonatlich                       | 1,4     | 0,2     | 0,2     | 1,1     | 1,3     | -0,9    | -1,2    | 1,6     | 0,0     | 0,0     |
| Produktivität¹                                          | 1,6     | 0,6     | 0,7     | 1,2     | -0,2    | 1,3     | 1,5     | 0,0     | 0,0     | 0,0     |
| Reales Bruttoinlandsprodukt                             | 3,0     | 0,8     | 0,9     | 2,2     | 1,1     | 0,4     | 0,2     | 1,6     | 2,3     | 2,2     |
| 2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| a) Milliarden Euro                                      |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Konsumausgaben                                          | 1 987,4 | 2 035,1 | 2 089,8 | 2 157,9 | 992,0   | 1 043,0 | 1 015,3 | 1 074,5 | 1 048,3 | 1 109,5 |
| Private Haushalte²                                      | 1 487,7 | 1 520,8 | 1 560,1 | 1 610,7 | 742,1   | 778,7   | 757,2   | 802,9   | 782,1   | 828,6   |
| Staat                                                   | 499,8   | 514,3   | 529,8   | 547,2   | 249,9   | 264,4   | 258,2   | 271,6   | 266,3   | 280,9   |
| Anlageinvestitionen                                     | 469,9   | 464,6   | 474,6   | 506,7   | 224,2   | 240,4   | 223,0   | 251,6   | 238,5   | 268,2   |
| Ausrüstungen                                            | 183,2   | 173,6   | 170,5   | 189,1   | 85,8    | 87,7    | 79,5    | 91,0    | 88,4    | 100,7   |
| Bauten                                                  | 258,1   | 262,0   | 275,2   | 287,7   | 124,4   | 137,7   | 129,7   | 145,5   | 135,6   | 152,0   |
| Sonstige Anlageinvestitionen                            | 28,5    | 29,0    | 29,0    | 30,0    | 14,0    | 15,0    | 13,9    | 15,1    | 14,4    | 15,5    |
| Vorratsveränderung³                                     | 3,7     | -6,4    | -12,8   | -12,8   | 5,1     | -11,5   | -0,1    | -12,7   | -1,4    | -11,4   |
| Inländische Verwendung                                  | 2 460,9 | 2 493,3 | 2 551,6 | 2 651,8 | 1 221,4 | 1 271,9 | 1 238,3 | 1 313,4 | 1 285,4 | 1 366,4 |
| Außenbeitrag                                            | 131,7   | 154,0   | 161,0   | 168,3   | 78,5    | 75,5    | 84,0    | 77,0    | 88,7    | 79,6    |
| Exporte                                                 | 1 300,8 | 1 368,8 | 1 435,7 | 1 548,4 | 675,3   | 693,6   | 703,6   | 732,1   | 755,1   | 793,3   |
| Importe                                                 | 1 169,2 | 1 214,9 | 1 274,8 | 1 380,1 | 596,8   | 618,1   | 619,7   | 655,1   | 666,4   | 713,7   |
| Bruttoinlandsprodukt                                    | 2 592,6 | 2 647,3 | 2 712,6 | 2 820,1 | 1 299,9 | 1 347,4 | 1 322,2 | 1 390,3 | 1 374,1 | 1 446,0 |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Konsumausgaben                                          | 3,5     | 2,4     | 2,7     | 3,3     | 2,7     | 2,1     | 2,3     | 3,0     | 3,2     | 3,3     |
| Private Haushalte²                                      | 3,8     | 2,2     | 2,6     | 3,2     | 2,6     | 1,9     | 2,0     | 3,1     | 3,3     | 3,2     |
| Staat                                                   | 2,5     | 2,9     | 3,0     | 3,3     | 2,8     | 3,0     | 3,3     | 2,7     | 3,1     | 3,4     |
| Anlageinvestitionen                                     | 7,9     | -1,1    | 2,2     | 6,8     | 0,6     | -2,7    | -0,5    | 4,7     | 6,9     | 6,6     |
| Ausrüstungen                                            | 7,3     | -5,3    | -1,8    | 10,9    | -1,1    | -9,0    | -7,4    | 3,8     | 11,3    | 10,6    |
| Bauten                                                  | 9,0     | 1,5     | 5,0     | 4,5     | 1,7     | 1,4     | 4,3     | 5,7     | 4,6     | 4,5     |
| Sonstige Anlageinvestitionen                            | 3,3     | 1,7     | -0,2    | 3,4     | 2,4     | 1,1     | -0,7    | 0,3     | 3,8     | 3,0     |
| Inländische Verwendung                                  | 4,4     | 1,3     | 2,3     | 3,9     | 1,8     | 0,8     | 1,4     | 3,3     | 3,8     | 4,0     |
| Exporte                                                 | 10,9    | 5,2     | 4,9     | 7,9     | 5,5     | 5,0     | 4,2     | 5,6     | 7,3     | 8,4     |
| Importe                                                 | 13,0    | 3,9     | 4,9     | 8,3     | 4,9     | 3,0     | 3,8     | 6,0     | 7,6     | 8,9     |
| Bruttoinlandsprodukt                                    | 3,9     | 2,1     | 2,5     | 4,0     | 2,3     | 1,9     | 1,7     | 3,2     | 3,9     | 4,0     |
| 3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt       |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro               |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Konsumausgaben                                          | 1 837,5 | 1 852,2 | 1 874,3 | 1 901,0 | 909,0   | 943,2   | 917,1   | 957,2   | 930,6   | 970,4   |
| Private Haushalte²                                      | 1 371,3 | 1 380,2 | 1 395,3 | 1 415,9 | 675,4   | 704,8   | 679,6   | 715,7   | 690,1   | 725,7   |
| Staat                                                   | 466,2   | 471,9   | 479,0   | 485,1   | 233,6   | 238,3   | 237,5   | 241,5   | 240,5   | 244,6   |
| Anlageinvestitionen                                     | 438,8   | 428,1   | 432,1   | 455,3   | 206,2   | 221,9   | 202,7   | 229,3   | 214,0   | 241,3   |
| Ausrüstungen                                            | 187,1   | 176,9   | 174,3   | 193,9   | 86,6    | 90,2    | 80,3    | 94,0    | 89,7    | 104,2   |
| Bauten                                                  | 219,3   | 217,5   | 223,0   | 227,3   | 103,7   | 113,8   | 105,7   | 117,3   | 107,8   | 119,5   |
| Sonstige Anlageinvestitionen                            | 31,5    | 32,3    | 32,5    | 33,7    | 15,4    | 16,9    | 15,4    | 17,1    | 16,1    | 17,7    |
| Inländische Verwendung                                  | 2 292,9 | 2 286,4 | 2 307,4 | 2 358,5 | 1 128,6 | 1 157,8 | 1 129,9 | 1 177,5 | 1 154,8 | 1 203,7 |
| Exporte                                                 | 1 233,6 | 1 284,1 | 1 338,0 | 1 429,7 | 634,8   | 649,3   | 657,7   | 680,3   | 699,4   | 730,3   |
| Importe                                                 | 1 074,8 | 1 099,3 | 1 149,9 | 1 234,6 | 537,9   | 561,4   | 558,8   | 591,1   | 596,4   | 638,2   |
| Bruttoinlandsprodukt                                    | 2 451,5 | 2 470,2 | 2 493,0 | 2 549,1 | 1 225,1 | 1 245,1 | 1 227,7 | 1 265,4 | 1 255,8 | 1 293,3 |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Konsumausgaben                                          | 1,5     | 0,8     | 1,2     | 1,4     | 1,0     | 0,6     | 0,9     | 1,5     | 1,5     | 1,4     |
| Private Haushalte²                                      | 1,7     | 0,7     | 1,1     | 1,5     | 0,9     | 0,4     | 0,6     | 1,5     | 1,5     | 1,4     |
| Staat                                                   | 1,0     | 1,2     | 1,5     | 1,3     | 1,2     | 1,2     | 1,7     | 1,3     | 1,3     | 1,3     |
| Anlageinvestitionen                                     | 6,2     | -2,4    | 0,9     | 5,4     | -0,8    | -3,9    | -1,7    | 3,4     | 5,5     | 5,2     |
| Ausrüstungen                                            | 7,0     | -5,4    | -1,5    | 11,3    | -1,4    | -9,1    | -7,3    | 4,1     | 11,6    | 10,9    |
| Bauten                                                  | 5,8     | -0,9    | 2,6     | 1,9     | -0,9    | -0,8    | 2,0     | 3,1     | 2,0     | 1,8     |
| Sonstige Anlageinvestitionen                            | 3,9     | 2,6     | 0,4     | 3,8     | 3,2     | 2,0     | 0,0     | 0,8     | 4,2     | 3,4     |
| Inländische Verwendung                                  | 2,6     | -0,3    | 0,9     | 2,2     | 0,2     | -0,8    | 0,1     | 1,7     | 2,2     | 2,2     |
| Exporte                                                 | 7,8     | 4,1     | 4,2     | 6,9     | 4,2     | 4,0     | 3,6     | 4,8     | 6,3     | 7,3     |
| Importe                                                 | 7,4     | 2,3     | 4,6     | 7,4     | 2,8     | 1,8     | 3,9     | 5,3     | 6,7     | 8,0     |
| Bruttoinlandsprodukt                                    | 3,0     | 0,8     | 0,9     | 2,2     | 1,1     | 0,4     | 0,2     | 1,6     | 2,3     | 2,2     |

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2014

|                                                                      | 2011    | 2012    | 2013    | 2014    | 2012    |         | 2013    |         | 2014    |         |
|----------------------------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
|                                                                      |         |         |         |         | 1.Hj.   | 2.Hj.   | 1.Hj.   | 2.Hj.   | 1.Hj.   | 2.Hj.   |
| 4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005 = 100) |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr                         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Private Konsumausgaben <sup>2</sup>                                  | 2,1     | 1,6     | 1,5     | 1,7     | 1,6     | 1,5     | 1,4     | 1,6     | 1,7     | 1,8     |
| Konsumausgaben des Staates                                           | 1,5     | 1,7     | 1,5     | 2,0     | 1,6     | 1,7     | 1,6     | 1,4     | 1,9     | 2,1     |
| Anlageinvestitionen                                                  | 1,7     | 1,4     | 1,2     | 1,3     | 1,5     | 1,3     | 1,2     | 1,3     | 1,3     | 1,3     |
| Ausrüstungen                                                         | 0,3     | 0,2     | -0,3    | -0,3    | 0,2     | 0,1     | -0,1    | -0,4    | -0,3    | -0,3    |
| Bauten                                                               | 3,0     | 2,4     | 2,4     | 2,6     | 2,6     | 2,2     | 2,2     | 2,5     | 2,6     | 2,6     |
| Exporte                                                              | 2,8     | 1,1     | 0,7     | 0,9     | 1,2     | 1,0     | 0,6     | 0,7     | 0,9     | 0,9     |
| Importe                                                              | 5,2     | 1,6     | 0,3     | 0,8     | 2,0     | 1,2     | -0,1    | 0,7     | 0,8     | 0,9     |
| Bruttoinlandsprodukt                                                 | 0,8     | 1,3     | 1,5     | 1,7     | 1,2     | 1,5     | 1,5     | 1,5     | 1,6     | 1,8     |
| 5. Einkommensentstehung und -verteilung                              |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| a) Milliarden Euro                                                   |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>                  | 1 903,7 | 1 960,0 | 2 012,7 | 2 091,0 | 967,7   | 992,5   | 987,6   | 1 025,3 | 1 026,8 | 1 064,2 |
| Sozialbeiträge der Arbeitgeber                                       | 244,1   | 250,0   | 256,4   | 266,7   | 121,2   | 128,8   | 123,6   | 132,8   | 128,5   | 138,3   |
| Bruttolöhne und -gehälter                                            | 1 083,9 | 1 123,4 | 1 160,3 | 1 206,6 | 537,1   | 586,3   | 552,6   | 607,7   | 574,3   | 632,4   |
| Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>                                  | 575,7   | 586,6   | 596,0   | 617,6   | 309,4   | 277,4   | 311,4   | 284,8   | 324,0   | 293,6   |
| Primäreinkommen der übrigen Sektoren                                 | 347,0   | 338,7   | 341,4   | 369,4   | 150,9   | 187,7   | 147,4   | 193,8   | 158,2   | 211,2   |
| Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)                             | 2 250,7 | 2 298,7 | 2 354,1 | 2 460,3 | 1 118,6 | 1 180,2 | 1 135,1 | 1 219,1 | 1 184,9 | 1 275,4 |
| Abschreibungen                                                       | 390,2   | 400,2   | 411,2   | 420,5   | 199,4   | 200,8   | 204,9   | 206,4   | 209,5   | 211,0   |
| Bruttonationaleinkommen                                              | 2 640,9 | 2 699,0 | 2 765,4 | 2 880,8 | 1 318,0 | 1 381,0 | 1 339,9 | 1 425,4 | 1 394,4 | 1 486,4 |
| Nachrichtlich:                                                       |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Volkseinkommen                                                       | 1 984,6 | 2 024,3 | 2 075,2 | 2 175,4 | 982,4   | 1 041,9 | 995,0   | 1 080,2 | 1 042,1 | 1 133,3 |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen                                 | 656,7   | 650,8   | 658,5   | 702,0   | 324,1   | 326,8   | 318,8   | 339,7   | 339,4   | 362,6   |
| Arbeitnehmerentgelt                                                  | 1 328,0 | 1 373,4 | 1 416,7 | 1 473,4 | 658,3   | 715,1   | 676,2   | 740,5   | 702,8   | 770,6   |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr                      |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>                  | 4,5     | 3,0     | 2,7     | 3,9     | 3,6     | 2,3     | 2,1     | 3,3     | 4,0     | 3,8     |
| Sozialbeiträge der Arbeitgeber                                       | 3,0     | 2,4     | 2,5     | 4,0     | 2,5     | 2,3     | 2,0     | 3,1     | 4,0     | 4,1     |
| Bruttolöhne und -gehälter                                            | 4,8     | 3,6     | 3,3     | 4,0     | 4,0     | 3,3     | 2,9     | 3,7     | 3,9     | 4,1     |
| Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>                                  | 4,5     | 1,9     | 1,6     | 3,6     | 3,4     | 0,3     | 0,7     | 2,7     | 4,0     | 3,1     |
| Primäreinkommen der übrigen Sektoren                                 | 0,5     | -2,4    | 0,8     | 8,2     | -1,3    | -3,3    | -2,3    | 3,2     | 7,3     | 9,0     |
| Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)                             | 3,9     | 2,1     | 2,4     | 4,5     | 2,9     | 1,4     | 1,5     | 3,3     | 4,4     | 4,6     |
| Abschreibungen                                                       | 2,8     | 2,6     | 2,8     | 2,3     | 2,5     | 2,7     | 2,8     | 2,8     | 2,2     | 2,2     |
| Bruttonationaleinkommen                                              | 3,7     | 2,2     | 2,5     | 4,2     | 2,9     | 1,6     | 1,7     | 3,2     | 4,1     | 4,3     |
| Nachrichtlich:                                                       |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Volkseinkommen                                                       | 3,4     | 2,0     | 2,5     | 4,8     | 3,0     | 1,1     | 1,3     | 3,7     | 4,7     | 4,9     |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen                                 | 1,3     | -0,9    | 1,2     | 6,6     | 1,4     | -3,1    | -1,6    | 3,9     | 6,4     | 6,8     |
| Arbeitnehmerentgelt                                                  | 4,5     | 3,4     | 3,2     | 4,0     | 3,7     | 3,1     | 2,7     | 3,6     | 3,9     | 4,1     |
| 6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| a) Milliarden Euro                                                   |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Masseneinkommen                                                      | 1 109,8 | 1 140,6 | 1 174,4 | 1 209,5 | 549,2   | 591,4   | 565,3   | 608,9   | 580,5   | 628,9   |
| Nettolöhne- und -gehälter                                            | 725,8   | 749,4   | 772,3   | 799,0   | 354,8   | 394,4   | 364,3   | 407,9   | 376,7   | 422,3   |
| Monetäre Sozialleistungen                                            | 473,2   | 480,4   | 494,3   | 502,6   | 239,0   | 241,6   | 247,1   | 247,1   | 249,7   | 252,8   |
| abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>                   | 89,2    | 89,2    | 92,2    | 92,1    | 44,6    | 44,6    | 46,1    | 46,1    | 45,9    | 46,1    |
| Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>                                  | 575,7   | 586,6   | 596,0   | 617,6   | 309,4   | 277,4   | 311,4   | 284,8   | 324,0   | 293,6   |
| Sonstige Transfers (Saldo) <sup>6</sup>                              | -55,4   | -59,7   | -60,1   | -62,0   | -31,8   | -27,9   | -32,5   | -27,6   | -33,8   | -28,1   |
| Verfügbares Einkommen                                                | 1 630,1 | 1 667,5 | 1 710,3 | 1 765,1 | 826,8   | 840,7   | 844,2   | 866,1   | 870,7   | 894,4   |
| Nachrichtlich:                                                       |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche                           | 30,1    | 30,8    | 31,6    | 32,4    | 15,2    | 15,6    | 15,6    | 16,0    | 16,0    | 16,4    |
| Konsumausgaben                                                       | 1 487,7 | 1 520,8 | 1 560,1 | 1 610,7 | 742,1   | 778,7   | 757,2   | 802,9   | 782,1   | 828,6   |
| Sparen                                                               | 172,6   | 177,5   | 181,8   | 186,8   | 99,9    | 77,6    | 102,7   | 79,2    | 104,6   | 82,1    |
| Sparquote in Prozent <sup>7</sup>                                    | 10,4    | 10,5    | 10,4    | 10,4    | 11,9    | 9,1     | 11,9    | 9,0     | 11,8    | 9,0     |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr                      |         |         |         |         |         |         |         |         |         |         |
| Masseneinkommen                                                      | 2,3     | 2,8     | 3,0     | 3,0     | 2,7     | 2,8     | 2,9     | 3,0     | 2,7     | 3,3     |
| Nettolöhne- und -gehälter                                            | 4,0     | 3,3     | 3,1     | 3,5     | 3,7     | 2,8     | 2,7     | 3,4     | 3,4     | 3,5     |
| Monetäre Sozialleistungen                                            | -0,7    | 1,5     | 2,9     | 1,7     | 0,6     | 2,5     | 3,4     | 2,3     | 1,1     | 2,3     |
| abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>                   | 0,0     | 0,0     | 3,3     | -0,1    | -0,6    | 0,7     | 3,4     | 3,2     | -0,4    | 0,2     |
| Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>                                  | 4,5     | 1,9     | 1,6     | 3,6     | 3,4     | 0,3     | 0,7     | 2,7     | 4,0     | 3,1     |
| Verfügbares Einkommen                                                | 3,2     | 2,3     | 2,6     | 3,2     | 2,6     | 2,0     | 2,1     | 3,0     | 3,1     | 3,3     |
| Konsumausgaben                                                       | 3,8     | 2,2     | 2,6     | 3,2     | 2,6     | 1,9     | 2,0     | 3,1     | 3,3     | 3,2     |
| Sparen                                                               | -1,2    | 2,9     | 2,4     | 2,7     | 2,8     | 3,0     | 2,8     | 2,0     | 1,9     | 3,7     |

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2014

|                                                                     | 2011    | 2012    | 2013    | 2014    | 2012  |       | 2013  |       | 2014  |       |
|---------------------------------------------------------------------|---------|---------|---------|---------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
|                                                                     |         |         |         |         | 1.Hj. | 2.Hj. | 1.Hj. | 2.Hj. | 1.Hj. | 2.Hj. |
| 7. Einnahmen und Ausgaben des Staates <sup>8</sup>                  |         |         |         |         |       |       |       |       |       |       |
| a) Milliarden Euro                                                  |         |         |         |         |       |       |       |       |       |       |
| Einnahmen                                                           |         |         |         |         |       |       |       |       |       |       |
| Steuern                                                             | 589,5   | 618,7   | 634,5   | 657,0   | 309,9 | 308,7 | 318,4 | 316,1 | 329,5 | 327,5 |
| direkte Steuern                                                     | 296,6   | 320,9   | 330,2   | 347,0   | 162,1 | 158,8 | 166,7 | 163,5 | 175,1 | 171,8 |
| indirekte Steuern                                                   | 292,9   | 297,7   | 304,3   | 310,0   | 147,8 | 149,9 | 151,7 | 152,5 | 154,4 | 155,6 |
| Sozialbeiträge                                                      | 436,9   | 447,6   | 456,8   | 472,3   | 217,6 | 230,0 | 221,2 | 235,7 | 228,3 | 244,0 |
| Vermögenseinkommen                                                  | 27,3    | 25,1    | 25,6    | 25,4    | 12,0  | 13,1  | 12,4  | 13,2  | 12,3  | 13,1  |
| Laufende Übertragungen                                              | 17,0    | 16,6    | 16,8    | 16,9    | 7,7   | 8,9   | 7,8   | 9,0   | 7,8   | 9,0   |
| Vermögenstransfers                                                  | 9,7     | 9,8     | 9,9     | 10,0    | 4,6   | 5,2   | 4,6   | 5,3   | 4,7   | 5,3   |
| Verkäufe                                                            | 74,1    | 74,5    | 75,6    | 76,7    | 35,4  | 39,1  | 35,9  | 39,7  | 36,4  | 40,3  |
| Sonstige Subventionen                                               | 0,4     | 0,3     | 0,3     | 0,3     | 0,1   | 0,1   | 0,1   | 0,1   | 25,0  | 27,6  |
| Insgesamt                                                           | 1 154,9 | 1 192,5 | 1 219,4 | 1 258,5 | 587,3 | 605,3 | 600,4 | 619,0 | 619,2 | 639,3 |
| Ausgaben                                                            |         |         |         |         |       |       |       |       |       |       |
| Vorleistungen                                                       | 126,4   | 129,7   | 132,8   | 136,6   | 59,9  | 69,8  | 61,3  | 71,5  | 63,1  | 73,5  |
| Arbeitnehmerentgelte                                                | 199,7   | 203,3   | 208,7   | 214,8   | 97,9  | 105,4 | 100,9 | 107,9 | 103,5 | 111,4 |
| Soziale Sachleistungen                                              | 207,8   | 213,7   | 219,8   | 226,4   | 106,3 | 107,4 | 109,8 | 110,0 | 113,1 | 113,3 |
| Vermögenseinkommen (Zinsen)                                         | 65,9    | 63,4    | 63,3    | 64,0    | 31,5  | 31,9  | 32,0  | 31,3  | 32,8  | 31,2  |
| Subventionen                                                        | 26,9    | 25,2    | 25,3    | 25,0    | 11,7  | 13,5  | 11,7  | 13,6  | 11,5  | 13,5  |
| Monetäre Sozialleistungen                                           | 425,4   | 431,9   | 444,3   | 451,5   | 215,1 | 216,8 | 222,7 | 221,6 | 225,0 | 226,5 |
| Sonstige laufende Transfers                                         | 53,8    | 57,1    | 59,4    | 60,8    | 31,2  | 25,9  | 31,4  | 28,0  | 32,6  | 28,2  |
| Bruttoinvestitionen                                                 | 42,7    | 39,9    | 42,4    | 43,4    | 16,8  | 23,1  | 18,0  | 24,4  | 18,5  | 24,9  |
| Vermögenstransfers                                                  | 27,2    | 27,3    | 24,1    | 23,7    | 9,6   | 17,8  | 9,3   | 14,8  | 8,7   | 15,0  |
| Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen              | -1,4    | -1,4    | -1,4    | -1,4    | -0,7  | -0,8  | -0,7  | -0,8  | -0,7  | -0,8  |
| Sonstige Produktionsabgaben                                         | 0,1     | 0,1     | 0,1     | 0,1     | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   |
| Insgesamt                                                           | 1 174,5 | 1 190,0 | 1 218,8 | 1 244,9 | 579,3 | 610,7 | 596,4 | 622,3 | 608,1 | 636,8 |
| Finanzierungssaldo                                                  | -19,7   | 2,5     | 0,6     | 13,6    | 8,0   | -5,5  | 3,9   | -3,3  | 11,1  | 2,5   |
| b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr                     |         |         |         |         |       |       |       |       |       |       |
| Einnahmen                                                           |         |         |         |         |       |       |       |       |       |       |
| Steuern                                                             | 7,4     | 4,9     | 2,6     | 3,5     | 4,2   | 5,7   | 2,7   | 2,4   | 3     | 4     |
| direkte Steuern                                                     | 8,6     | 8,2     | 2,9     | 5,1     | 6,7   | 9,8   | 2,8   | 3,0   | 5     | 5     |
| indirekte Steuern                                                   | 6,3     | 1,6     | 2,2     | 1,9     | 1,7   | 1,6   | 2,6   | 1,7   | 2     | 2     |
| Sozialbeiträge                                                      | 3,7     | 2,5     | 2,1     | 3,4     | 2,6   | 2,3   | 1,6   | 2,5   | 3     | 4     |
| Vermögenseinkommen                                                  | 36,1    | -8,0    | 1,8     | -0,4    | -16,0 | 0,9   | 3,1   | 0,6   | 0     | 0     |
| Laufende Übertragungen                                              | -2,4    | -2,4    | 1,1     | 0,5     | 1,2   | -5,3  | 1,6   | 0,8   | 1     | 0     |
| Vermögenstransfers                                                  | 1,2     | 0,9     | 0,5     | 0,9     | -4,0  | 5,6   | 0,6   | 0,4   | 1     | 1     |
| Verkäufe                                                            | 6,1     | 0,5     | 1,5     | 1,5     | 0,9   | 0,2   | 1,5   | 1,5   | 2     | 1     |
| Sonstige Subventionen                                               | -0,2    | -0,1    | 0,0     | 0,0     | 0,0   | -0,1  | 0,0   | 0,0   | 0     | 0     |
| Insgesamt                                                           | 6,21    | 3,26    | 2,25    | 3,2     | 2,8   | 3,7   | 2,2   | 2,3   | 3     | 3     |
| Ausgaben                                                            |         |         |         |         |       |       |       |       |       |       |
| Vorleistungen                                                       | 4,6     | 2,6     | 2,4     | 2,9     | 3,1   | 2,1   | 2,4   | 2,5   | 2,9   | 2,8   |
| Arbeitnehmerentgelte                                                | 2,3     | 1,8     | 2,7     | 2,9     | 1,3   | 2,3   | 3,0   | 2,3   | 2,6   | 3,2   |
| Soziale Sachleistungen                                              | 2,2     | 2,8     | 2,8     | 3,0     | 3,0   | 2,7   | 3,2   | 2,5   | 3,0   | 3,0   |
| Vermögenseinkommen (Zinsen)                                         | 3,9     | -3,8    | -0,1    | 1,1     | -5,4  | -2,1  | 1,7   | -1,9  | 2,4   | -0,2  |
| Subventionen                                                        | -3,6    | -6,3    | 0,5     | -1,1    | -9,7  | -3,1  | 0,2   | 0,7   | -1,1  | -1,0  |
| Monetäre Sozialleistungen                                           | -1,0    | 1,5     | 2,9     | 1,6     | 0,6   | 2,5   | 3,5   | 2,2   | 1,0   | 2,2   |
| Sonstige laufende Transfers <sup>9</sup>                            | -0,3    | 3,2     | 2,3     | 1,4     | 3,1   | 0,2   | 0,2   | 2,1   | 1,2   | 0,3   |
| Bruttoinvestitionen                                                 | 2,0     | -6,8    | 6,4     | 2,3     | -8,7  | -5,3  | 7,4   | 5,7   | 2,7   | 2,0   |
| Vermögenstransfers <sup>9</sup>                                     | -33,0   | 0,2     | -3,3    | -0,4    | -1,5  | 1,7   | -0,3  | -2,9  | -0,6  | 0,2   |
| Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen <sup>9</sup> | 4,4     | 0,0     | 0,0     | 0,0     | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   |
| Sonstige Produktionsabgaben <sup>9</sup>                            | 0,0     | 0,0     | 0,0     | 0,0     | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   | 0,0   |
| Insgesamt                                                           | -1,4    | 1,3     | 2,4     | 2,1     | 0,7   | 1,9   | 3,0   | 1,9   | 1,9   | 2,3   |

<sup>1</sup> Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.<sup>2</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>3</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.<sup>4</sup> Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen<sup>5</sup> Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.<sup>6</sup> Empfangene abzüglich geleistete Transfers.<sup>7</sup> Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.<sup>8</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.<sup>9</sup> Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

## Wer im Glashaus sitzt ...

Die EU-Kommission hat Anti-Subventionsverfahren gegen chinesische Hersteller von Solarpaneelen und deren Komponenten eingeleitet. Auf Antrag des Verbandes der europäischen Produzenten solcher Erzeugnisse (ProSun) wird nun geprüft, ob in China die Produktion staatlicherseits gefördert und die europäische Konkurrenz dadurch geschädigt wird. Auch von einigen deutschen Unternehmen wird diese Initiative unterstützt, wenngleich nicht von allen. Es handelt sich um das bedeutendste Verfahren dieser Art, das je von der EU in Gang gesetzt wurde.

Wie so oft geht es auch in diesem Fall natürlich darum, dass eine Lobby die zuständige Obrigkeit zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen einspannen will. Man setzt dabei auf Einfuhrzölle, um sich dem Druck der chinesischen Konkurrenz zu entziehen. Und in der Tat hat sich der Druck erheblich verschärft. Die Anbieter aus Fernost haben den europäischen und auch den deutschen Markt regelrecht aufgerollt, und manch ein Produzent hierzulande ist bankrott gegangen. Auf China entfallen zwei Drittel der Weltproduktion von Solarpaneelen, und 80 Prozent aller Ausfuhren von dort gingen in die EU.

Es mag ja durchaus sein, dass die Produktion in China subventioniert wird. Verwundern muss die Klage der Lobby aber dennoch. Denn die EU ist alles andere als ein subventionsfreier Raum. Gerade in Deutschland wurde – und wird immer noch – die Solarindustrie so stark unterstützt wie keine andere Branche. Jemand, der sich Solarpaneele aufs Dach schrauben lässt, kann begünstigte Kredite erhalten. Und wenn der gewonnene Strom ins Netz geleitet wird, gibt es die weit über dem Marktpreis liegende Einspeisevergütung. Aufgrund dieser Subventionen wurden in kurzer Zeit in Deutschland die Kapazitäten zur Herstellung von Solarpaneelen enorm ausgeweitet. Der Eintritt in den Markt war relativ einfach, da es sich bei Solarpaneelen nicht gerade um technisch komplexe Güter handelt. Die generell auf größere Serien angelegte

Produktion ist allerdings recht kapitalintensiv. Und an dieser Stelle kamen weitere Subventionen ins Spiel. So ist es kein Wunder, dass ein großer Teil der deutschen Produktion wegen der dort hohen Investitionsförderung zwischen Ostsee und Erzgebirge angesiedelt ist. Zwar sind nur vereinzelte und spärliche Informationen verfügbar, doch die zeigen, dass bei der Errichtung neuer Betriebsstätten hohe Fördermittel flossen – durchaus auch in zweistelliger Millionenhöhe. Neben den Investitionszulagen und -zuschüssen gibt es eine breite Palette an weiterer Förderung wie begünstigte Kredite, Personalkostenzuschüsse, Forschungsgelder, Absatzhilfen oder Subventionen bei der Inanspruchnahme von Beratungsleistungen. Wie es eben so ist: Bei fast allen Aktivitäten, die ein Unternehmen Geld kosten, stehen Subventionen bereit. Selbst wenn ein Unternehmen in Schwierigkeiten gerät, springt der Staat ein. So wurde der – inzwischen in Konkurs gegangenen – Solon AG eine Bürgschaft von 120 Millionen Euro gewährt; das bitterarme Land Berlin war mit 38 Millionen dabei. Zu einer Strukturverbesserung haben die Subventionen in Ostdeutschland indes kaum beigetragen. Angesiedelt wurden oft lediglich die Fertigungsfunktionen der Unternehmen, die Zentralen aber nicht.

Eine an sich für Unternehmen herrliche Welt: Der Staat unterstützt den Aufbau von Produktionskapazitäten und sorgt mit seiner Energiepolitik für den Absatz. Allerdings wurden von dem Solarboom auch Anbieter aus dem Ausland angelockt. Wenn nun die hiesige Lobby wegen in China gezahlter Subventionen in Brüssel vorstellig wird, werden die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Es kann und darf nicht sein, dass wegen der Klagen der allseits gepöppelten hiesigen Solarindustrie ein Handelsstreit mit China vom Zaun gebrochen wird. Ein so exportabhängiges Land wie Deutschland kann sich keinen Rückfall in einen Protektionismus leisten. Im Übrigen gilt: Einen Subventionswettbewerb vermeidet man am besten dadurch, indem man die Subventionen abschafft – und zwar überall.